ÖGZ

Das Magazin des Österreichischen Städtebundes

Österreichischer Städtebund

11/2024



ZUKUNFTSAUFGABE

Grünraum in der Stadt

Wiener Wäldchen, blühende Geschäftsideen und coole Friedhöfe

Österreichische Post AG MZ 17Z041202 M Österreichischer Städtebund, Rathaus, 1082 Wien



50 JAHRE
mehr wien zum leben.
wienholding

mehr dynamik für die zukunft.

HAFEN WIEN

Der HAFEN WIEN bringt Güter auf Kurs.

Mit dem Hafen Wien gehört eine der wichtigsten Logistikdrehscheiben der Stadt zur Wien Holding. Hier werden Güter aller Art über die Straße, die Bahn und das Schiff in beliebiger Kombination umgeschlagen. Der Hafen Wien ist ein starker Motor für Wiens Wirtschaft.

www.wienholding.at

SEIT wienholding 50 JAHREN

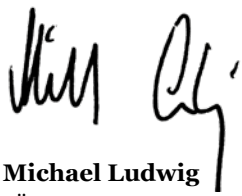
GGK MULLENLOWE



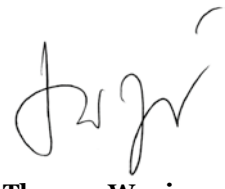
Gutes Klima in den Städten

Auch grüne Oasen brauchen finanzielle Sicherheit.

Urban Gardening, große Parks und kleine Wäldchen – in dieser Ausgabe der ÖGZ holen wir vom Friedhof über den Hauptplatz bis zum Betriebsgebiet florierende Projekte vor den Vorhang, die unsere Zentren kühler, lebenswerter und artenreicher machen. Nicht nur die Klimapionierstädte, sondern nahezu alle größeren Gemeinden rüsten sich zunehmend gegen die Klimakrise und setzen zahlreiche Maßnahmen, um Hitzeeffekten entgegenzusteuern und resilienter zu werden. Auch die Verordnung über die Wiederherstellung der Natur stärkt diesen Trend hin zu nachhaltiger Stadtplanung, qualitätsvollem Bauen und dem Schutz des vorhandenen Grüns. Strategien zur Klimawandelanpassung sichern uns eine angenehme Umgebung und eine gute Zukunft – aber sie kosten auch Geld. Die Finanzierung von Entsiegelungsmaßnahmen und der Errichtung und Pflege nachhaltiger urbaner Freiflächen muss langfristig sichergestellt werden. Daher pocht der Österreichische Städtebund auf ein gemeinsames, strategisches Vorgehen und schlägt in seinem Forderungskatalog an die neue Bundesregierung etwa die Einrichtung eines Klimaschutzsfonds vor. Reden Sie mit uns und rechnen Sie mit uns!



Michael Ludwig
Präsident Österreichischer Städtebund



Thomas Weninger
Generalsekretär Österreichischer Städtebund

© Foto: Markus Wache

Schwerpunkt

Grünraum Stadt

12 **Renaturierung**
Artenreichtum und Wohlbefinden

16 **Städtische Ökosysteme**
Was bringt die Renaturierungs-verordnung?

18 **Klimabündnis**
Klimafaktor Boden

20 **ecoplus**
Grünraum im Betriebsgebiet

24 **Rankweil**
Blühende Geschäftsidee

26 **Landschaftsarchitektur**
Zukunftsaufgabe Grünraum

28 **Tulln**
Vorzeigeprojekt Nibelungenplatz

30 **Innsbruck**
Von cool-INN zu COOLYMP

32 **Wiener Umweltanwaltschaft**
Naturschutz in der Stadt



35 **Frohnleiten**
Klimafitte Grünoasen

36 **Wiener Wäldchen**
Tiny Forests kühlen die Stadt

38 **Klimaretter**
So cool sind Friedhöfe

40 **Urban Gardening**
Garteln am Friedhof und im Grätzel

Magazin

42 **Klimaserie**
Interview Werner Prutsch/Graz

44 **Partizipation**
Care4Green

46 **Wiener Frauenpreis**
Frauen sichtbar machen

47 **Kommunale Pionierin**
Karin Büchl-Krammerstätter

48 **arbeit plus**
Beauftragung Sozialer Unternehmen

52 **Amnesty International**
Sozialhilfe ist kein Almosen

54 **Österreich–Deutschland**
Leistungsverwaltung im Vergleich

56 **transFORMAT-LINK**
Tool zur Energiewende

58 **Klimabonus**
TU & Städtebund üben Kritik

Recht

60 **Kommunalsteuer**
Teil 2 der Serie

63 **Rubrik Recht**

Aktuelles aus den Städten 6
Finanzen 64
Literatur 65
Zu guter Letzt 66
Vorschau 67
Impressum 67

Cover: Neugestaltung des Nibelungenplatzes in der Stadtgemeinde Tulln
© Michael Strahberger, DnD Landschaftsplanung

© Foto: Ackerhelden/Luiza Puiu



Mehr Verkehrssicherheit in Österreichs Städten

40 Jahre Machine Vision People: Innovative Verkehrstechnik

Die Fakten: Bis Ende September 2024 starben bereits 282 Menschen bei Verkehrsunfällen. Ampelkreuzungen bleiben Unfall-Hotspots. Die Hauptursachen sind Rotlichtverstöße und abgelenkte Fahrer. In Tempo 30-Zonen wird häufig zu schnell gefahren. Um Verkehrsunfälle zu vermeiden und vulnerable Personengruppen wie Fußgänger, Radfahrer, usw. zu schützen, braucht es mehr Verkehrsüberwachung. VITRONIC bietet effiziente Lösungen für mehr Sicherheit auf Österreichs Straßen.

Innovationstreiber seit 40 Jahren

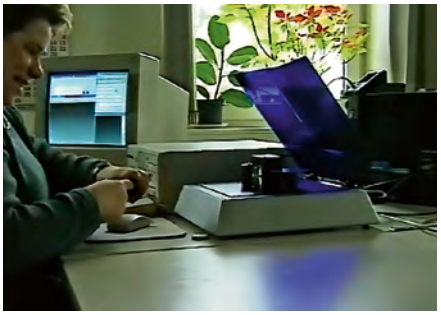
Was mit Filmscannern zur Kennzeichenlesung begann, gipfelt heute in vollautomatischen High-Tech-Lösungen für die Verkehrsüberwachung. Der erste POLISCAN war ein Nassfilmscanner. Filme wurden händisch in das Gerät eingesetzt, über das die Kennzeichenlesung erfolgte.

Es folgten Stativlösungen um die Jahrtausendwende. Heute werden die Hightech-Lösungen im jeweils passenden Gehäuse geliefert: Säule, Mast, Fahrzeug, Warnanlage, usw. Damit verfügt der Innovationstreiber über Messsysteme für die mobile, semi-stationäre und stationäre Geschwindigkeitsüberwachung sowie videobasierte Rotlichtüberwachung an ampelgeregelten Kreuzungen und Bahnübergängen.

40 Jahre Erfahrung in der Verkehrsüberwachung

Das Verkehrsaufkommen und die Komplexität der unterschiedlichen Verkehrssituationen erfordern eine effiziente Überwachung, um Leben zu schützen. Die vergangenen vier Jahrzehnte haben gezeigt, dass eine effiziente Verkehrsüberwachung stets vor neuen Herausforderungen steht. Beispielsweise sind weitere Anstrengungen erforderlich, um die Vision Zero – eine Zukunft ohne Verkehrstote – zu erreichen. Denn die Verringerung der Anzahl an Todesfällen erfolgt langsamer als geplant.

Ein Blick in die Zukunft: VITRONIC Lösungen bieten bereits heute Möglichkeiten, den städtischen Verkehr zu optimieren – beispielsweise beim Steuern von Ampeln oder Durchsetzen von Zufahrtsbeschränkungen. Die KI-gestützten Systeme ermöglichen außerdem das Erfassen von Kennzeichen, Fahrzeugtypen, der Anzahl an Insassen sowie das präzise Identifizieren illegaler Handynutzung am Steuer oder nicht angelegter Sicherheitsgurte.



1995: POLISCAN Nassfilmscanner



2000: POLISCAN auf Stativ



2024: Fahrzeugausbau

MEHR INFOS & KONTAKT

VITRONIC Machine Vision Austria GmbH
office.at@vitronic.com
+43-1-2882885
www.vitronic.at

VITRONIC

Bezahlte Anzeige | © Foto: Vitronic/Casanova Stefan

Hechtner: Bürger der Stadt

Auszeichnung für Wiener Magistratsdirektor a. D. Erich Hechtner

„Erich Hechtner war ein Verbinder über Grenzen, sowohl über Parteigrenzen als auch über die Grenzen der Zuständigkeiten von Gebietskörperschaften. Für ihn stand im Fokus, mit qualitativ hochwertiger Leistung die Verwaltung zu einer modernen Einheit weiterzuentwickeln“, hielt Wiens Bürgermeister und Städtebundpräsident Michael Ludwig bei der Ernennung von Magistratsdirektor und Landesamtsdirektor a. D. Erich Hechtner zum „Bürger“ der Stadt Wien fest. Zur Übergabe des Ehrenzeichens waren neben Alt-Bürgermeister Michael Häupl zahlreiche Mitglieder der Landesregierung sowie Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung in den Stadtsenatssitzungssaal des Wiener Rathauses gekommen. Die Laudatio hielt sein Nachfolger, Magistratsdirektor Dietmar Griebler. Dieser betonte, dass Erich Hechtner bereits in der MA 63 ein Vorreiter der Digitalisierung gewesen sei, stets das Gemeinsame vor das Trennende gestellt hätte und mit Gesprächen bzw. der intensiven Einbindung der betroffenen Stakeholder viele große Herausforderungen hätte lösen können. Darüber hinaus hätte er den internationalen Austausch zwischen den europäischen Städten forciert, was unter anderem mit einem Preis der Stadt Brünn für seine Verdienste um die internationale Zusammenarbeit und dem Ehrenzeichen des Österreichischen Städtebundes gewürdigt worden sei.



Magistratsdirektor Dietmar Griebler, Magistratsdirektor und Landesamtsdirektor a. D. Erich Hechtner, Bürgemeister Michael Ludwig und Bürgermeister a. D. Michael Häupl

FRiTZI bringt’s

Das Grazer Frauenbüro informiert per Rad.

Mit dem Lastenrad brachte das Grazer Frauenbüro den ganzen Sommer bis in den Herbst hinein Informationen unter die Bürger:innen. FRiTZi ist ein Lastenrad, mit dem das Team mindestens zwei Mal die Woche in Parks, auf Spielplätzen, auf öffentlichen Plätzen, vor Einkaufszentren, auf Bauernmärkten, bei Straßenfesten und bei ähnlichen Veranstaltungen für jeweils vier Stunden Infomaterial für Frauen im Gepäck hatte. Auch die Equal-Pension-Day-Verteilaktion lief heuer über diese Schiene.



Mit dem Projekt „FRiTZi bringt’s“ wird die direkte und persönliche Kommunikation mit den Frauen in Graz ausgebaut.

© Fotos: Stadt Wien/Christian Jobst, Stadt Graz



Österreichische

GEMEINDE-ZEITUNG

Offizielle Zeitschrift des „Deutschösterreichischen Städtebundes“

VERWALTUNG UND REDAKTION: WIEN I, NEUES RATHAUS

Zum Nachdruck von Veröffentlichungen aus der „Österreichischen Gemeinde-Zeitung“ ist ausnahmslos die Genehmigung der Schriftleitung einzuholen

1. JAHRGANG 1. SEPTEMBER 1924 NUMMER 1

Inhalt: Die Gebäudesteuer in Österreich. Von Nationalrat Robert Danneberg. — Die Stellung der statistischen Ämter in der städtischen Verwaltung. Von Dr. August Zöhrer, Leiter des Statistischen Amtes der Stadt Linz. — Zentrale Wasserversorgungsanlagen als Förderungsmittel der Volkswohlfahrt und Volkswirtschaft. Von Bürgermeister Schulze, Rötha. — Das volkstümliche Theater Wiens seit 150 Jahren. — Die Gebarung des Bundes im ersten Halbjahr 1924. — Mitteilungen des Deutschösterreichischen Städtebundes. — Gemeindefinanzen. — Gemeindebetriebe. — Schulwesen. — Technische Angelegenheiten. — Wohnungswesen. — Literatur.

Die Gebäudesteuer in Österreich

Von Nationalrat Robert Danneberg

Seit dem 1. Jänner 1923 gehört der volle Ertrag der Gebäudesteuern den Ländern und Gemeinden. Den Landtagen fällt seither auch die gesetzliche Regelung der Gebäudesteuern zu. Der Bund hatte in der ganzen Inflationsperiode seit der Gründung der Republik die alte Hauszinssteuer unverändert weiter bestehen lassen, obwohl sie infolge des Mieterschutzes bedeutungslos geworden war. Ihr Kronenertrag war für das Jahr 1922 nicht wesentlich höher als im Jahre 1914, mit dem Unterschied, daß damals Goldkronen eingehoben wurden und im Jahre 1922 Papierkronen zur Einhebung gelangten, die zum Schluß nur ein Vierzehntausendstel des Wertes der Goldkrone hatten.

Über den früheren Ertrag der Hauszinssteuer unterrichtet die Tabelle auf Seite 2.

Die Hauszinssteuer gehörte bekanntlich zu den kompliziertesten Steuern der Vergangenheit. Sie war eine Steuer auf den Hausertrag, daher vom Hauseigentümer zu entrichten. In Wirklichkeit wurde sie natürlich vom Mieter gezahlt, denn sie war in den Mietzins einkalkuliert und betrug je nach der Höhe der Umlagen ungefähr zwei Fünftel, oft sogar die Hälfte des ganzen Zinsbetrages. Durch den Mieterschutz hat die Steuer eigentlich ihren Sinn verloren. beseitigt und damit den Hausertrag abschafft, läßt auch nichts übrig, was besteuert werden könnte. Daher ist, soweit die alte Hauszinssteuer weiterhin eingehoben wurde, ihre unmittelbare Überwälzung auf den Mieter eine Selbstverständlichkeit geworden. Damit änderte aber die Steuer ihren Charakter. Sie wurde nun eine Steuer auf den Wohnungsaufwand. Erfaßte man sie einmal richtig als solche, dann konnte man auch viel einfachere und richtigere Grundlagen für sie feststellen.

Ob es sachlich zweckmäßig war, die Gesetzgebung für die Gebäudesteuern den Ländern zu überlassen, ohne wenigstens in einem Bundesrahmengesetz die wichtigsten Grundsätze hiefür vorzuschreiben, mag dahingestellt bleiben. Eine große Verschiedenartigkeit der Wohnungsbesteuerung in einem so kleinen Wirtschaftsgebiet wie Deutschösterreich ist wohl wenig vorteilhaft. Tatsächlich ist schon innerhalb von zwei Jahren die Gebäudebesteuerung sehr unübersichtlich geworden. Die Gesetzgebung ist fortwährend in Fluß; es ist darum schwer, einen richtigen Überblick zu gewinnen. Wir wollen versuchen, ein Bild des gegenwärtigen Standes zu geben, und hiebei die Landeshauptstädte und einige andere größere Städte als Grundlage der Be-

100 Jahre ÖGZ

Im Herbst 1924 erschien erstmals die „Österreichische Gemeinde-Zeitung“.

Infolge eines sich verschärfenden politischen Konflikts zwischen der damaligen Bundesregierung und den Städtebund-Gremien wurde dem Städtebund das Presseorgan – die „Österreichische Städtezeitung“ – entzogen. Somit erschien im November 1924 erstmals die neu gegründete Österreichische Gemeinde-Zeitung ÖGZ.

In den ersten Ausgaben dominierten die drückenden wirtschaftlichen Probleme dieser Tage, welche natürlich auch die Gemeindefinanzen belasteten. In den ersten Monaten beherrschten damals Wohnungsnot, Armenpflege, Erwägungen über eine „Fahrradsteuer“ oder die „Fürsorge für die verwahrloste Jugend“ die ÖGZ. Bis heute sind die Beschäftigung mit dem Abgabenwesen, mit der Aufteilung der Abgaben zwischen den Gebietskörperschaften und der Entwicklung der Ertragsanteile unverändert aktuell geblieben.

In einem Schreiben an die österreichischen Gemeindevertretungen Anfang 1925 hieß es: „Die ersten vier Ausgaben unseres Blattes werden den Gemeindeverwaltern bewiesen haben, dass es sich um ein Organ handelt, das allen Gemeindevertretungen durch kommunalwirtschaftliche Aufsätze und Anregungen, durch die übersichtliche Darstellung der Arbeit in den Gemeinden und durch die Sammlung der Judikatur unserer obersten Gerichte nach besten Kräften dienen will.“ Diesem Anspruch versuchen wir auch 100 Jahre später noch gerecht zu werden.

www.staedtebund.gv.at

© Foto: ÖStB

| BA17G |

Das Gebäude der Zukunft kann auch so aussehen

Ideal für Modernisierungen: Die offene, PC-basierte Gebäudeautomation von Beckhoff



© SimpLine / Adobe Stock

So wird wertvolle Bausubstanz nicht nur erhalten, sondern zukunftsfit gemacht: Mit der integralen Gebäudeautomation von Beckhoff implementieren Sie alle Möglichkeiten der Kommunikations- und Steuerungstechnik – angepasst an die individuellen Bedürfnisse der Immobilie. Alle Gewerke werden von einer einheitlichen Hard- und Softwareplattform gesteuert: Ganz gleich, ob es um die nutzungsgerechte Beleuchtung, die komfortable Raumautomation oder die hocheffiziente HLK-Regelung geht. Für alle Gewerke stehen vordefinierte Softwarebausteine zur Verfügung, die das Engineering enorm vereinfachen. Funktionserweiterungen oder -änderungen sind jederzeit möglich. Das Ergebnis: Durch die optimale Abstimmung aller Gewerke werden die Energieeinsparpotenziale voll ausgeschöpft und die Effizienz der Bewirtschaftung deutlich erhöht.

Scannen und alles über die Gebäudeautomation mit PC-based Control erfahren

Die ganzheitliche Automatisierungslösung von Beckhoff:



Flexible Visualisierung/ Bedienung

Skalierbare Steuerungstechnik, modulare I/O-Busklemmen

Modulare Software-Bibliotheken

New Automation Technology BECKHOFF

Linz und Amstetten ausgezeichnet

VCÖ-Mobilitätspreis mit Motto „Mobilität nachhaltig verbessern“

Im September wurden 13 Mobilitätsvorhaben von VCÖ, Klimaschutzministerium und ÖBB ausgezeichnet, unter anderem Projekte vom Energieinstitut Vorarlberg, der Stadt Salzburg, TU Wien, Innofreight Solutions, Fronius International, Wiener Linien und Asfinag.

Das Linzer Gymnasium BG/BRG Ramsauerstraße erhielt den VCÖ-Mobilitätspreis für die Förderung des Radfahrens. So wurde die Radwegeinbindung zur Schule verbessert, die Zahl der Radabstellplätze wurde erhöht, für die 1. Klassen gibt es Radfahrtrainings und Radreparaturworkshops. „Durchs Radfahren zur Schule kommen die Kinder und Jugendlichen regelmäßig auf eine gesunde Portion Bewegung und sie lernen richtiges Verhalten im Straßenverkehr. Damit sind sie auch in der Freizeit sicherer mobil. Dieses Projekt ist auf mehrfache Weise vorbildlich“, gratulierte VCÖ-Geschäftsführerin Ulla Rasmussen.



Die Stadtgemeinde Amstetten räumte in der von der Österreichischen Hagelversicherung unterstützten Kategorie Raumordnung und Entsiegelung für die klimafitte Umgestaltung ihres Hauptplatzes ab. Der Hauptplatz wurde entsiegelt, 70 Bäume wurden im Schwammstadtprinzip gepflanzt, wodurch bei Starkregen viel Wasser versickern kann, wie sich nun auch bei den extremen Regenfällen gezeigt hat (siehe Artikel S. 26, Landschaftsarchitektur).

In der Kategorie „Verkehrsberuhigung“ war St. Pölten mit der Umgestaltung des Promenadenrings erfolgreich. Hier kam das Schwammstadtprinzip zum Einsatz, der Anteil für Gehen, Radfahren und Grünraum wurde von 40 auf 80 Prozent verdoppelt.

Gemeindebund-Vize Trummer

Erich Trummer ist neuer Vizepräsident im Gemeindebund.

Im Rahmen der Bundesvorstandssitzung des Österreichischen Gemeindebundes am 17. September 2024 wurde Erich Trummer zum neuen Vizepräsidenten gewählt. Er tritt damit die Nachfolge von Rupert Dworak an. Trummer ist seit 2002 Bürgermeister der Gemeinde Neutal und seit 2013 Präsident des GVV Burgenland.



Das neue Präsidium des Österreichischen Gemeindebundes (v. l. n. r.): Vizepräsident Bgm. Erwin Dirnberger, Vizepräsidentin Bgm.in Bettina Lancaster, Präsident Bgm. Johannes Pressl, Vizepräsidentin Bgm.in Andrea Kaufmann und Vizepräsident Bgm. Erich Trummer

© Fotos: VCÖ Mobilitätspreis/APA-Fotoservice/Jana Madzigon, Österreichischer Gemeindebund

11. Klima & Umwelt Filmtage Baden

Filmfestival in Baden mit Spot auf Umwelt, Natur und Klima

Die Stadtgemeinde Baden ist mit den Klima & Umwelt Filmtagen Baden ein spannender Player in der Umwelt-Filmszene geworden. Im September wurden bei dem von der Stadtgemeinde Baden in Kooperation mit dem Cinema Paradiso und der Energie- und Umweltagentur Niederösterreich (eNu) veranstalteten Festival vier Österreichpremieren, 16 Dokumentar- und Kinderfilme sowie acht Kurzfilme beim internationalen Kurzfilmwettbewerb „Climate-Shorts“ gezeigt. Eine Woche lang liefen im Cinema Paradiso Filme zu Umweltschutz, Naturschönheiten und Energiekrise. Über 1.500 Besucherinnen und Besucher waren zu Gast und haben sich intensiv mit Umweltexpertinnen und -experten sowie Filmemacherinnen und -machern ausgetauscht. Die Klimakatastrophe steht vor der Tür, aber mit sofortigen Maßnahmen auf allen Ebenen und einer mutigen Politik ist die Kurve noch zu kratzen, waren sich die hochkarätigen Gäste einig.



Eröffnung des Festivals: Norman Schmid, GR Christian Ecker, Herbert Greisberger (eNu), GR[in] Judith Händler, Vizebürgermeisterin Helga Krismer, GR[in] Andrea Kinzer, Aga Trnka-Kwiecinski, Theresia Crone, Heidi Naumann (eNu), Alexander Syllaba (Cinema Paradiso) und Gerfried Koch (Abt. Klima & Energie, Stadtgemeinde Baden)

© Foto: 2024psb/c. kollerics



Schwerpunkt Klimaoasen

Grünraum in der Stadt



© Foto: Stadtgemeinde Tulln



Nibelungenplatz, Tulln



Der ehemalige Verschiebebahnhof in Breitenlee

Grüne Städte

Die neue EU-Renaturierungsverordnung stellt Städte und Gemeinden vor eine Herausforderung, bietet aber auch eine Chance: Naturnahen Lebensräume können aufgewertet und erweitert werden, wovon sowohl Natur und Menschen gleichermaßen profitieren. Doch was bedeutet das konkret?

Die Vorstellung, dass Städte artenarme Asphaltwüsten sind, ist längst überholt. Insekten zeigen eindrucksvoll, dass Städte wahre Biodiversitäts-Hotspots sein können. Fast 500 Wildbienen-Arten sind in Wien nachgewiesen, etwa 70 Prozent der in Österreich vorkommenden Arten. Jede von ihnen hat spezifische Anforderungen an Nistplätze, Nahrungspflanzen und Mikroklima, die bestimmen, wo sie vorkommt. Städte beherbergen zahlreiche Arten, die in ihrer Summe ein komplexes urbanes Ökosystem bilden. Bienen, Schwebfliegen und Schmetterlinge bestäuben Pflanzen, während parasitische Wespen das Populationswachstum anderer Insektenarten kontrollieren. Käfer, Ameisen und Springschwänze zersetzen organisches Material und tragen so zur Bodenfruchtbarkeit bei. Zudem sind Insekten eine wichtige Nahrungsquelle für Vögel und andere Tiere. Doch was macht Städte so artenreich?

© Foto: Dominique Zimmermann

Unterschätzte Ökosysteme

Einerseits profitieren Insekten von der Strukturvielfalt auf engem Raum – Balkone mit Blumen, ungemähte Gärten oder brachliegende Flächen bieten ihnen ideale Bedingungen. Andererseits wurden Städte oft an ökologisch günstigen Standorten wie Flüssen gebaut, was von Natur aus eine hohe Artenvielfalt fördert. Noch vorhandene Naturflächen dienen nicht nur als Rückzugsorte für Stadtbewohner:innen, sondern auch als Lebensraum für zahlreiche Tierarten. Doch der Verlust von Lebensräumen durch Bebauung und intensivere Nutzung, Umweltverschmutzung und der Einsatz von Pestiziden setzen Insekten – wie überall – zu. Der Klimawandel verschärft die Situation weiter, da extreme Wetterereignisse wie Hitzewellen und unregelmäßige Niederschläge zunehmen. Studien zeigen, dass in den letzten Jahrzehnten die Insektenpopulationen und die Artenvielfalt dramatisch zurückgegangen sind, was weitreichende Folgen für die gesamte Nahrungskette und die Bestäubung von Pflanzen hat.

Aber auch für uns Menschen ist der Wert der Grünflächen enorm. Das spüren wir an der Beschattungs- und Kühlleistung großer Bäume. Ein ausgewachsener Baum besitzt zwischen 50.000 und 100.000 Blätter, und jedes einzelne Blatt trägt durch seine Verdunstungsleistung dazu bei, dass es unter einem Baum drei bis sechs Grad Celsius kühler ist als in der Umgebung. Große einzelne Bäume beschatten eine Fläche von mehr als 160 m². Ein alter Baum kann den Wert eines Platzes erheblich steigern. Die Beschattung und Kühlung, die er bietet, sind durch technische Konstruktionen kaum zu ersetzen – das wissen auch Versicherungen. Die Beschädigung eines Baums in einem Gastgarten kann erhebliche Kosten verursachen, in einigen Fällen wurden bereits zigtausende Euro gezahlt.

Wollen wir als Menschheit weiterhin wachsen und gedeihen, müssen wir der Natur Raum zugestehen und sie bei unseren Planungen und Entscheidungen mitdenken.

Was regelt das Gesetz?

Das Renaturierungsgesetz betrifft nicht nur land- und forstwirtschaftliche Flächen und Gewässer, sondern auch städtische Ökosysteme – ein innovativer Schritt im europäischen Naturschutzrecht. Auch wenn die FFH- und Vogelschutzrichtlinie städtische Gebiete bereits einbezog, beschränkten sich deren Vorgaben auf Schutzgebiete, wie etwa den Lainzer Tiergarten oder die Donau-Auen. Das Renaturierungsgesetz hingegen bezieht sich auf sämtliche städtische Grünflächen und sichert deren Funktionen. Artikel 8 regelt, dass städtische Grünflächen und Baumüberschirmungen bis 2030 flächenmäßig nicht abnehmen dürfen und danach sogar zunehmen müssen. Die „städtische Baumüberschirmung“ bezieht sich dabei auf die Gesamtfläche der Baumbedeckung auf der Grundlage von Bestandsdaten zur Baumbestandsdichte. Die Definition von „städtischen Grünflächen“ ist naturschutzfachlich reichhaltig und schließt neben Büschen, Bäumen, Teichen und Wasserläufen auch dauerhafte krautige Strukturen mit ein. Es obliegt den Mitgliedsländern, auf Basis der Grunddefinition des Artikel 3 diese Stadtökosysteme in ihrer Definition enger zu fassen und zu beschreiben.

Die Mitgliedsländer müssen auch festlegen, wie der städtische Raum definiert wird, da die Verordnung fordert, dass Stadtökosysteme flächenmäßig nicht abnehmen dürfen. Eine einheitliche Definition, was als „städtischer Raum“ gilt, konnte jedoch aufgrund der unterschiedlichen Charakteristika städtischer Gebiete in Europa nicht gefunden werden. In den nordwestlichen eher flachen Ländern wie Schweden, Niederlande oder Nord-Deutschland sehen Ballungsräume in ihrer flächenmäßigen Ausbreitung ganz anders aus als in alpin geprägten Gebieten wie Süd-Frankreich, West-Deutschland oder Österreich. Jedenfalls zählen nicht nur Großstädte dazu, sondern auch kleinere Siedlungsräume und Vororte. Artikel 3 verweist auf die von den Ländern anzuwendende Abgrenzungstechnik. „Städtische Räume“, die sich auf einer



WOLFGANG SUSKE

ist Initiator der Petition zum Renaturierungsgesetz und des Renaturierung-Umsetzungsdialogs, arbeitet seit über 20 Jahren intensiv in der Materie der Europäischen Naturschutzrichtlinien, war 10 Jahre lang auf behördlicher Seite für europäischen Naturschutz zuständig und ist seit 20 Jahren mit diesen Themen selbstständig. Er arbeitet für nationale und internationale Behörden, NGOs, Bürgerinitiativen und auch für Projektwerber bzw. direkt für die Europäische Kommission.



DOMINIQUE ZIMMERMANN

ist Wissenschaftlerin im Naturhistorischen Museum in Wien und erforscht Wildbienen und andere Stechimmen mit einem Fokus auf den Artenrückgang und dessen Ursachen. Darüber hinaus unterrichtet sie an der Universität Wien. 2024 erschien ihr populärwissenschaftliches Buch „Insektengeflüster – Über das verborgene Leben auf sechs Beinen“ im Leykam Verlag.

© Fotos: Kathrin Horvath, Minitta Kandlbauer

LINKS

www.nhm-wien.ac.at/dominique_zimmermann

www.suske.at/



www.leykamverlag.at/produkt/insektengefluester



Florian Etl (l.), der in Wien-Meidling einen Biodiversitätskorridor geschaffen hat, im Gespräch mit einem Nachbarn

Rasterfläche von 1 km² identifizieren lassen, sind in Betracht zu ziehen.

Das Beispiel Breitenlee

Ein herausragendes Beispiel für erfolgreiche Renaturierung ist das Areal des ehemaligen Verschiebebahnhofs Breitenlee in Wien. Ursprünglich als größter Verschiebebahnhof Europas geplant, wurde das Projekt nach dem Ersten Weltkrieg aufgegeben. Heute ist das rund 90 Hektar große Gelände eine einzigartige Stadtwildnis und ein Landschaftsschutzgebiet, das bedrohten Arten wie dem Rostbindigen Samtfalter sowie seltenen Heuschrecken- und Wildbienenarten einen wertvollen Lebensraum bietet.

Die Entscheidung, die Fläche nicht für Baumaßnahmen freizugeben, sondern durch gezielten Schutz zu bewahren, schafft Rückzugsorte für seltene Arten und fördert ein intaktes Ökosystem, das auch die landwirtschaftlich geprägte Umgebung unterstützt und die Lebensqualität der Anwohner:innen steigert.

Auch die Renaturierung von Flussläufen im Siedlungsraum hat hohe Wirksamkeit. Ein gelungenes Beispiel ist die Renaturierung der Pinka zwischen Riedlingsdorf und Oberwart. Zahlreiche Eingriffe hatten die ökologische Funktionsfähigkeit des Flusses stark beeinträchtigt. Dank eines umfassenden Sanierungsprojekts konnte das Flussbett wiederhergestellt werden. Neben der Verbesserung des ökologischen Zustands und der Schaffung eines Naherholungsgebiets trägt die Renaturierung auch zur Anpassung an den Klimawandel bei. Naturnahe Flüsse wirken stabilisierend bei Extremwetterereignissen und bieten langfristig Schutz vor Überflutungen.

Im Siedlungsraum wird auch die Schaffung von Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger:innen wichtig. Wertvolle Privatinitiativen wie die von Florian Etl, der im 12. Wiener Gemeindebezirk einen beeindruckenden Biodiversitätskorridor geschaffen hat, können erheblich zur erfolgreichen Umsetzung des Renaturierungsgesetzes beitragen. Die bisher eher eintönige Gestaltung so mancher Vorgärten bietet hier viel Potenzial.

Die Natur ernährt uns Tag für Tag und ist die Grundlage unseres Überlebens. Das neue EU-Renaturierungsgesetz bietet eine historische Chance, städtische Lebensräume nachhaltig zu gestalten und damit die Biodiversität zu fördern. Städte und Gemeinden können durch die Umsetzung von Renaturierungsmaßnahmen nicht nur die Lebensqualität für Insekten, sondern auch für ihre menschlichen Bewohner:innen erhöhen.

© Foto: Kathrin Horvath



Infos

Was Gemeinden gegen Energiearmut tun können: klimaaktiv.at/energiearmut

Details zur Förderung und Kontaktdaten in den Bundesländern: sauber-heizen.at

Entgeltliche Einschaltung des Klimaschutzministeriums.

Bundesministerium
Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie

Sauber Heizen für Alle

Informieren Sie Ihre Gemeindebürger:innen über die erhöhte Kesseltauschförderung für Haushalte mit geringem Einkommen.

Durchschnittlich entfallen bis zu 70 Prozent der gesamten Energie in einem Haushalt aufs Heizen. Das ist ganz schön viel – vor allem in Geld gerechnet! Für Familien, Alleinerziehende und ältere Menschen mit begrenztem Einkommen sind die laufenden Kosten für die Heizung oft eine besonders große finanzielle Belastung. Viele wenden sich an die Gemeinde wegen eines Heizkostenzuschusses. Hohe Wartungskosten von veralteten und ineffizienten Heizkesseln verstärken das Problem noch weiter.

Förderung „Sauber Heizen für Alle"

Für armutsbetroffene Menschen, die in ihrem eigenen Haus wohnen, gibt es Unterstützungsmöglichkeiten: Über das Förderprogramm „Sauber Heizen für Alle" kann eine kostenlose Heizungstauschberatung durch die Energieberatung des jeweiligen Bundeslands in Anspruch genommen werden. Und der Einbau einer neuen, klimafreundlichen Heizung wird von Bund und Land fast zur Gänze gefördert.

Wer bekommt die Förderung?

Unterstützung bekommen Haushalte, die wenig Einkommen haben, Sozialhilfe/ Wohnbeihilfe beziehen oder vom ORF-Beitrag (vormals GIS-Gebühr) befreit sind. Die Förderung gilt für Ein- und Zweifamilienhäuser sowie Reihenhäuser. Die Eigentümer:innen müssen seit 31. 12. 2022 ihren Hauptwohnsitz in dem Gebäude haben. Gefördert wird der Tausch einer mindestens 15 Jahre alten Kohle-, Öl- und Gasheizung gegen ein klimafreundliches Heizsystem (Fernwärme, Pelletsheizung, Wärmepumpe).

© Foto: Getty Images

Wiederherstellung städtischer Ökosysteme

Was bedeutet die Renaturierungsverordnung für die Städte und wie wird Grün in der Stadt überhaupt erfasst?

Katarina Zalneva, Juristin im Umweltrechtsbereich der Stadt Wien

Die Verordnung (EU) 2024/1991 über die Wiederherstellung der Natur sieht rechtlich verbindliche, messbare Wiederherstellungsziele mit klaren Fristen vor. Aufbauend auf bestehenden Rechtsvorschriften soll die Verordnung nicht nur den Rückgang der biologischen Vielfalt umkehren und die Widerstandsfähigkeit von Ökosystemen gegenüber dem Klimawandel stärken, sondern die umgesetzten Maßnahmen sollen auch die menschliche Gesundheit fördern und einen Beitrag zur Ernährungssicherheit leisten. Neben landwirtschaftlichen, Wald-, Wiesen- und Wasserökosystemen sind es auch die städtischen Ökosysteme, die wiederhergestellt werden sollen.



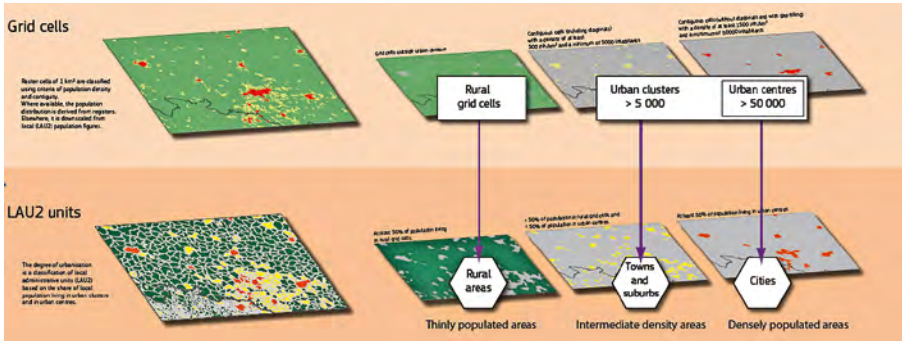
Anker für Klimaschutz und Artenvielfalt

Laut Angaben der EU machen städtische Ökosysteme rund 22 % der Landfläche der Union aus, während die Mehrheit der Unionsbürger:innen hier lebt. Der Schutz städtischer Ökosysteme soll daher nicht nur durch etwa die Schaffung von Grünkorridoren einen wichtigen Beitrag zur Artenvielfalt leisten. Der Ausbau städtischer Grünflächen verschafft Abkühlung und stärkt die Klimaresilienz der Städte, was ebenfalls einen Schutz der darin lebenden Menschen darstellt.

Der Artikel 8 der sogenannten Renaturierungsverordnung sieht daher die Wiederherstellung städtischer Ökosysteme vor. Der Ist-Zustand darf sich zunächst bis 2030 nicht verschlechtern, d. h. es darf insgesamt zu keinem Nettoverlust an städtischem Grün im Mitgliedstaat kommen. Darauf aufbauend ist ab 1. Januar 2031 eine Steigerung sowohl bei der städtischen Grünfläche als auch bei der städtischen Baumüberschirmung zu erzielen, bis ein zufriedenstellendes Niveau erreicht ist. Dieses können die Mitgliedstaaten selbst festlegen, allerdings werden vonseiten der Europäischen Kommission Rahmenbedingungen vorgegeben werden.

Der ursprüngliche Vorschlag des Artikel 8 sah noch eine starre Steigerung der städtischen Grünfläche um 3 % bis 2040 und um 5 % bis 2050 vor. Dies hätte jedoch eine ungleiche Belastung jener Städte nach sich gezogen, die bereits über viel Grün verfügen. In den Verhandlungen auf EU-Ebene wurde diese Bestimmung mit der Vorgabe des zufriedenstellenden Niveaus flexibler gestaltet. Außerdem wurde eine Ausnahme für besonders

© Foto: Getty Images



Grafische Darstellung der Typologie

grüne Städte – jene mit bereits über 45 % Grün und 10 % Baumüberschirmung – geschaffen; diese können aus der nationalen Gesamtfläche herausgerechnet werden und fließen nicht in den Nettoverlust bis 2030 hinein.

Grün in der Stadt messen

Anknüpfungspunkt für die Wiederherstellung städtischer Ökosysteme ist der europäische Copernicus-Landüberwachungsdienst (Copernicus Land Monitoring Service – CLMS). Gerade bei Artikel 8 spielt Copernicus eine bedeutende Rolle, erfasst es doch geografische Informationen über Bodenbedeckung und ihre Veränderungen, Landnutzung, Vegetationszustand u. v. m. und ist als Anknüpfungspunkt für unterschiedlichste Bereiche wie Raum- und Stadtplanung, Forst-, Wasser- und Landwirtschaft, Ernährungssicherheit, Naturschutz und Wiederherstellung sowie ländliche Entwicklung gedacht.

Die Definition in der Verordnung baut daher auch auf den bisherigen Begriffen von Copernicus auf: Artikel 3 Z 20 definiert die „städtische Grünfläche" als die Gesamtfläche von Bäumen, Büschen, Sträuchern, dauerhafter krautiger Vegetation, Flechten und Moosen sowie Teichen und Wasserläufen. Im Prinzip lässt sich sagen, dass Gewässer sowie all das, was aus dem Weltall grün aussieht, als städtisches Grün von Copernicus erkannt wird. Dach- und Fassadenbegrünungen können ebenfalls zur Steigerung der städtischen Grünanteile hinzugerechnet werden. Ackerland ist hingegen nicht von der Definition erfasst und somit nicht als „städtische Grünfläche" zu betrachten.

Daten aus Copernicus ermöglichen auch einen europaweiten Vergleich. Da Copernicus jedoch „nur" eine Auflösung von 10 x 10 m hat, kann es dazu führen, dass kleinere Grünflächen von diesem System nicht erfasst werden. Wenn Mitgliedstaaten bzw. Städte über eigene, genauere Daten verfügen, können sie sich zusätzlich auf diese stützen, um den Anforderungen des Artikel 8 gerecht zu werden. Die Stadt Wien führt beispielsweise regelmäßig ein eigenes Grünraum-Monitoring durch, welches auf 0,5 x 0,5 m genau ist und jedes noch so kleine Straßengrün oder jeden begrünten Innenhof erfassen kann.

Was macht eine Stadt zu einer Stadt?

Die Verordnung spricht von „Städten" („cities") und „kleineren Städten und Vororten" („towns and suburbs"). Doch was genau ist darunter zu verstehen? Die Europäische Kommission hat bereits lange vor der EU-Renaturierungsverordnung eine Systematik (Degree of Urbanisation – DEGURBA) entwickelt, um ländliche Gebiete und urbanen Raum aller Mitgliedstaaten zu erfassen.

Diese in einer eigenen Verordnung (EG) Nr. 1059/2003 festgelegte Typologie klassifiziert lokale Verwaltungseinheiten (local administrative units – LAU; in Österreich die Gemeinden) im Wesentlichen über 1 km² großen Raster sowie Bevölkerungsdichte und Kontiguität:

- Raster mit einer Bevölkerungsdichte von 1.500 Bewohner:innen/km² und mindestens 50.000 Einwohner:innen gelten als städtische Zentren (urban centres),
- Raster mit einer Bevölkerungsdichte von 300 Bewohner:innen/km² und mindestens 5.000 Einwohner:innen als städtische Räume (urban clusters).

Den Verpflichtungen der Renaturierungsverordnung unterliegen nur solche Gemeinden, die zumindest städtische Cluster aufweisen und somit als „kleinere Städte und Vororte" anzusehen sind. Gemeinden mit städtischen Zentren gelten als „Stadt" und sind ebenfalls von der Wiederherstellung städtischer Ökosysteme betroffen. Da die EU diese Klassifizierung ebenfalls mittels Copernicus erfasst hat, stehen die Daten zu DEGURBA allen Mitgliedstaaten zur Verfügung.

Die Mitgliedstaaten haben nun die Möglichkeit, bei der Umsetzung des Artikel 8 den Bezugsraum selbst zu definieren. So können sich die Mitgliedstaaten entscheiden, ihre städtischen Ökosystemgebiete bezogen auf das gesamte Gemeindegebiet (also die LAU) zu messen oder sich auf das dicht bebaute Gebiet zu beschränken (d. h. die städtischen Zentren und städtischen Räume). Wenn ein Ballungsraum mehrere Städte umfasst, gibt es die Möglichkeit, für die Zwecke des Artikel 8 städtische Ökosystemgebiete angrenzender Gemeinden zusammenzuführen.

Wenn der Mitgliedstaat seinen Bezugsrahmen definiert hat, sind die städtischen Ökosystemgebiete aller Einheiten zu einer nationalen Gesamtfläche zusammenzuzählen.

Conclusio

Viele Städte in Europa haben bereits die Folgen der Klimakrise zu spüren bekommen und begonnen, Maßnahmen zu setzen, um ihre Resilienz zu stärken und etwa Hitzeeffekten entgegenzusteuern. Auch die EU hat die Bedeutung von Grün in Städten für die Biodiversität und als Anpassung an die Klimakrise erkannt. Mit Artikel 8 der Verordnung über die Wiederherstellung der Natur soll dieser Trend hin zu einem qualitätsvollen Bauen gestärkt und das vorhandene Grün in Städten geschützt werden. Die Mitgliedstaaten stehen auch hier zwar vor unterschiedlichen Herausforderungen, es wurden jedoch Flexibilisierungsmöglichkeiten geschaffen, die eine Umsetzung ermöglichen sollen.

© Grafik: Quelle EUROSTAT



Entsiegelter Dorfplatz in der Gemeinde Obergrafendorf

Boden schützen

Strategische Flächenentsiegelung und intelligentes Regenwassermanagement werden für Städte und Gemeinden immer wichtiger im Kampf gegen Hitze und Extremwetterlagen.

Leonhard Hartinger, Klimabündnis Österreich

Die Hochwasserkatastrophe in Niederösterreich im September hat das Thema Regenwassermanagement wieder mit Nachdruck in den Mittelpunkt der öffentlichen und politischen Diskussion gerückt.

Diese Naturereignisse verdeutlichen, wie essenziell die Rolle des Bodens als Wasserspeicher ist, um städtische und ländliche Infrastrukturen vor den Folgen von Starkniederschlägen zu schützen. Der Klimawandel bringt nicht nur häufigere Extremwetterereignisse wie Starkregen, sondern auch Hitzewellen mit sich, wodurch die Fähigkeit des Bodens, Wasser zu speichern und Verdunstungskühle zu erzeugen, von großer Bedeutung ist.

In Österreich hat der Schutz des Bodens in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen, da Bodenschutz nicht nur den Erhalt unserer Lebensgrundlagen, sondern auch die Anpassung an den Klimawandel betrifft. Insbesondere in urbanen Gebieten wird deutlich, dass eine strategische Entsiegelung von Flächen, kombiniert mit einem intelligenten Regenwassermanagement, ein zentraler Hebel ist, um die Resilienz gegenüber extremen Wetterereignissen zu stärken. Dieser Ansatz steht zunehmend im Fokus von Kommunen und Gemeinden, die durch innovative Projekte Vorreiter im Bereich der Klimaanpassung werden.

Bodenversiegelung und Klimaanpassung

Österreich verzeichnet jährlich einen Bodenverbrauch von etwa 40 Quadratkilometern, wobei rund die Hälfte davon, das entspricht in etwa der Fläche des Wörthersees, versiegelt wird. Diese hohe Versiegelungsrate stellt uns vor enorme Herausforderungen, insbesondere im Hinblick auf den Klimawandel und die damit einhergehenden Extremwetterereignisse wie Starkniederschläge. Besonders bedenklich ist der hohe Anteil von Verkehrsflächen und Einzelhandelsgebäuden, die nicht nur den natürlichen Wasserkreislauf unterbrechen, sondern auch zur Erwärmung der Städte beitragen. Das Phänomen der „Hitzeinseln“, bei dem sich städtische Gebiete aufgrund von Asphalt- und Betonflächen stärker aufheizen, wird in Zeiten des Klimawandels immer mehr zur Belastung. Parallel dazu gefährden diese versiegelten Flächen die Fähigkeit des Bodens, Regenwasser aufzunehmen, was das Risiko von Überschwemmungen in urbanen Regionen erhöht. Die Folgen zeigen sich nicht nur in der Zunahme von Überschwemmungsschäden, sondern auch in den steigenden Kosten für die Instandhaltung der städtischen Infrastruktur.

Gleichzeitig stehen in Österreich rund 400 Quadratkilometer versiegelte Brachflächen ungenutzt zur Verfügung. Diese Flächen bieten ein großes Potenzial für Entsiegelungsprojekte, die dazu beitragen können, den Boden wieder nutzbar

© Foto: Gemeinde Obergrafendorf

zu machen und die natürliche Wasseraufnahme zu fördern. Indem diese Flächen entsiegelt und für städtische Grünräume genutzt werden, kann nicht nur das Überschwemmungsrisiko verringert, sondern auch das städtische Mikroklima verbessert werden.

Innovative Projekte

Amstetten hat sein Stadtzentrum nach dem sogenannten „Schwammstadt"-Prinzip umgestaltet, das darauf abzielt, möglichst viele Flächen entsiegelt und begrünt zu gestalten, um die Wasseraufnahme zu fördern. Diese Umgestaltung des Hauptplatzes ist ein Paradebeispiel dafür, wie Regenwassermanagement und Klimaanpassung miteinander verknüpft werden können. Das Projekt trägt nicht nur dazu bei, das Überschwemmungsrisiko zu verringern, sondern schafft auch kühlere und lebenswertere städtische Räume, die sich positiv auf das Wohlbefinden der Einwohner:innen auswirken. Zudem entlastet die Entsiegelung die städtische Kanalisation und reduziert die Instandhaltungskosten für die kommunale Infrastruktur.

In Tulln wurde der Nibelungenplatz im Zuge eines umfassenden Beteiligungsprozesses umgestaltet. Hier wurde die Bevölkerung aktiv in den Planungsprozess einbezogen, um die Umgestaltung zu einer begrünten und entsiegelten Fläche nach den Bedürfnissen der Bürger:innen zu gestalten. Dies war nicht nur von ökologischer Bedeutung, sondern auch eine soziale Initiative, die den städtischen Raum wieder bewohnbarer macht und das Risiko von Hitzestaus deutlich reduziert. Gleichzeitig trägt die Entsiegelung dazu bei, dass Regenwasser versickern kann, was das Hochwasserrisiko mindert und die städtische Kanalisation entlastet.

Innsbruck hat mit dem Projekt „Gleisfreiraum" in Wilten ein Vorzeigeprojekt geschaffen, bei dem eine ehemalige Bahninfrastruktur von 5.000 Quadratmetern entsiegelt und in eine Parklandschaft umgewandelt wurde. Neben der Entsiegelung wurde das Gelände begrünt, wodurch die Wasseraufnahmefähigkeit des Bodens gesteigert und das städtische Mikroklima verbessert werden konnten.



Hochwasserschutz bei der Wiener U-Bahn

Zusätzlich zu diesem Projekt hat Innsbruck auch die Umgestaltung des Pradler Platzes vorangetrieben, wo ebenfalls eine bedeutende Fläche entsiegelt wurde, um Regenwasser besser aufnehmen zu können und das Risiko von Überschwemmungen zu reduzieren.

In Wels wird der Volksgarten erweitert, um zusätzliche Grünflächen zu schaffen und die Versiegelung rückgängig zu machen. Dabei entsiegelt die Stadt etwa 2.800 Quadratmeter, wodurch nicht nur die Wasseraufnahme des Bodens verbessert, sondern auch das städtische Mikroklima positiv beeinflusst wird. Gleichzeitig schafft die neu gewonnene Grünfläche zusätzlichen Raum für Erholung und steigert die Lebensqualität der Anwohner:innen.

Hoher Bodenverbrauch im internationalen Vergleich

Im europäischen Vergleich zeigt sich, dass Österreich mit einem Bodenverbrauch von etwa 40 Quadratkilometern pro Jahr zu den Spitzenreitern gehört. Im Verhältnis zur Bevölkerungsgröße ist der Bodenverbrauch in Österreich sogar höher als in vielen anderen europäischen Ländern. Deutschland etwa verbraucht zwar rund 190 Quadratkilometer Boden jährlich, dies relativiert sich jedoch angesichts der neunmal so hohen Bevölkerungszahl, wodurch der Pro-Kopf-Verbrauch in Deutschland deutlich geringer ausfällt.

Besonders alarmierend ist die Tatsache, dass Österreich mit etwa 70 Quadratmetern Straßenfläche pro Kopf ebenfalls eine der höchsten Raten in Europa aufweist. Diese Flächen tragen nicht nur zur Bodenversiegelung bei, sondern erhöhen auch die Anfälligkeit für städtische Überhitzung und Überschwemmungen.

Die Zunahme an Einzelhandelsflächen, die in Österreich mit rund 1,7 Quadratmetern pro Einwohner:in deutlich über dem europäischen Durchschnitt liegt, verschärft die Situation zusätzlich. Zum Vergleich: In Deutschland beträgt die Einzelhandelsfläche etwa 1,5 Quadratmeter pro Kopf, in Italien sogar nur rund 1 Quadratmeter.

Diese Entwicklung ist nicht nur aus ökologischer Sicht bedenklich, sondern auch im Hinblick auf die landwirtschaftliche Nutzfläche, die zunehmend schrumpft. Dies stellt eine direkte Bedrohung für die Selbstversorgung des Landes dar, die derzeit bei gängiger Mischkost lediglich bei etwa 25 % liegt. Ein Umdenken im Flächenverbrauch ist daher nicht nur für den Schutz des Klimas, sondern auch für die Ernährungssicherheit Österreichs von entscheidender Bedeutung.

Die Bundesländer Niederösterreich, Oberösterreich und Steiermark, fördern aktiv Entsiegelungsmaßnahmen auf kommunaler Ebene. Darüber hinaus bieten einzelne Städte und Gemeinden finanzielle Anreize für Unternehmen und Privatpersonen, um kleinere versiegelte Flächen durch wasserdurchlässige Materialien oder Begrünungen zu entsiegeln und so die lokale Klimaanpassung zu unterstützen.

© Foto: Wiener Linien



Klimafitter Betriebsparkplatz – Firmenareal Voest Wirtschaftspark Kematen an der Ybbs



Grünflächenkonzept für Betriebsansiedlung im ecoplus Wirtschaftspark Föhrenwald

Vergessene Stadt

Grünraum im Betriebsgebiet: Paradigmenwechsel bei kommunaler Standortentwicklung

Martin Schicklmüller, ecoplus. Niederösterreichs Wirtschaftsagentur

Die aktuelle Diskussion rund um die Implementierung von Begrünungsmaßnahmen und die klimafitte Gestaltung ist räumlich vorwiegend auf Stadtzentren und Ortskerne ausgerichtet. Der Fokus bei Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel sollte jedoch auch verstärkt auf Betriebsgebiete gelegt werden, da Firmenareale oft weitläufig sind und über große Dach- und Fassadenflächen verfügen.

Die klimafitte Gestaltung von Betriebsgebieten ist ein wichtiger Aspekt in der kommunalen Standortentwicklung. Als Wirtschaftsagentur des Landes Niederösterreich bietet ecoplus in diesem Bereich ein breites Serviceangebot für Gemeinden und Städte. Die Beratung und Förderung wird anhand des Konzeptes „Klimafitte Standortentwicklung & Betriebsgebietserneuerung“ durchgeführt. Dieses bestandsorientierte Konzept mit vier Handlungsfeldern hat zum Ziel, dass die kommunale Standortentwicklung unter Berücksichtigung von Ressourcenschonung und Nachhaltigkeitsaspekten erfolgt und die Gemeinden Betriebsgebietsflächen nachfrageorientiert und in verantwortungsvoller Form ansiedlungswilligen Unternehmen anbieten können.

Klimafitte Betriebsgebietserneuerung

Bestehende Betriebsgebiete haben eine substanzielle Bedeutung für jede Standortgemeinde, entsprechen jedoch vielfach nicht mehr den aktuellen Anforderungen an moderne Betriebsstandorte. Diese Betriebsgebiete sind oft vor über 30 Jahren entstanden und unkoordiniert gewachsen. Die klimafitte Erneuerung von Betriebs-

© Foto: ecoplus, Plan: Work up GmbH

WAS GEMEINDEN BEACHTEN SOLLTEN

- *Begrünungsmaßnahmen sind nur im Kontext einer ressourcenschonenden und verantwortungsvollen Standortentwicklung „authentisch". Nicht zielführend wäre es beispielsweise, für ein neues Betriebsgebiet 18 ha Wald abzuholzen, um danach eine verpflichtende Dachbegrünung für die Logistikhallen vorzusehen.*
- *Die Umsetzung von Begrünungsmaßnahmen in einem Betriebsgebiet muss Hand in Hand mit weiteren Nachhaltigkeitsaspekten der Standortentwicklung gehen, insbesondere im Bereich der Mobilität (ÖPNV-Anbindung, Fuß- u. Radwege) und der alternativen Energie- bzw. Wärmeversorgung.*
- *Räumlich-strukturell muss die klimafitte Gestaltung in einem Betriebsgebiet sowohl in den öffentlichen Bereichen, für die die Gemeinden verantwortlich sind, als auch auf den privaten Firmenarealen erfolgen.*
- *Kein „grünes Mascherl"! Die Wirkungen von GRÜN erfüllen Ökosystemleistungen – beispielsweise die zusätzlichen Kapazitäten zum Wasserrückhalt zur Entlastung des Kanalnetztes. Es kommt zu einem ökologischen Ausgleich von Grünflächenverlusten. Versickerungs- und Nebenflächen in einem Betriebsgebiet können ökologisch gestaltet werden und die Vernetzungsfunktionen für Flora und Fauna verbessern.*
- *Mehrdimensionaler Nutzen für Unternehmen: Maßnahmen wie die natürliche Beschattung bzw. Kühlung verbessern das Mikroklima und damit die Arbeitsplatzumgebung für die Mitarbeitenden. Dadurch erhöht sich die Attraktivität der Unternehmensstandorte und es kommt zu einer Wertsteigerung (ESG, EU-Taxonomie).*
- *Werkzeugkasten Bebauungsplan: Damit können Gemeinden räumlich flexibel, entweder für ein Teilgebiet oder flächendeckend für die Widmungskategorie Bauland-Betriebsgebiet, Begrünungsmaßnahmen vorschreiben. Die Steuerung der Gemeinden greift damit sehr umfassend, da der Bebauungsplan sowohl für neu gewidmetes als auch gewidmetes, aber noch unbebautes Bauland Betriebsgebiet gilt und auch in bebaute Bestandsstandorte eingreift – wie bei Abriss und Neubau bzw. größeren Renovierungen.*
- *Die fachlichen Grundlagen für die klimafitte und naturnahe Gestaltung von Firmenarealen sind in Niederösterreich umfassend vorhanden. So hat die Landesinitiative „Natur im Garten" ein umfangreiches Wissen und u. a. das Thema „Klimafitte Betriebsparkplätze" gemeinsam mit der WKNÖ ausgearbeitet. Die Energie- und Umweltagentur des Landes NÖ (ENU) erstellte bereits im Jahr 2015 im Rahmen eines EU-Projektes den Leitfaden „Naturnahe Gestaltung von Firmengeländen".*
- *Infrastrukturförderung für Gemeinden in Niederösterreich: Sowohl bei der Erstellung von konzeptionellen Grundlagen (Grünflächen-, Landschafts-, Biodiversitäts-, Mobilitäts-, Energiekonzept) als auch bei der Umsetzung von klimafitten Maßnahmen in Betriebsgebieten werden Gemeinden in Niederösterreich im Rahmen der ecoplus Regionalförderung unterstützt.*

Weitere Informationen:
www.ecoplus.at/klimafit_standort



gebieten dieser Kategorie mittels Begrünungs- oder Entsiegelungsmaßnahmen, der Nachrüstung mit Geh- und Radwegen oder einer ÖPNV-Anbindung ist ein zentrales Instrument der bestandsorientierten Standortentwicklung jeder Gemeinde.

Re-Use & Brachflächenrecycling

Einzelne leer stehende Betriebsgebäude oder nicht mehr genutzte Industrieareale stellen eine erhebliche ressourcenschonende Flächenreserve für potenzielle neue Betriebsansiedlungen in einer Gemeinde dar (Re-Use). Überlegt die Gemeinde die Entwicklung eines neuen Betriebsgebietes, sollten bei der Neustandortwahl Brachflächen bzw. vorgenutzte Flächen vorrangig berücksichtigt werden (Brachflächenrecycling) – wie beispielsweise größere bereits versiegelte Lagerplätze, Testgelände, ehemalige Deponien, Schottergruben, Altlasten oder Bahnareale.

Flächenmanagement & Flächenmobilisierung

Das Management und die Mobilisierung von bereits gewidmeten, aber noch unbebauten Betriebsgrundstücken ist ein essenzielles Standortentwicklungsinstrument. Die Ausgangssituation, dass Betriebsgebiete oder einzelne Betriebsgrundstücke in den Gemeinden oft „nur gewidmet“ sind und für potenzielle Betriebsansiedlungen jedoch nicht zur Verfügung stehen, ist häufig anzutreffen. Ungeachtet der Ursachen stellen diese Flächen, insbesondere Baulücken in einem bereits infrastrukturell erschlossenen Betriebsgebiet, ein erhebliches Potenzial für Betriebsansiedlungen und Erweiterungen dar – ohne die Notwendigkeit, neue Betriebsgebiete zu widmen.

Interkommunale Standortentwicklung

Kommt es schließlich zum Entschluss einer Gemeinde, weiteres Bauland zu widmen, um ein neues Betriebsgebiet zu erschließen, sollte der Potenzialstandort regional abgestimmt werden und eine interkommunale Standortentwicklung das Gebot der Stunde sein. So werden am geeignetsten Standort einer Region die wirtschaftlichen Ressourcen und Vermarktungsmöglichkeiten gebündelt und der Standortwettbewerb zwischen Gemeinden entschärft.

Grünraum-Pilotprojekte

Der interkommunale Wirtschaftspark Kreilhof in Waidhofen an der Ybbs und der ecoplus Wirtschaftspark Föhrenwald in Wiener Neustadt fungieren in Niederösterreich als Pilotprojekte hinsichtlich der Grünraumplanung – sowohl für den Bereich der öffentlichen Flächen im Betriebsgebiet als auch bei der Umsetzung von Begrünungsmaßnahmen auf den privaten Firmenarealen und Betriebsgebäuden.

Bei beiden Pilotprojekten zeigt sich der Paradigmenwechsel in der kommunalen Standortentwicklung in zwei Dimensionen. Zum einen waren in der Gemeindeplanung die Betriebsgebiete nicht länger vergessene Stadt-(Grün)räume. Der neue StadtRAUM BetriebsGEBIET wurde auf Grundlage umfangreicher Konzepte und Planungsunterlagen entwickelt (städtebaulicher bzw. landschaftsplanerischer Masterplan, Grünflächen- und Biodiversitätskonzept, Energieraumplanung, Bebauungsplan, Mobilitätskonzept). Zum anderen entwickelten sich die Gemeinden zur treibenden Kraft bei der klimafitten Gestaltung von Betriebsansiedlungen. Basierend auf verpflichtenden Grünflächenkonzepten wurden den Unternehmen Begrünungsmaßnahmen und die klimafitte Gestaltung der Firmenareale und der Betriebsgebäude vorgegeben: u. a. ein Mindestgrünflächenanteil, eine Vorgartentiefe, die Verpflichtung zur Dach- und Fassadenbegrünung, die Parkplatzgestaltung mit versickerungsfähigen Belägen, Anzahl/Art der Bäume pro 500 m² Grundstücksfläche, ein alternatives Regenwassermanagement mit Grauwassernutzung oder Regenwassernutzung.

Beruhend auf individuellen betrieblichen Energiekonzepten wurden insbesondere beim interkommunalen Wirtschaftspark Kreilhof auch Energieeffizienzvorgaben implementiert: u. a. ein ökologisch zertifizierter Gebäudestandard, die Installierung einer Photovoltaik-Anlage, eine hocheffiziente Wärmerückgewinnung (Geothermie, Bauteilaktivierung, Produktionsprozesse), ein Verbot von Verbrennungsprozessen für die Konditionierung der Gebäude, ein Verbot schadhafter Klimaanlagen und Kühlanlagen oder eine vorgeschriebene Anzahl an Stellplätzen für Elektromobilität.

Die beiden Vorzeigeprojekte wurden in den Jahren 2019/2020 entwickelt. Die Vorgaben für Begrünungsmaßnahmen bzw. die klimafitte und energieeffiziente Ausgestaltung der Betriebsansiedlungen wurden bei diesen privatrechtlich im Rahmen der Grundstücksverkäufe geregelt.

Neuer Möglichkeits-(GRÜN) raum für die kommunale Standortplanung

Seit der Novelle des NÖ Raumordnungsgesetzes (NÖ ROG) im Jahr 2021 gibt es neue Möglichkeiten, Inhalte in einem Bebauungsplan zu regeln [§ 30 (2) NÖ ROG]. Damit können Gemeinden Begrünungen und klimafitte Vorgaben bei Betriebsansiedlungen nun im Rahmen der Verordnung eines Bebauungsplans verpflichtend durchsetzen. Die Grundstückssicherung vorausgesetzt, sind Festlegungen darüber hinaus (u. a. zur Energieversorgung bzw. der Energieeffizienz) auch weiterhin über privatrechtliche Vereinbarungen (städtebauliche Verträge) im Rahmen des Grundstücksverkaufs möglich.

Als Wirtschaftsagentur des Landes versucht ecoplus im Zuge der Kommunalberatung diese neuen landesrechtlichen Möglichkeiten in der klimafitten Standortentwicklung in die Gemeinden hinauszutragen, denn moderne, klimafitte und attraktive kommunale Betriebsgebiete sind im Interesse des gesamten Wirtschaftsstandortes.

Die Marktgemeinde Pottendorf und die Stadt Schwechat gingen als „kommunale Reallabore“ voraus und implementierten klimafitte Vorgaben über die Verordnung eines Bebauungsplanes.

Während die Marktgemeinde Pottendorf im Rahmen der Erstellung eines Teilbebauungsplanes für ein konkretes Betriebsgebiet Begrünungsmaßnahmen verordnete, wählte die Stadt Schwechat den Weg, diese in den Bebauungsvorschriften flächendeckend für das gesamte Gemeindegebiet für die Widmungskategorie Bauland Betriebsgebiet festzulegen.



Glasverpackungen:

Circular Economy braucht Circular Design

Austria Glas Recycling macht sich für mehr zirkuläres Design bei Glasverpackungen stark. Ein Gespräch mit DI Eva Koller, Geschäftsführerin Austria Glas Recycling

Frage: Austria Glas Recycling betreibt ein Sammel- und Verwertungssystem für Altglas. Was sich kompakt in einem Satz sagen lässt, umschreibt ein umfangreiches Feld an Tätigkeiten.
Eva Koller: Austria Glas Recycling nimmt sich des gesamten Kreislaufs von Glasverpackungen an. Glasverpackungen sammeln und zum Recycling zu liefern ist seit über 45 Jahren unsere zentrale Aufgabe. Ganz wesentlich ist es, dass wir Altglas stets in der für das Recycling erforderlichen Qualität an die Glasindustrie liefern.

Sie sprechen von der für das Recycling nötigen Qualität des Rohstoffs Altglas. Hier spielt Circular Design eine wichtige Rolle. Worum genau geht es hierbei?
Circular Design zielt auf eine möglichst hohe Recyclingfähigkeit ab. Glasverpackungen sind theoretisch zu 100 % recyclingfähig. Es kommt allerdings vor, dass Gestaltungselemente die Recyclingfähigkeit einschränken. Dies führt zum Verlust von Altglas als Rohstoff und kann vermieden werden. Manche Designelemente, wie Lacke oder Beschichtungen, besonders festklebende Etiketten, Sleeves, außergewöhnliche Farbgebungen und ähnliches sollten im Hinblick auf Circular Design überprüft werden.

Zum Thema Circular Design hatten Sie eine Studie in Auftrag gegeben. Was war das Ziel und welche Erkenntnisse konnten Sie gewinnen?
GfK befragte für Austria Glas Recycling Bürger*innen und Fachleute aus Unternehmen zu ‚Circular Design bei Glasverpackungen'. Es ist uns wichtig zu erkennen: Was wissen die Menschen in Österreich darüber und was ist ihnen wichtig. Und wie sehen der Wissensstand und die Bereitschaft zur Veränderung bei Unternehmen aus.

Welche Ergebnisse halten Sie für besonders wichtig?
Für 79 % der befragten Konsument*innen ist die Recyclingfähigkeit einer Verpackung ein wichtiger Kaufentscheidungsfaktor. Für Glasverpackungen setzt über ein Drittel der Konsument*innen die Recyclingfähigkeit spontan sogar auf Rang Eins der Anforderungen. Und auch für die befragten Entscheidungsverantwortlichen aus Unternehmen hat die Recyclingfähigkeit einen sehr hohen Stellenwert.

Das sind gute Voraussetzungen für die Kreislaufwirtschaft. Wie kann man sie nutzen?
Ja, das ist eine gute Basis für Circular Economy. Austria Glas Recycling verbindet im Rahmen von Stakeholder-Tagen die Expertise der verschiedenen Akteure - Glasindustrie, Lebensmittelindustrie, Markenartikler, Entsorger, Kommunen. So können wir gemeinsam ein starker Motor für die Transformation zur Kreislaufwirtschaft sein.



Weitere Infos unter:

www.agr.at

austria glasrecycling
Ein Unternehmen der ARA

Bezahlte Anzeige | © Foto: Austria Glas Recycling/Fotograf: Daniel Willinger, Austria Glas Recycling/Fotograf: Moritz Scheer



Bereits seit 2011 setzt Rankweil bei verkehrsbegleitenden Grünflächen auf naturnahe Gestaltung und die Förderung der Artenvielfalt. Auch am Bahnhof ist dies zu sehen.

Blühende „Geschäftsidee“

Brachliegende Flächen, mangelhafte Infrastruktur, Verkehrsprobleme, Bodenbelastung und oft ein negatives Image – im Kontext des ökologischen Strukturwandels stehen Gewerbegebiete vor immer größeren Herausforderungen. Zugleich sind Firmenansiedlungen und die Schaffung von Arbeitsplätzen essenziell für Kommunen. Die Marktgemeinde Rankweil setzt auf grüne Infrastruktur in Gewerbegebieten und zeigt eindrucksvoll, wie sich Wirtschaft und Umweltschutz miteinander verbinden lassen.

Claudio Bechter, Marktgemeinde Rankweil

Schon zur Zeit des Römischen Reichs war die Marktgemeinde Rankweil ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt, der Menschen und Waren zusammenbrachte. Bekannt als beliebter Wallfahrtsort und für sein mildes Klima sowie die jahrhundertealte Obst- und Weinbaukultur haben Rankweil zum Mittelpunkt des Vorarlberger Vorderlandes gemacht. Von sich reden machte die Gemeinde in jüngerer Vergangenheit allerdings als Vorreiter in Sachen Biodiversität und Artenvielfalt: Naturschutz wurde bereits 1999 im Grünordnungsplan und 2017 im Raumentwicklungskonzept der Gemeinde aufgenommen. Mit dem Naturschutzleitbild wurden zudem die wichtigsten Ziele sowie zahlreiche Maßnahmen und Vorgehensweisen definiert: Ausbau von Baumbeständen, Sanierungen von Auwäldern und die Neugestaltung von vormals versiegelten Flächen sowie der Schutz von Biotopgebieten und die Errichtung kommunaler Blühflächen sind nur einige der Maßnahmen, die Rankweil seither für eine klimafreundliche Zukunft umgesetzt hat.

Artenvielfalt statt Asphalt

Bereits seit 2011 setzt Rankweil bei verkehrsbegleitenden Grünflächen auf naturnahe Gestaltung. So haben sich in den vergangenen Jahren Verkehrsinseln, Mittelstreifen und brachliegende Grünflächen im Ortsgebiet nach und nach in natürliche Lebensräume für Schmetterlinge, Vögel, Honig- und Wildbienen sowie für viele andere heimische Tierarten verwandelt. „Mittlerweile ist die Zahl der seltenen Wildbienenarten im Gemeindegebiet wesentlich angestiegen. Zoologe Timo Kopf konnte bei einem Monitoring auf den entsprechenden Flächen mehr als 100 Wildbienenarten belegen – das ist eine mehr als erfreuliche Entwicklung. Auch umliegende Gemeinden wurden motiviert, selbst aktiv zu werden. So konnten Blühflächen auf interkommuna-

© Foto: Marktgemeinde Rankweil

ler Ebene umgesetzt und der Lebensraumverbund in der Region gestärkt werden“, weiß Katrin Ehrenbrandtner, Umweltbeauftragte der Gemeinde.

Miteinander von Wirtschaft und Natur

Was an Rankweils Straßenrändern begann, wurde im Jahr 2014 auch für die Impulszone Römergrund übernommen – einem Business-Park mit rund 34 voll erschlossenen Betriebsflächen. Im Rahmen eines damals europaweit einzigartigen Pilotprojekts konnten mehr als 8.000 Quadratmeter im gesamten Areal naturnahe begrünt und damit ein zusammenhängender Lebensraum für viele heimische Tier- und Pflanzenarten geschaffen werden. Bereits beim Kauf der Flächen mussten sich ansiedlungswillige Unternehmen dazu verpflichten, die Richtlinien zur naturnahen Begrünung einzuhalten sowie Begrünungselemente aus dem Maßnahmenkatalog der Gemeinde – wie etwa Schotter-Blumen-Rasen, magere Blumenwiesen, Wildblumenränder, Trockenmauern oder Ast- und Steinhaufen – anzulegen.

„Gepflanzt wurden vorwiegend einheimische und standortgerechte Pflanzen sowie robuste Arten, die sich selbst erneuern – unter anderem Karden, Königskerzen, Hornklee, Flockenblumen, Malven, Margeriten sowie heimische Gehölze mit einer Wuchshöhe von ca. 1,5 Metern. Bei der Auswahl der Pflanzen wurde vor allem auf geringen Pflegeaufwand, große Standortvielfalt sowie die Ästhetik geachtet. Treppenelemente, Böschungen, Dach- und Fassadenbegrünung sind ebenfalls Teil des Konzepts wie insektenfreundliche Lampen, Nisthilfen sowie Feuchtstandorte für Amphibien“, so Ehrenbrandtner.

Europaweiter Vorreiter

Mit dem Projekt am Römergrund leistet die Marktgemeinde Rankweil, gemessen an der Größe der Pflanzfläche, Pionierarbeit in Europa. „Gepflanzt wurde ein ausgewogener Mix aus knapp 3.000 Stauden, Wildblumen und Gehölzen. Insgesamt wurden auf dem Areal 10.000 Blumenzwiebeln für die Frühblüher gepflanzt. Das ist eine Größenordnung, welche in Europa nach wie vor ihresgleichen sucht. Auch heimische Baumarten finden entlang der Zufahrtsstraßen ihren Platz“, erklärt Reinhard Witt, Biologe und Mitverantwortlicher für die Erarbeitung des Konzepts. Apropos Zufahrt: Aufgrund seiner idealen Lage – am Ortsrand und nur einen Steinwurf von der Autobahn A14 entfernt – entstand durch die Neuansiedlung der Betriebe nahezu keine zusätzliche Verkehrsbelastung für den Ortskern. Zudem wurde eine neue Bushaltestelle am Römergrund eingerichtet, um den Individualverkehr so gering als möglich zu halten.

„Als wichtiger Wirtschaftsstandort in Vorarlberg und als Pilotgemeinde für naturnahe Begrünung zeigen wir anhand der Impulszone Römergrund, wie auch Firmenareale maßgeblich zur Erhaltung und Steigerung der Arten- und Lebensraumvielfalt beitragen können. Durch die naturnahe Begrünung konnten wir den Wirtschaftsstandort noch attraktiver gestalten“, zeigt sich auch Bürgermeisterin Katharina Wöß-Krall überzeugt vom Projekt Römergrund. „Denn“, so die Bürgermeisterin weiter, „das Profil eines Unternehmens wird heutzutage nicht nur von seiner wirtschaftlichen Performance geprägt. Bewusstsein für Regionalität, umweltverträgliche Arbeits- und Wirtschaftsweisen sowie ein naturnahes Betriebsumfeld tragen zu einem guten Unternehmensimage bei.“

Auch hinsichtlich der Bewirtschaftungskosten konnte die Gemeinde inzwischen positiv bilanzieren: Auf naturnahen Flächen kann man im Vergleich zu herkömmlichem Grün bis zu 70 % der Kosten einsparen, bei extensiver Pflege gar bis zu 95 %; denn die verwendeten Materialien sind in der Region vorhanden, die Errichtung ist einfacher und heimische Pflanzen halten Wetterextreme besser aus. Darüber hinaus kann durch naturnahe Begrünung gänzlich auf Dünger und Pestizide verzichtet werden.

Naturnahe Begrünung macht Schule

Beispielgebend soll das Bepflanzungskonzept auch für andere Unternehmen und Regionen sein. So wurden etwa von den Projektverantwortlichen Workshops und Vorträge angeboten, die großes Interesse weckten – bisweilen weit über die Grenzen Vorarlbergs hinaus. Auch Rankweiler Bürger:innen sind aufgerufen, ihre Gärten in Naturparadiese zu verwandeln. Dafür werden bereits seit 2008 regelmäßige Informationsveranstaltungen, Exkursionen und Infomaterial angeboten.

„Uns ist es seit vielen Jahren ein großes Anliegen, den Blick innerhalb der ansässigen Bevölkerung für das Thema der naturnahen Begrünung zu schärfen, um damit weitere ökologisch wertvolle Flächen zu fördern und nachhaltig zu gestalten. Beim Projekt Impulszone Römergrund war es uns von Anfang an wichtig, eine Vorbildfunktion für andere Regionen und Unternehmen einzunehmen“, so Bürgermeisterin Wöß-Krall. Pate für die Namensgebung des Impulszentrums standen übrigens Ausgrabungsarbeiten unweit des Geländes, bei welchen Reste einer Römervilla entdeckt wurden. Und nicht zuletzt, weil Römer als clevere Handelsleute mit Pioniergeist galten – beste Eigenschaften für „blühende Geschäfte“ am Römergrund.

Impulszone Römergrund auf einen Blick

- *34 Betriebsgrundstücke*
- *20 Hektar Gesamtfläche*
- *Direkt an der A14 Rheintalautobahn*
- *Grenznähe Schweiz, Liechtenstein, Deutschland*
- *3.000 Stauden, Büsche und Bäume sowie 10.000 Blumenzwiebeln wurden gepflanzt*
- *Gute Bodenbeschaffenheit und geringes Risiko von Naturgefahren*



Zukunftsaufgabe Grünraum in der Stadt

Visualisierung des Hauptplatzes in Amstetten, Fertigstellung 10/2024

Warum städtische Grünflächen eine dringende Notwendigkeit für nachhaltige Urbanität und Daseinsvorsorge sind und worauf man bei ihrer Planung achten muss

Daniel Zimmermann, 3:0 Landschaftsarchitektur

Die Stadt ist der letzte Ort, der grün sein muss. Dafür haben wir doch das Land!“ Diese weitverbreitete Meinung unterschätzt die essenzielle Rolle von Grünräumen in urbanen Gebieten. In Zeiten des Klimawandels und der fortschreitenden Urbanisierung sind städtische Grünflächen unverzichtbar. Sie bieten weit mehr als nur ästhetische Vorteile – sie erfüllen wesentliche ökologische, soziale und wirtschaftliche Funktionen und sins somit systemrelevant.

Antwort auf den Klimawandel

Städtische Grünflächen sind weit mehr als bloße Dekorationen. Sie übernehmen zentrale Aufgaben im urbanen Leben. Bäume und Pflanzen verbessern die Luftqualität, indem sie Kohlendioxid absorbieren und Schadstoffe binden. Sie wirken als natürliche „Klimaanlagen“, spenden Schatten und tragen zur Regulierung des Mikroklimas bei. Besonders in heißen Sommermonaten sind diese Funktionen von unschätzbarem Wert. Die Erfahrungen dieses Sommers haben uns wieder gezeigt, dass die Bedeutung urbaner Grünflächen nicht zu unterschätzen ist – sie sind integrale Bestandteile einer gesunden und lebenswerten Stadt.

Der Sommer 2024 ist ein eindrückliches Beispiel für die drastischen Auswirkungen steigender Temperaturen: Hitzewellen führten nicht nur zu körperlicher Erschöpfung, sondern auch zu erhöhtem Stress und Aggressivität in der Bevölkerung. Diese Beobachtungen stammen nicht nur von Umweltbehörden, sondern auch von medizinischen Fachleuten und Sicherheitsdiensten, die eine Zunahme von hitzebedingten gesundheitlichen Problemen und Konflikten feststellen konnten. Angesichts dieser Entwicklungen wird deutlich, dass wir dringend mehr Grünflächen in unseren Städten benötigen, um die Auswirkungen des Klimawandels abzumildern. Auch in den Fragen der Entsiegelung und des Umgangs mit Starkregenereignissen. Bäume und Pflanzen tragen dazu bei, die Temperaturen in städtischen Gebieten zu senken und somit die Lebensqualität zu verbessern. Dennoch wird das Potenzial urbaner Grünräume in vielen Städten noch nicht vollständig ausgeschöpft. Hier kann die EU-Renaturierungsverordnung wertvolle Unterstützung bieten, indem sie rechtliche Rahmenbedingungen für die Wiederherstellung und den Ausbau natürlicher Lebensräume in städtischen Gebieten schafft.

© Alle Abbildungen: 3:0 Landschaftsarchitektur, www.3zuo.com



Planung der klimafitten Praterstraße in Wien

Kosten und Nutzen: Warum sich Investitionen lohnen

Grünflächen sind mit Kosten verbunden – von der Planung über die Anlage bis zur Pflege. Doch gerade in Zeiten knapper kommunaler Kassen sollte betont werden, dass jeder investierte Euro in Grünräume vielfache Vorteile zurückbringt. Eine gut gestaltete grüne Straße oder ein Stadtteil bieten nicht nur angenehme Aufenthaltsflächen für die Anwohner:innen, sondern steigern auch die allgemeine Lebensqualität, insbesondere für vulnerable Gruppen wie ältere Menschen und Kinder. Auch wenn sich die wirtschaftlichen Vorteile von Grünflächen nicht immer direkt in monetären Werten fassen lassen, zeigen sich ihre Wirkungen deutlich in der Zufriedenheit der Bewohner:innen, in einer reduzierten Sterblichkeitsrate bei Hitzewellen und in einer insgesamt gesünderen Stadtbevölkerung. Ein Beispiel ist die Beobachtung, dass stark durchgrünte Stadtteile in Österreich in heißen Sommermonaten von niedrigeren Temperaturen profitierten, obwohl das Gesamtniveau der Hitze weiterhin hoch war.

Good Practice

Ein herausragendes Beispiel für erfolgreiche Stadtbegrünung stammt aus einer deutschen Mittelstadt. Dort wurde das Budget für den Grün- und Freiraum verdoppelt, was durch die Überzeugung des Verwaltungsbeamten ermöglicht wurde, dass jeder investierte Euro in Grün- und Freiräume zehnfach zurückkommt. Diese Rückflüsse umfassen klimatische Abkühlung, verbesserte Wohnzufriedenheit und ein kinderfreundliches Umfeld. In Wien zeigt die Praterstraße eindrucksvoll, wie Alleen das Mikroklima verbessern und den Aufenthalt angenehmer machen. Eine durchgehende Baumreihe spendet Schatten, reduziert die Hitzebelastung und schafft eine angenehme Atmosphäre für alle, die sich in diesem Bereich aufhalten.
Der Hauptplatz in Amstetten ist ein weiteres positives Beispiel: Im Zuge einer umfassenden Neugestaltung wurde der Platz entsiegelt und begrünt. Das „Schwammstadt-Prinzip für Bäume“, das dabei zum Einsatz kam, schafft unterirdischen Retentionsraum für Niederschlagswasser, was nicht nur das städtische Kanalsystem bei Starkregen entlastet, sondern auch den Bäumen während Trockenperioden das Überleben sichert. Diese Maßnahmen verbessern die Aufenthaltsqualität und schaffen Raum für städtische Feste und Märkte.

Mehr als nur der Preis zählt

Eine wesentliche Herausforderung bei der Umsetzung solcher Projekte ist die Qualität der Planung und der fachlich qualifizierten Begleitung während der Ausführung. Billigstbieter führen oft nicht zu den gewünschten Ergebnissen, was fast automatisch höhere Kosten durch Sanierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen nach sich ziehen wird. Eine fundierte Planung, die auf Expertise und nachhaltige Landschaftsarchitektur setzt, ist entscheidend für die langfristige Funktionsfähigkeit und den Nutzen urbaner Grün- und Freiräume. Städte und Gemeinden sollten Verfahren fördern, bei denen die Landschaftsarchitektur eine zentrale Rolle spielt – sei es in der Planung, in Wettbewerbsjurys oder auf Baustellen. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Grünräume den hohen Anforderungen an Klimawandelanpassung und Lebensqualität gerecht werden.
Dies beginnt bereits bei der Auswahl der „richtigen“ Bäume: Bäume, die „klimafit“ sind – das heißt, die den zu erwartenden klimatischen Veränderungen standhalten und in ihrem Wachstum eine entsprechend große Krone zur Beschattung ausbilden. Wenn zusätzlich noch die Aspekte der Biodiversität berücksichtigt und die Bäume korrekt gepflanzt werden, ist die Gemeinde auf dem richtigen Weg. Um das „korrekt gepflanzt“ anhand zweier Punkte zu verdeutlichen: Bäume dürfen nicht zu tief gepflanzt werden, da sonst der wichtige Austausch zwischen der atmosphärischen Luft und den Wurzeln nicht funktioniert, wodurch die Bäume „sitzenbleiben“. Frisch gepflanzte Bäume verharren dann auch Jahre nach der Pflanzung in einer Art Schockstarre. Zudem müssen die Bäume im Zuge der Pflanzung deutlich zurückgeschnitten werden, damit sie den Pflanzschock durch einen vitalen Austrieb gut überstehen. Dieses alte gärtnerische Wissen ist vielerorts oftmals verloren gegangen, was zu kümmernden oder sogar vertrockneten Jungbäumen führt.

Grünräume als zentrale Daseinsvorsorge

Für die Zukunft ist es entscheidend, die Grünagenda sowohl budgetär als auch personell voranzutreiben. Gartenämter, die oft als nachgeordnete Dienststellen betrachtet werden, müssen als zentrale Akteure der Daseinsvorsorge gestärkt werden. Ihre Aufgaben umfassen zunehmend nicht nur die Pflege von Grünflächen, sondern auch die Gestaltung klimafitter und lebenswerter städtischer Räume. Der Klimawandel kommt schneller und massiver als erwartet, und die Städte müssen sich darauf vorbereiten.
Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Grünflächen und die blau-grüne Infrastruktur in der Stadt von großer Bedeutung sind. Sie tragen nicht nur zur Schönheit und Sicherheit in der Stadt bei, sondern haben weitreichende positive Auswirkungen auf die Umwelt, die Gesundheit der Menschen und das soziale Miteinander. In Zeiten des Klimawandels und der zunehmenden Urbanisierung sollten wir die Bedeutung von Grünräumen erkennen, sie pflegen und weiterentwickeln. Nur so können wir die Lebensqualität in unseren Städten nachhaltig verbessern und den Herausforderungen der Zukunft erfolgreich begegnen.



Tullns neuer Nibelungenplatz

Wie es der Gartenstadt Tulln gelang, einen versiegelten Parkplatz in einen neuen, klimafitten Gartenraum und somit in einen Ort des Miteinanders zu verwandeln

Der Nibelungenplatz ist heute ein klimafitter öffentlicher Gartenraum unmittelbar an der Donaulände und mitten im Herzen der Gartenstadt Tulln.
Er ist Treffpunkt für die Bevölkerung, Kinder toben herum, Radfahrer:innen machen Rast im Baumschatten. Mit seiner einladenden Gestaltung, vielen Sitzgelegenheiten, zahlreichen Veranstaltungen und Gastronomie ist er ein Ort, der zum Bleiben einlädt. Doch das war nicht immer so.

Zeitsprung ins Jahr 2020

Über 200 Autos parkten früher am Nibelungenplatz – und das zum Großteil kostenfrei. Unüblich für ein Ortszentrum und auch klimatisch alles andere als optimal: Über 40 Grad im Sommer wurden gemessen, die Autos wurden zu „Hitze-Akkus“. Hinzu kam: Niederschlag floss nahezu vollständig über die Kanalisation ab. So bot der Platz trotz seiner Top-Lage im Stadtzentrum lediglich für Autos eine gewisse Aufenthaltsqualität, keinesfalls aber für Menschen.

Gemeinsam Platz machen

Der Nibelungenplatz kann viel mehr – meinte Tullns Bürgermeister Peter Eisenschenk. Aus seiner Vision wurde im März 2021 ein einstimmiger Gemeinderatsbeschluss. Alle Parteien waren sich einig: Sie wollten gemeinsam „Platz machen“, und zwar für vielfältige Nutzung und vor allem für Menschen, statt für Autos. Der nächste Schritt: Ein umfassender Bürgerbeteiligungsprozess, denn die Bürgerinnen und Bürger der Stadt ins Boot zu holen und den Platz nach ihren Bedürfnissen zu gestalten, hatte für die Stadtgemeinde als Bauherrin oberste Priorität.

1.000 Ideen und 1 Mehrheit

Über mehrere Monate hinweg konnte die Bevölkerung Tullns ihre Wünsche, Vorstellungen und auch Sorgen kundtun, sowohl online auf einer Web-Plattform als auch offline in direktem Austausch. Insgesamt 1.000 Ideen wurden gesammelt. Dann waren Profis der Landschaftsplanung am Werk: Sie entwickelten aus den Inputs drei verschiedene Größenordnungen für die Umgestaltung – von der Begrünung eines nur kleinen Teils des Nibelungenplatzes bis zur vollständigen Entsiegelung und Neu-Konzipierung der rd. 8.000 m² großen Fläche. Diese drei Varianten standen schlussendlich bei

© Foto: Stadtgemeinde Tulln



Der Nibelungenplatz vor der Entsiegelung: Asphalt und Parkplätze (oben) und heute als grüner Ort des Miteinanders (links)

einer Volksbefragung im Dezember 2021 zur Wahl. Das Ergebnis: 60 % der abgegebenen Stimmen waren für die größtmögliche Umgestaltung.

Viel Platz für Menschen

Das Jahr 2022 diente der Detailplanung des Platzes durch das in einem Landschaftsplanungswettbewerb als Sieger hervorgegangene Büro „DnD Landschaftsplanung" – und einer erneuten Rückkoppelung der Pläne an die Bürger:innen im Rahmen einer Veranstaltung im Rathaus. Das finale Konzept vereinte schließlich verschiedenste Nutzungsmöglichkeiten und Elemente – ökologische Grünflächen, Sitzgelegenheiten zum Verweilen und Zonen für Veranstaltungen, Bereiche für Spiel und Sport, ein kleines gastronomisches Angebot und öffentliche WCs sowie auch weiterhin 54 Parkplätze, nun aber in klimafreundlicher, versickerungsoffener Form und geführt als gebührenpflichtige Kurzparkzone.

Niederschlag bleibt verfügbar

Entsiegelung bedeutet, den Boden wasserdurchlässig zu machen. War die Fläche des Nibelungenplatzes einst zu 80 % durch eine Asphaltschicht versiegelt, so ist sie heute nahezu vollständig versickerungsoffen. Die Flächen, die weiterhin begangen und befahren werden, wurden mit versickerungsoffenen Materialien gestaltet. Die gepflasterten Bereiche sind mit breiten Versickerungsfugen ausgestattet. Dass das Niederschlagswasser nun direkt vor Ort versickern kann, wirkt sich nicht nur positiv auf das Mikroklima auf dem Platz aus, sondern entlastet auch den Kanal.

Schwammstadt mit Stauden

In unterirdischen Schwammstadt-Körpern wird das versickerte Regenwasser gespeichert und den großkronigen Bäumen direkt verfügbar gemacht.
Insgesamt 38 Bäume hat die Stadt am Platz neu gesetzt – ausgewählt wurden ganz bewusst klimaresiliente, Schatten spendende und standortangepasste Zukunftsbaumarten, die mit der zu erwartenden Klimaveränderung langfristig gut umgehen können. Auch bei der Auswahl der enorm großen Anzahl an Staudenpflanzen wurde auf deren ökologischen Wert geachtet: Die mehreren tausend Pflanzen bieten Insekten wie Wildbienen, Hummeln und Schmetterlingen einen wertvollen Lebensraum sowie viel Nahrung in Form von Pollen und Nektar. Mittels Tröpfchenbewässerung werden die Staudenbeete mit dem Wasser der Donau versorgt.

Anziehungspunkt für Gäste

Auf die Planung folgte eine genau durchgetaktete Bauphase: Zwischen dem Spatenstich im Mai 2023 und dem großen Eröffnungsfest im Juni 2024 lagen gerade einmal 13 Monate. Die ersten Monate der Nutzung haben daraufhin gezeigt, dass das Konzept aufgeht: Der neue Nibelungenplatz ist eine Bühne für Veranstaltungen, eine Spielfläche für Kinder und Familien, ein Platz für Sport und Bewegung und vor allem ein Ort, an dem man einander trifft, plaudert und miteinander Zeit verbringt. Er ist somit nicht nur angesichts seiner Klimafitness pionierhaft, sondern auch hinsichtlich wirtschaftlicher und touristischer Aspekte: Tullns Innenstadt wird noch attraktiver und anziehender, die Radfahrer:innen des Donauradweges werden zu einem Stopp in Tulln eingeladen und Gäste der Region haben einen Grund mehr für einen Tagesausflug in die Gartenstadt Tulln.

Die Elemente des Platzes im Überblick

- *Blütenfeuerwerk Klostergarten: Staudenbeete, Holz-Sitzlandschaft und Hotspot für Fotos und Hochzeiten*
- *Work- und Workout-Zone: USB-Ladestationen, Slackline, Calistenics-Geräte, Freiflächen*
- *Nebelspiel: Abkühlung bei geringstem Wasserverbrauch und Spielzone für Kinder*
- *Gastronomie & Feste: Getränke und Snacks im neuen Lokal „Hans Wurst", öffentliche Toiletten, genug Platz für Festzelte*
- *Sitzen & Spielen: Sitzmöbel, Holzdecks, Spielelemente für Kinder*
- *Outdoor-Kunst: Ausstellungsplatz für große und kleine Kunstwerke*
- *Abstellplätze für rd. 60 Fahrräder sowie 54 Autos, jeweils auch mit E-Ladestationen – versickerungsoffen mit Grünfugen, in denen je nach Nutzungsdruck Gras wachsen kann.*

© Foto: droneproject.at

Von cool-INN zu COOLYMP

Universität Innsbruck erforscht blau-grüne Stadtplanung für ein klimafittes Innsbruck.

Yannick Back, Manfred Kleidorfer, Universität Innsbruck, Institut für Infrastruktur, Arbeitsbereich für Umwelttechnik

Der Klimawandel hat zunehmend negative Auswirkungen auf die Lebensqualität in städtischen Gebieten, insbesondere durch steigende Temperaturen, intensivere und häufigere Hitzewellen und Trockenperioden sowie extreme Niederschlagsereignisse. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, gewinnen blau-grüne Infrastrukturen in der Stadtplanung immer mehr an Bedeutung. Sie können nicht nur das städtische Mikroklima positiv beeinflussen und die Entwässerungssysteme entlasten, sondern auch zur Verbesserung der Wasser- und Energiebilanz beitragen, die Luftqualität steigern, das Wohlbefinden fördern und die Biodiversität erhöhen. Städtische Parks spielen in diesen Strategien eine zentrale Rolle, da sie die städtische Überhitzung lokal mindern und nahe Erholungsräume für die Stadtbewohner:innen bieten können. Beispiele für blau-grüne Infrastrukturen sind vielseitig und beinhalten unter anderem Wiesenflächen, durchlässige Gehwege, Sickermulden, Stadtbäume und künstliche Wasserelemente, die zusammen eine Vielzahl an Vorteilen bieten. In Innsbruck, Österreich, wurden im Rahmen der Projekte cool-INN (Laufzeit: 2020–2023) und COOLYMP (Laufzeit: 2022–2025) konkrete Maßnahmen zur städtischen Anpassung an den Klimawandel geplant und im Projekt cool-INN bereits umgesetzt sowie wissenschaftlich untersucht. Die wissenschaftliche Begleitung in den Projekten durch den Arbeitsbereich für Umwelttechnik der Universität Innsbruck konzentriert sich auf die Auswirkungen unterschiedlicher blau-grüner Infrastrukturen auf die lokalen mikro- und bioklimatischen Bedingungen sowie auf die Wasser- und Energiebilanz an der Oberfläche unter Berücksichtigung der Auswirkungen des Klimawandels.



Abb. 1: Darstellung der im Projekt cool-INN eingesetzten blau-grünen Infrastruktur

Cool-INN

Das Projekt cool-INN umfasste die Umgestaltung des Ing.-Etzel-Parks, der nordöstlich der Innsbrucker Innenstadt liegt. Das Projekt wurde vom Klima- und Energiefonds im Rahmen des Programms „Smart Cities Demo – Living Urban Innovation“ gefördert und diente als Modell für die Integration solcher Infrastrukturen in städtische Umgebungen. Das Projektkonsortium setzte sich aus den Innsbrucker Kommunalbetrieben – IKB (Projektleitung), der Stadt Innsbruck sowie den wissenschaftlichen Partnern der Universität Innsbruck und der Universität für Bodenkultur Wien zusammen. Der Stadtpark wurde mit einer Reihe von blau-grünen Infrastrukturen ausgestattet, um eine kühlende Wirkung zu erzielen, das Wohlbefinden zu steigern und die Lebensqualität in den Sommermonaten zu verbessern (Abbildung 1). Die Maßnahmen sollen nicht nur die mikro- und bioklimatischen Bedingungen des Platzes verbessern, sondern auch das subjektive Wohlbefinden und das soziale Verhalten der Nutzer:innen positiv beeinflussen. Besonders die Oberflächenumgestaltung zu durchlässigen Belägen trägt dazu bei, die Wasser- und Energiebilanz wieder einem natürlicheren Zustand näher zu bringen, da der Abfluss des anfallenden Niederschlagswassers gemindert und die Verdunstungskühlung gefördert wird. Die wissenschaftlichen Untersuchungen haben gezeigt, dass die eingesetzten Sprühnebelbögen eine direkte, sehr effektive Abkühlung für Menschen im Park bieten. Insbesondere Menschen, die den Park nur durchqueren, bietet dieses System eine schnelle und effektive Abkühlung. Das zentrale Wasserspiel senkt die Temperaturen lokal im Park stark ab. Gemessene Lufttemperaturen im Park verteilt haben gezeigt, dass diese blaue Infrastruktur die Anzahl der gemessenen Hitzetage (Tage, welche eine Lufttemperatur von 30 °C

© Foto: Rauth

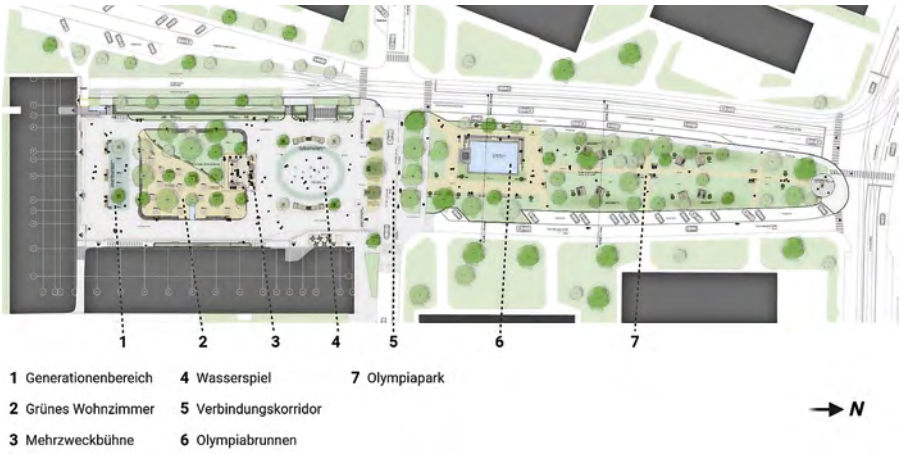


Abb. 2: Darstellung des Entwurfsplans der Umgestaltung des DDr.-Alois-Lugger-Platzes in Innsbruck, Österreich, im Projekt COOLYMP. Der Plan wurde verändert nach ARGE IB LAUP, Machné&Glanzl Architekten.

übersteigen), im Vergleich zu den versiegelten Flächen um den Park herum, deutlich mindert. Hier verweilten Menschen, insbesondere Familien, einen längeren Zeitraum und nutzten das zentrale Wasserelement als kühlende Oase.

COOLYMP

Das Nachfolgeprojekt COOLYMP setzt die Bemühungen aus dem Vorgängerprojekt fort und widmet sich der klimafitten Umgestaltung des DDr.-Alois-Lugger-Platzes im Olympischen Dorf, einem Stadtteil am östlichen Rand Innsbrucks. Projektpartner sind die Stadt Innsbruck (Projektleitung), Innsbrucker Immobilien Gesellschaft – IIG (Inhaberin des Platzes), Innsbrucker Soziale Dienste – ISD (Stadtteilarbeit) und die Universität Innsbruck. Die besondere Herausforderung dieses Projekts liegt darin, dass der Platz über einer Tiefgarage liegt, was die Umgestaltung komplexer macht. Dennoch konnten die Erfahrungen aus dem Projekt cool-INN erfolgreich auf die Platzumgestaltung übertragen werden. Ein zentraler Aspekt des Projekts ist die intensive Bürgerbeteiligung, bei der die Bewohner:innen des Olympischen Dorfes aktiv in den Planungsprozess einbezogen wurden. Die Planung für den Lugger-Platz sieht eine umfassende Oberflächenumgestaltung vor, die sowohl blaue als auch grüne Maßnahmen kombiniert (siehe Abbildung 2). Es wird eine Zonierung mit mehreren Bereichen vorgesehen, darunter ein Generationenbereich in der Nähe des Seniorenheims und des Kindergartens, ein „grünes Wohnzimmer“ mit Baumbepflanzungen, eine Mehrzweckbühne und ein Wasserspiel. Letzteres hat nicht nur einen spielerischen und ästhetischen Zweck, sondern auch eine wichtige Funktion im Wassermanagement: Das abfließende Wasser, zusammen mit dem anfallenden Niederschlagswasser am Platz, wird in einem Zwischenspeicher aufgefangen und zur Bewässerung der Grünflächen verwendet. Durch ein Sensor-gestütztes Monitoring des Wasserhaushalts und durch die Messungen der Wasser- und Energiebilanz wird erforscht, wie die gesetzten grünen Maßnahmen auf die klimatischen Bedingungen, insbesondere die zu erwartenden häufigeren Trockenperioden und Hitzetage, reagieren. Durch die Wiederverwendung des Brauchwassers zusammen mit dem Niederschlagswasser soll eine nachhaltige Wasserverfügbarkeit für die Grünflächen über einen längeren Zeitraum gewährleistet werden.

Kühle Oasen

Die in den beiden Projekten eingesetzten blau-grünen Infrastrukturen haben lokal eine kühlende Wirkung, die jedoch außerhalb der Parks kaum spürbar ist. Um stadtweite Effekte zu erzielen, müssten mehrere solcher „kühlen Oasen“ geschaffen und durch grüne oder blaue Korridore miteinander verbunden werden. In Bereichen, in denen eine Begrünung baulich oder rechtlich nicht möglich ist, könnten alternative Maßnahmen wie Sprühnebelanlagen, aber auch Beschattungselemente zum Einsatz kommen, um den thermischen Stress zu mindern. Hierbei müssten jedoch gesundheitliche Risiken beachtet werden. Der Erfolg dieser Maßnahmen zeigt, dass blau-grüne Infrastrukturen das städtische Klima und die Lebensqualität verbessern können. Allerdings müssen zukünftige Projekte den zunehmenden Trockenperioden durch ein strategisches Niederschlagsmanagement begegnen. Eine ausreichende Wasserversorgung ist entscheidend, um die Grünflächen gesund zu halten und die Verdunstungskühlung sicherzustellen. Durch die Entsiegelung von Flächen und die Wiederherstellung einer natürlicheren Wasser- und Energiebilanz kann der städtischen Überhitzung effektiv entgegengetreten werden. Zukünftige Stadtplanungsstrategien müssen daher darauf abzielen, nicht nur mehr Grünflächen zu schaffen, sondern auch ein nachhaltiges Wassermanagement sicherzustellen. Nur so können Städte resilient gegenüber dem Klimawandel gestaltet und die Lebensqualität ihrer Bewohner:innen langfristig gesichert werden.

DANKSAGUNG

Diese Arbeit ist Teil der Projekte cool-INN (Projekt Nr.KR19SCo F14953), Förderungszeitraum: Februar 2020 bis Januar 2023 (https://smartcities.at/projects/cool-inn-kuehle-urbane-lebensraeume-fuer-eine-resiliente-gesellschaft/) und COOLYMP (Projekt Nr. FO999894722), Förderungszeitraum: August 2022 bis Juli 2025 (https://smartcities.at/projects/coolymp/), welche vom Österreichischen Klima- und Energiefonds gefördert werden.



Die Stimme für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz

Die unabhängige Wiener Umweltanwaltschaft ist seit über 30 Jahren im Einsatz für die Interessen des Umweltschutzes in Wien und zeigt, wie vielfältig Naturschutz in der Stadt ist.

Gehen Sie gerne im Wald oder Park spazieren? Freuen Sie sich über die Kühle, wenn Sie im Sommer unter einem Schatten spendenden Baum sitzen? Mögen Sie Vogelgezwitscher? Wenn ja, dann erleben Sie einige alltägliche Leistungen der urbanen Natur und wissen diese zu schätzen.

Wien ist eine der lebenswertesten Städte der Welt[1] – wesentlich für die hohe Lebensqualität sind vor allen die vielfältigen Grünräume, die Begrünungen und die Artenvielfalt. In einer wachsenden Stadt nimmt allerdings der Druck auf Freiflächen zu und bestehende Grün- und Erholungsräume werden immer intensiver genutzt. Um unsere Lebensgrundlagen und unsere hohe Lebensqualität auch für künftige Generationen zu erhalten, ist es besonders wichtig, Grünflächen und Artenvielfalt zu schützen und natürliche Ressourcen nachhaltig zu nutzen. Dafür setzt sich die Wiener Umweltanwaltschaft, neben vielen weiteren Aspekten des Umwelt-, Natur- und Klimaschutzes, seit über 30 Jahren ein.

Interessen des Umweltschutzes

Die Wiener Umweltanwaltschaft (WUA) wurde 1993 durch das Wiener Umweltschutzgesetz[2] eingerichtet, um weisungsfrei und unabhängig die Interessen des Umweltschutzes in Wien zu wahren. Zu ihren Aufgaben zählen die fachkundige Information der Bevölkerung und behördlicher Organe sowie die Teilnahme an Verwaltungsverfahren. Durch den Kontakt und Austausch mit Bürger:innen, Verwaltung, Wissenschaft, NGOs und Politik übernimmt die Umweltanwaltschaft oft die Rolle der Vermittlerin. Die Unabhängigkeit ermöglicht es ihr auch, eine kritische Stimme zu sein.

Um die Umweltsituation zu verbessern, setzt die WUA auch diverse Projekte um

© Foto: Benedikt Heger



und bringt die Interessen der Umwelt in strategische Prozesse ein.

Klima und Biodiversität in der Krise

Ein Themenschwerpunkt der Wiener Umweltanwaltschaft ist die Erarbeitung von Lösungen für die größte Krise unserer Zeit: die Klima- und Biodiversitätskrise, die unser Leben, unsere Umwelt und unsere Zukunft auf vielfältige Weise beeinflusst und gefährdet.

Leider fehlt häufig das Bewusstsein, dass Ökosysteme die Grundlage unseres Lebens darstellen und dass wir mit unserer derzeitigen Lebensweise genau diese Systeme in Gefahr bringen und zerstören. Geraten Ökosysteme durch Klimakrise und Biodiversitätsverlust aus dem Gleichgewicht, können wichtige Leistungen (z. B. Bodenbildung, Bestäubung usw.) langfristig nicht mehr erbracht werden.

Trotz gesetzlicher Regelungen und Maßnahmen im Bereich des Klima- und Naturschutzes steigen die Temperaturen[3] und die Biodiversität nimmt ab[4]. Hitze, Trockenheit und Wetterextreme werden in der Stadt immer spürbarer und belasten die Wiener:innen und die Natur. Daher müssen Grünräume erhalten, vernetzt und in ausreichender Größe und Qualität geschaffen werden.

Die Verordnung zur Wiederherstellung der Natur der EU[5] verpflichtet nun zu dringend notwendigen Maßnahmen: Da der Schutz bestehender Ökosysteme nicht ausreicht, müssen diese zusätzlich auch wiederhergestellt werden. Klima- und Biodiversitätsschutz sind kein Luxus, sondern die einzige Möglichkeit, unser Überleben und unsere Lebensqualität für die Zukunft zu sichern.

Vom Nationalpark bis zum Kleingarten

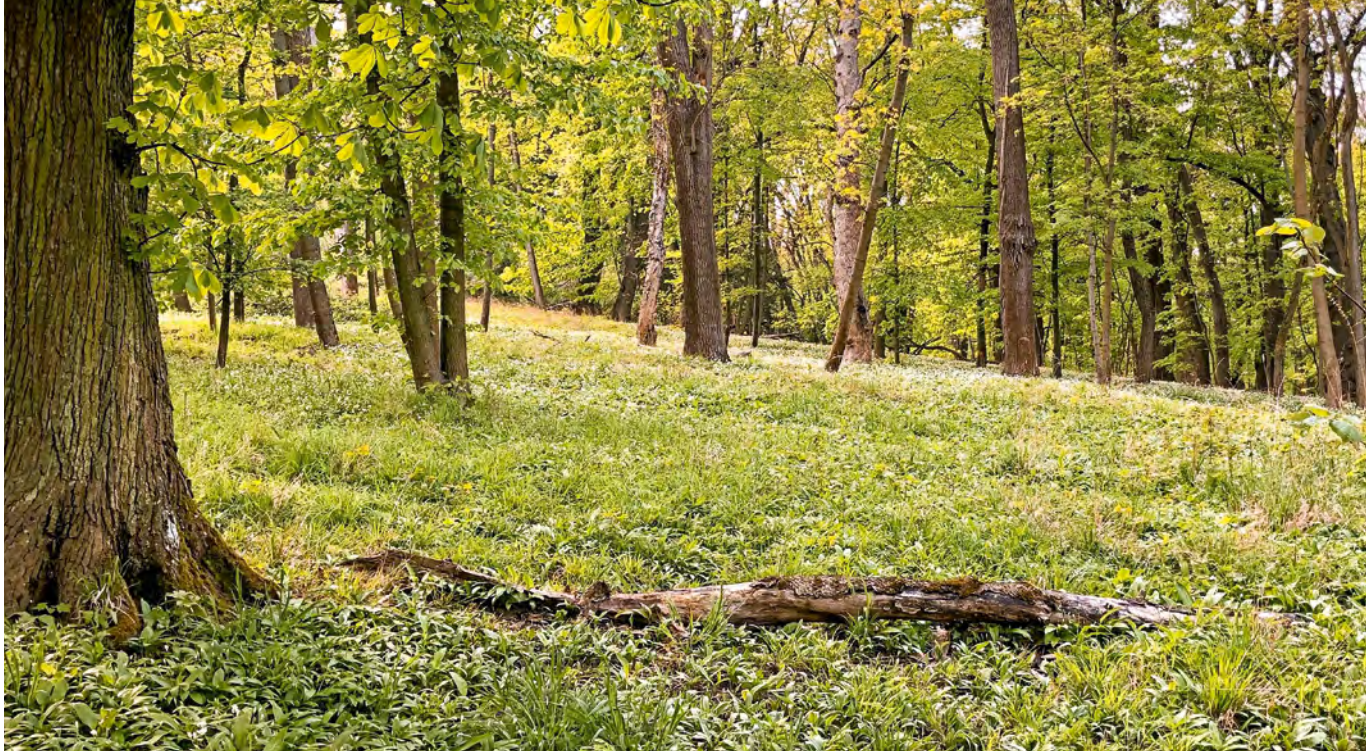
Die Grünräume Wiens sind hinsichtlich ihrer Naturnähe und ihrer Nutzung sehr unterschiedlich: der Nationalpark Donau-Auen mit streng geschützten Flächen, der Biosphärenpark Wienerwald, der Naturschutz und menschliche Nutzung vereint, und viele kleine und große Parkanlagen, die mit Spielplätzen und Hundezonen die Bedürfnisse der Anrainer:innen widerspiegeln. Auch private (Klein-)Gärten, Straßenbegleitgrün und sogar bepflanzte Balkone können – wenn sie entsprechend naturnah gestaltet



IRIS TICHELMANN,

Leiterin der WUA

© Fotos: Marion Jaros, Benedikt Heger



Die Stadt der Zukunft ist grün.

sind – einen wichtigen Beitrag zum Schutz der Biodiversität und zur Klimawandelanpassung leisten. Heimische Pflanzen, torffreie Erde, der Verzicht auf Dünger und Pestizide und das Zulassen von Wildnis sind dafür Voraussetzung. Eine besondere Bedeutung haben auch Gstätten, also Stadtwildnisflächen. Sie unterliegen keiner menschlichen Nutzung und sind Rückzugsorte für Tiere und Pflanzen. Die Natur kann sich frei entfalten und natürliche Prozesse finden statt. Wo in Wien solche Orte zu finden sind und warum Wildnis in der Stadt so wichtig und faszinierend ist, verrät die Broschüre „Am Anfang war die Gstett'n" der WUA[6].

Aufgrund der Lage und der unterschiedlichen Lebensräume weist Wien eine relativ hohe Artenvielfalt auf: So kommen z. B. fast 80 % aller Fledermausarten Österreichs auch in Wien vor[7]. Wir alle haben die Verantwortung, diese Vielfalt zu erhalten und zu schützen, und die Umweltanwaltschaft achtet darauf, dass diese wahrgenommen wird und das Zusammenleben von Mensch und Natur in der Stadt funktioniert. Zum Schutz der Artenvielfalt und der menschlichen Gesundheit müssen Umweltgifte auf das unbedingt erforderliche Maß reduziert werden. Die Umweltanwaltschaft beschäftigt sich daher mit der Vermeidung und Substitution von Umweltgiften und hat maßgeblich an der Wiener Strategie zur Pestizidminimierung[8] mitgearbeitet.

Besondere Expertise hat die WUA außerdem zu den Themen Lichtverschmutzung und Vogelanprall an Glasflächen.

Bildung als Schlüssel

Um das Wissen über die Natur vor der Haustüre und ihre Bedeutung zu stärken, setzt die Wiener Umweltanwaltschaft seit vielen Jahren einen Schwerpunkt im Bereich der Umweltbildung. Wer versteht, warum Klima- und Naturschutz wichtig sind, wird nicht zögern, selbst aktiv zu werden und erforderliche Maßnahmen unterstützen. Besonders wichtig ist es, Kinder und Jugendliche zu erreichen, ihnen Naturerfahrungen zu ermöglichen und Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen, wie sie sich für Natur- und Umweltschutz und somit für ihre Zukunft einsetzen können.

Ein weiteres Thema, das in Projekten der WUA behandelt wird, ist Konsum. Damit wird ein Bewusstsein geschaffen, wie ressourcenintensiv Konsum ist und welche ökologischen und sozialen Auswirkungen Kaufentscheidungen haben.

Stadt der Zukunft

Für die Wiener Umweltanwaltschaft ist klar: Die Stadt der Zukunft wird heiß – und daher muss sie begrünt sein. Neben der bereits mehrfach angesprochenen Notwendigkeit, Grünräume und Ökosysteme zu schützen, zu vernetzen und zu schaffen, müssen auch in dicht besiedelten Bereichen Begrünungen umgesetzt werden, um urbane Hitzeinseln zu entschärfen. Bäume sind dafür besonders geeignet, denn sie kühlen ihre Umgebung deutlich ab. Altbäume sind außerdem auch als Lebensraum für viele Arten sehr wertvoll.

Die Bäume und Begrünungen der Stadt der Zukunft sind mit Trockenheit konfrontiert. Das bedeutet, dass ausreichend Wasser versickern muss und viele Flächen entsiegelt gehören.

In der Vision der WUA haben alle Lebewesen ein gutes Leben in Wien. Die Natur ist dann nicht auf Schutzgebiete beschränkt, sondern überall ein Teil der Stadt. Damit wird eine hohe Artenvielfalt möglich. Konsum und Ressourcenverbrauch werden in den Hintergrund treten. Der begrünte öffentliche Raum wird eine hohe Aufenthaltsqualität aufweisen und zu einem Ort der Begegnung werden, an dem sich alle Menschen gerne aufhalten und mit der Natur in Kontakt kommen.

Wien soll auch in Zukunft die lebenswerteste Stadt der Welt sein: nachhaltig, klimaneutral und ein Hotspot der Biodiversität – daran arbeitet die Wiener Umweltanwaltschaft.

1 www.wien.gv.at/politik/international/vergleich/

2 www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrW&Gesetzesnummer=20000183

3 www.ipcc.ch/

4 www.ipbes.net/

5 https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=OJ:L_202401991

6 https://wua-wien.at/images/stories/publikationen/gstettnfuehrer-2020.pdf

7 www.wien.gv.at/umweltschutz/naturschutz/pdf/fledermaus-artenportraet.pdf

8 www.wien.gv.at/umweltschutz/naturschutz/pestizidminimierung.html

© Foto: Iris Tichelman

Klimafitte Grünoasen in Frohnleiten

Die Stadtgemeinde Frohnleiten setzt auf eine umweltbewusste Stadtentwicklung und investiert in die nachhaltige Neugestaltung des Hauptplatzes sowie die Wiederaufforstung des Bürgerwaldes.

Nazira Zapletal, Öffentlichkeitsarbeit Frohnleiten

Zu Beginn dieses Jahres sah sich Frohnleiten aufgrund des Eschensterbens gezwungen, umfangreiche Schlägerungsarbeiten im sogenannten „Bürgerwald“ durchzuführen. Dieser Wald grenzt unmittelbar an das Ortszentrum und dient als wichtiger Naherholungsraum. Im Anschluss an die Schlägerungsarbeiten hat die Gemeinde gemeinsam mit dem Waldverband Mur-Mürztal ein umfassendes Aufforstungsprojekt gestartet. Unterstützt von den Schülerinnen und Schülern der Volksschule sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Wirtschaftshofes wurden auf einer Fläche von rund 0,5 Hektar insgesamt 1.050 klimafitte Bäume, darunter Linde, Weißkiefer und Edelkastanie, sowie 450 Sträucher wie Forsythie, Kornelkirsche oder Felsenbirne gepflanzt. Ziel des Projekts ist es, einen vielfältigen und zukunftsfähigen Mischwald zu schaffen, der den Herausforderungen des Klimawandels aus heutiger Sicht standhält.

Revitalisierung des Bürgerwaldes: ein Gemeinschaftsprojekt

„Unsere Kinder hatten die Chance, direkt bei der Wiederaufforstung mitzuhelfen und dabei zu lernen, wie wichtig der Schutz unserer Wälder ist. Dieses Projekt steht stellvertretend für unsere Verantwortung, nachhaltige Grünräume für die kommenden Generationen zu schaffen“, betont Bürgermeister Johannes Wagner. Für die jungen Helferinnen und Helfer war die Aufforstungsaktion ein besonderes Erlebnis. Direkt am steilen Hang sorgten sie unter fachkundiger Anleitung dafür, dass dieser Waldabschnitt wieder grünt und gedeiht.

Hannes Pirstinger, Obmann des Waldverbandes Mur-Mürztal und Vizebürgermeister, hebt hervor: „Durch die gezielte Auswahl der Baum- und Straucharten schaffen wir nicht nur einen klimafitten Wald, sondern fördern auch die Biodiversität in der Region. Dies ist ein wichtiger Schritt für die nachhaltige Forstwirtschaft und den Umweltschutz.“

Klimafitte Bäume für eine grünere Innenstadt

Die Neupflanzung von Bäumen am Hauptplatz im Frühjahr 2024 ist ein weiterer wichtiger Schritt in der Grünraumentwicklung von Frohnleiten. Nachdem im Oktober letzten Jahres vier Bäume am Hauptplatz aufgrund problematischer Standortbedingungen und beginnender Zerfallserscheinungen gefällt werden mussten, wurde dieser zentrale Ort der Stadtgemeinde im Frühling dieses Jahres mit neuen, standortgerechten Bäumen ausgestattet. Diese Bäume sind nicht nur den aktuellen klimatischen Bedingungen gewachsen, sondern prägen auch das Stadtbild nachhaltig.

Die neuen Bäume sind von Sitzmöglichkeiten umgeben, die zum Verweilen einladen und den Hauptplatz zu einem attraktiven Treffpunkt machen. „Mit diesen Maßnahmen schaffen wir einen modernen, umweltbewussten Ort, der den Anforderungen der Stadt und ihrer Bewohner:innen gerecht wird“, so Bürgermeister Johannes Wagner.



Kinder pflanzen in Frohnleiten ihren zukünftigen Wald.

© Foto: Stadtgemeinde Frohnleiten



Das junge Wiener Wäldchen in Penzing

Wiener Wäldchen

Tiny Forests beleben als grüne Oasen die Stadt.

Gottfried Jakob Struggl, Wiener Stadtgärten

Wien, eine Stadt mit hoher Lebensqualität, verdankt ihren Ruf nicht nur ihrer kulturellen Vielfalt und historischen Architektur, sondern auch den weitläufigen Grünflächen.
Besonders hervorzuheben sind die Wiener Wäldchen, die als dichte, biodiverse Mini-Wälder nach der Miyawaki-Methode (Tiny Forest) angelegt werden. Diese bewusst geschaffenen Naturflächen, oft mitten im urbanen Raum, bieten vielfältige ökologische und soziale Vorteile.

Geschichte und Bedeutung

Die Wiener Wäldchen sind nicht nur moderne Grünflächen, sondern oft historisch verankerte Orte, die teilweise auf die Stadtplanung des 19. Jahrhunderts zurückgehen. Schon damals erkannten die Stadtplaner:innen die Bedeutung von Grünflächen für das städtische Mikroklima und als Naherholungsräume. In jüngerer Zeit dienen diese kleinen Wälder auch als Symbol für den Kampf gegen den Klimawandel und die städtische Überhitzung.

Stadtnatur auf kleinem Raum

Mit einer Mindestfläche von nur 100 Quadratmetern eignen sich die Wiener Wäldchen perfekt zur Aufwertung ungenutzter Restflächen, größerer Parks oder Plätze. Neben der Förderung der städtischen Biodiversität tragen sie auch zur Senkung der Umgebungstemperaturen bei und sind somit ein effektives Mittel gegen sogenannte urbane Hitzeinseln. Die Stadt Wien verfolgt gezielt Maßnahmen zur Klimaanpassung, bei denen städtische Grünflächen eine zentrale Rolle spielen. Mit widerstandsfähigen Bäumen, die besser mit den veränderten klimatischen Bedingungen zurechtkommen, wird die Zukunft der grünen Infrastruktur gesichert. Angesichts des Klimawandels gewinnen die Wiener Wäldchen an Bedeutung.

Die Miyawaki-Methode: schnelle Aufforstung

Die Miyawaki-Methode ermöglicht es, innerhalb von nur 15 bis 20 Jahren dichte Wälder zu schaffen – ein Prozess, der in der Natur etwa 200 Jahre dauern würde. Nach einer genauen Untersuchung der

© Foto: RXC

Bodenverhältnisse werden bis zu 100 verschiedene Baum- und Straucharten eng nebeneinander gepflanzt. In den ersten drei Jahren wird die Fläche intensiv gepflegt, bevor der Wald sich selbst überlassen wird.

Die Wiener Wäldchen bieten eine Reihe von Vorteilen:

- Steigerung der Artenvielfalt: Die dichten Wälder bieten Lebensraum für eine Vielzahl von Pflanzen und Tieren.
- Klimaanpassung: Sie tragen zur Abkühlung der Umgebung und zur Verbesserung des Mikroklimas bei.
- Bodenschutz und Wasserregulierung: Die Bäume stabilisieren den Boden und verbessern das Regenwassermanagement.
- Erholung und Umweltbildung: Sie schaffen naturnahe Erholungsräume in der Stadt und fördern die Umweltbildung der Bevölkerung. Sozial gesehen bieten sie Raum für Erholung, direkt vor der Haustür der Stadtbewohner:innen.

Pilotprojekte und Stadtentwicklung

Die Umsetzung des Wiener Wäldchens folgt den Leitlinien der Wiener Stadtentwicklung, die etwa in der Wiener Wald- und Wiesencharta oder der Smart Klima City Strategie verankert sind. Seit über 30 Jahren wird bereits im Rahmen des Aufforstungsprojekts „Wald der jungen Wiener:innen“ an der Pflanzung von Stadtwäldern gearbeitet.
Das Pilotprojekt am Margaretengürtel wurde im Rahmen des InKA-Programms in Zusammenarbeit der Magistratsabteilungen für Umweltschutz (MA 22), Wiener Stadtgärten (MA 42) und dem Forst- und Landwirtschaftsbetrieb (MA 49) entwickelt. Die Stadt Wien hat bereits mehrere Standorte mit Wiener Wäldchen realisiert, darunter:
11. Bezirk: Schloss Neugebäude, 14. Bezirk: Parkanlage Molischgasse, 17. Bezirk: Halirschgasse/Dittersdorfgasse/Gilmgasse, 20. Bezirk: Hugo-Gottschlich-Park, 22. Bezirk: Langobardenstraße.

Fazit

Die Wiener Wäldchen sind nicht nur dekorative Grünflächen, sondern unverzichtbare grüne Inseln in der Stadt, die das Klima verbessern und den Menschen naturnahe Erholungsmöglichkeiten bieten. In einer zunehmend urbanisierten Welt spielen sie eine Schlüsselrolle im Kampf gegen den Klimawandel und sind ein zukunftsweisendes Beispiel für die nachhaltige Stadtentwicklung.

DIE ÖVGW-QUALITÄTSMARKE

Auf Qualität kommt es an:
mehr Sicherheit und Sauberkeit für unsere Gemeinden

ÖVGW

ÖVGW
GEPRÜFT

ZERTIFIZIERTE, JÄHRLICH KONTROLLIERTE PRODUKTE AUF DEM NEUESTEN STAND DER TECHNIK

ÖSTERREICHISCHE VERTRIEBSPARTNER MIT KUNDENDIENST, GESICHERTER ERSATZTEILVERSORGUNG UND BAUSTELLENSERVICE

SICHERE MATERIALIEN IM KONTAKT MIT TRINKWASSER

DEUTSCHSPRACHIGE GEBRAUCHSINFORMATION

GEBRAUCHSTAUGLICHKEIT, BETRIEBSSICHERHEIT UND ZUVERLÄSSIGKEIT

OPTIMALER PRODUKTEINSATZ NACH ÖVGW-RICHTLINIEN UND ÖSTERREICHISCHEM RECHT

www.ovgw.at

So cool sind Wiener Friedhöfe

Von der Begräbnisstätte zum Klimaretter. Studie zeigt: weniger Hitze und mehr Regenwasser-Versickerung dank grüner Friedhofsflächen.

In Wien erstrecken sich die 46 städtischen Friedhöfe über 500 Hektar, was rund 1,2 % der Wiener Gesamtfläche ausmacht. Grund genug, um deren Relevanz für das Stadtklima kritisch zu hinterfragen. Welchen Unterschied macht es, wenn 500 Hektar grün oder grau sind – Rasen, Wiesen, Bäume oder mit Beton versiegelte Flächen? Hat das eine spürbare Relevanz?

Gemeinsam mit einem Projektteam der Universität für Bodenkultur, unter der Leitung von Prof. Herbert Formayer, und einem Team des Austrian Institute of Technology (AIT) unter der Leitung von Marianne Bügelmayer-Blaschek sind wir dem auf den Grund gegangen.

Zur Erstellung einer aussagekräftigen Simulation wurden über mehrere Wochen hinweg umfangreiche Messungen auf zwei ausgewählten Friedhöfen durchgeführt. Die Auswahl der Friedhöfe erfolgte bewusst: ein bereits sehr reichhaltig begrünter und ein überwiegend versiegelter Friedhof. Messungen auf dem Friedhof und in der unmittelbaren Umgebung haben spannende Ergebnisse geliefert. Durch die Anwendung eines 3D-Modelles konnte das AIT die Abkühlungs- und Versickerungseffekte der Friedhöfe analysieren.



Friedhöfe kühlen das Stadtklima

Die Studie belegt, dass Friedhöfe Kühlinseln schaffen, deren Strahlkraft nicht nur den Friedhof abkühlt, sondern auch die angrenzenden Stadtquartiere mit kühler Luft versorgen. Der simulierte Effekt zeigt eine lokale Abkühlung von 1,5 Grad. Durch grüne Flächengestaltungen kann die klimawandelbedingte Hitzebelastung deutlich reduziert werden. Zur besseren Vorstellung: Eine mittlere Abkühlung von 1 Grad verkürzt Hitzewellen um etwa einen Tag, bewirkt eine Reduktion der tropischen Nächte um rund drei Nächte, verbessert die Schlafqualität und senkt die hitzebedingte sommerliche Sterberate. Nachhaltig gestaltete Friedhöfe bieten ein hohes Versickerungspotenzial für Niederschlag. Rund 70 % der Wassermassen können direkt auf dem Friedhof versickern und suchen sich keinen anderen Weg in die eventuell bereits überlastete Kanalisation. Eine Fähigkeit, die gerade in einer durch Wohnbedarf zunehmend versiegelten Fläche immer mehr an Bedeutung gewinnt.

Grüne Gräber als Klimaretter

Wir sind auf einem guten Weg. Jährlich kommen zu den bereits 30.000 Bäumen auf 46 Friedhöfen weitere 100 Bäume dazu. Wir haben bereits acht Naturgrabanlagen auf sieben Friedhöfen mitten in Wien, mähen Naturwiesen „tierzuliebe“ nicht und schaffen damit Lebensräume für Tiere und Pflanzen.

Selbst die Preisgestaltung für klassische Gräber versucht der Versiegelung als Steuerungseffekt entgegenzuwirken.

Weiterführende Informationen

Mehr Infos zur Studie:
www.friedhoefewien.at/unsere-friedhöfe-machen-die-umgebung-cool

www.friedhoefewien.at/gemeinsam-sorgsam

www.naturgrab.at

www.digitalesgrab.at

© Fotos: Florian Ivanic, Wiener Stadtwerke GmbH/APA-Fotoservice/Hörmandinger, Wiener Stadtwerke/Ian Ehm



Friedhöfe sind weit mehr als nur letzte Ruhestätte: Sie sind städtische Freiräume und durchaus klimarelevant.

Gräber mit Abdeckplatte sind daher in Wien bewusst teurer, seit Jahrzehnten. Wir entsiegeln laufend Nebenwege, um das Versickerungspotenzial zu heben. Das braucht Zeit, Geld und die Unterstützung der Bevölkerung. Zum einen muss das sicher ändernde Erscheinungsbild der Friedhöfe positiv gesehen werden, zum anderen braucht es auch aktives Engagement der Grabnutzer:innen. Ein Grab auf einem Friedhof zu haben, ist schon ein sehr wertvoller Beitrag. Denn damit können weitere Maßnahmen finanziert werden. Ein grünes Grab zu haben, schafft einen zusätzlichen Beitrag, da die Grünfläche der Gräber einen erheblichen Anteil am Abkühlungs- und Versickerungseffekt haben. Ein Naturgrab mitten in Wien zu nutzen, steigert bei uns die Nachfrage und lässt uns noch mehr Bäume pflanzen.

Da geht noch einiges. Unter dem Motto „Gemeinsam.Sorgsam" konzentrieren wir unsere Kraft auf umwelt- und klimarelevante Maßnahmen. Ein Blick auf unsere Homepage lohnt sich. Und falls Sie einen Beitrag leisten möchten: Freie Gräber finden Sie bei uns auch online.



RENATE NIKLAS

ist seit 2017 Geschäftsführerin der Friedhöfe Wien GmbH.

Bezahlte Anzeige

Schmidt eCleango 550 – bewährte Kehrtechnik wird elektrisch

Die Umstellung von Kehrmaschinen auf elektrische Antriebe schafft im innerstädtischen Bereich eine saubere und lebenswerte Umgebung.

Elektrisch muss nicht klein sein

Die meisten elektrischen Kehrmaschinen zählen zu den sehr kompakten Modellen. Was für enge Gassen und schmale Gehsteige perfekt passt, reicht für größere Straßen und Plätze oft nicht aus. Die vollelektrische eCleango 550 vereint die Wendigkeit einer Kompaktkehrmaschine mit der Leistung und Kapazität einer großen Aufbaukehrmaschine. Das neu entwickelte Modell verfügt über ein zehn Prozent größeres Behältervolumen von 5,2 m^3. Der vollelektrische Antrieb und das innovative Hochvolt-Batteriesystem mit einer Kapazität von 153 kWh ermöglichen, abhängig von der Anwendung, Kehreinsätze von, bis zu zehn Stunden am Stück, ohne Aufladen. Die Maschine ist mit Zwei- oder Drei-Besensystem erhältlich.

Ein gesunder Arbeitsplatz

Neben der Perfektionierung der Kehrtechnologie wurde viel Zeit in die Ergonomie und Funktionalität der Kabine investiert. Die Kabine ist geräumig und bietet einen luftgefederten Fahrersitz. Mit einer Hand ist der Zugriff auf alle Kontroll- und Bedienelemente möglich und dank konvexer Heckfenster hat der Fahrer eine Rundumsicht von nahezu 250 Grad.

Einfach und rechtssicher beschaffen

Viele unserer Kehrmaschinen, Winterdienstgeräte und Geräteträger sind bei der BBG gelistet. Das ganze Sortiment finden Sie auf unserer Website.



Leise und leistungsfähig: Schmidt eCleango 550

Infos

Aebi Schmidt Austria GmbH
www.aebi-schmidt.com/austria

© Foto: Aebi Schmidt Group



Die Ackerhelden unterstützen Urban Gardening an mehreren Standorten.

Urban Gardening

Grüne Oasen in Wiens und Villachs Stadtteilen

Rita Himmel, Ackerhelden

Urban Gardening, der Trend zur städtischen Landwirtschaft, hat sich in vielen Städten weltweit als nachhaltige und soziale Bewegung etabliert. In Wien und Villach zeigen Projekte der Ackerhelden, wie gemeinschaftliches Gärtnern nicht nur zur Begrünung der Städte beiträgt, sondern auch die Lebensqualität der Bewohner:innen erheblich verbessert. Dabei bieten diese Initiativen wertvolle Impulse zur Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung.

Urban Gardening in Wien

Wien hat sich als Vorreiterin in der Urban-Gardening-Bewegung etabliert. Die Stadt unterstützt zahlreiche Projekte, die das Gemeinschaftsgefühl stärken und ökologische Nachhaltigkeit fördern. So betreiben auch die Ackerhelden in Wien insgesamt 10 Gemeinschaftsgärten, in denen Bürger:innen eigenes Bio-Gemüse anbauen können. Dabei bieten diese Gärten ein soziales Miteinander in einer urbanen Umgebung.

Die Ackerhelden nutzen dabei geeignete landwirtschaftliche Flächen der Stadt oder Zwischennutzungen und haben zudem Gärten auf ehemaligen Grasflächen der Friedhöfe Wien. Diese Flächen müssen gut erreichbar und sicher sein. Notwendige Infrastruktur wie Wasseranschlüsse, Kompostanlagen und Geräteschuppen werden gebaut, Böden werden professionell vorbereitet, Beete teils vorbepflanzt und Werkzeuge werden bereitgestellt.

Interessierte Bürger:innen können sich für Parzellen bewerben und erhalten nach einer Einführung Zugang zu ihrem eigenen kleinen Stück Land. In der Saison geben die Ackerhelden regelmäßig Workshops, beraten per Telefon, Mail, vor Ort und per Newsletter und stehen für Fragen zur Verfügung, um den Hobbygärtner:innen den Einstieg zu erleichtern. Die Nachfrage nach Gartenparzellen übersteigt oft das Angebot, was die hohe Akzeptanz und das Interesse der Bevölkerung zeigt. Urban Gardening trägt dabei zur Förderung von Biodiversität sowie Verbesserung der Luftqualität bei und reduziert die städtische Hitzeinsel-Effekte. Gemeinschaftsgärten fördern zudem das Miteinander und stärken das soziale Gefüge in den Stadtteilen.

Urban Gardening in Villach

Auch Villach hat das Potenzial von Urban Gardening erkannt und fördert entsprechende Projekte aktiv. Im Gemeinschaftsgarten Villach kommen Menschen verschiedenen Alters und unterschiedlicher Herkunft zusammen, um gemeinsam zu gärtnern. Dieses und andere Garten-Projekte werden von der Stadt unterstützt und bieten den Bürger:innen eine grüne

© Alle Fotos: Ackerhelden/Luiza Puiu

Oase im urbanen Raum. Die Stadt Villach unterstützt das Projekt finanziell und organisatorisch. Dabei werden Initiativen aus der Bevölkerung gefördert, und es wird Raum für Eigeninitiative gelassen. Neben der gärtnerischen Betätigung werden Workshops zu nachhaltiger Landwirtschaft und Umweltbewusstsein angeboten. Schulen beteiligen sich an einigen Gartenprojekten, wodurch Kinder frühzeitig für Natur und Nachhaltigkeit sensibilisiert werden. Kinder und Jugendliche lernen durch praktische Erfahrungen die Bedeutung von Umwelt- und Klimaschutz, zudem stellt der Garten einen generationsübergreifenden sozialen Treffpunkt dar.

Modell für Stadtentwicklung

Urban Gardening bietet vielfältige Vorteile und Chancen für die Stadtentwicklung und die Lebensqualität der Bürger:innen. Politik und Verwaltung können durch gezielte Unterstützung und Förderung solcher Projekte nachhaltige und soziale Stadtentwicklung vorantreiben. Die Beispiele aus Wien und Villach zeigen, wie Urban Gardening erfolgreich umgesetzt werden kann und welchen positiven Einfluss dies auf die städtische Gemeinschaft hat.

Wichtige Aspekte für die Politik und Verwaltung:

Langfristige Planung: Urban-Gardening-Projekte sollten langfristig geplant, begleitet und in die städtische Entwicklungsstrategie integriert werden.
Förderung und Finanzierung: Finanzielle Unterstützung und Förderprogramme für Gemeinschaftsgärten sind entscheidend für deren Erfolg.
Bürgerbeteiligung: Die Einbindung der Bürger:innen in die Planung und Umsetzung stärkt die Akzeptanz und das Engagement.
Bildungsinitiativen: Bildungsprogramme und Workshops sind essenziell, um Wissen über nachhaltige Landwirtschaft und Umweltschutz zu vermitteln.
Die Ackerhelden unterstützen Städte, Gemeinden und Stadtteile dabei, eigene Urban-Gardening-Projekte zu verwirklichen.

https://ackerhelden.at/



Urban-Gardening auf dem Friedhof

Die Kooperation zwischen Friedhöfe Wien und den Ackerhelden blüht, gedeiht und wird laufend erweitert.

Seit Frühling 2023 bieten Friedhöfe Wien ihren Kund:innen die Möglichkeit, Gemüsebeete zu bewirtschaften – zum Beispiel auf dem Wiener Zentralfriedhof und auf dem Friedhof Südwest in Meidling.
Als exklusive Serviceleistung werden die Gemüsebeete jenen Personen angeboten, die aktuell über ein Grab auf einem der 46 Friedhöfe der Friedhöfe Wien GmbH verfügen. Die Buchung erfolgt über das „Digitale Grab“, das kostenloser Bestandteil jeder Grabstelle ist.
Das Garteln als gemeinsames Hobby, als Möglichkeit der Selbstversorgung oder als Trauerarbeit: Die Gärtner:innen nutzen die Beete aus vielfältigen Gründen.
Die Friedhöfe Wien profitieren finanziell nicht von dem Projekt. Sie stellen die Flächen zur Verfügung und hoffen, dass jene, die ein Grab auf einem der städtischen Friedhöfe pflegen, vom Angebot profitieren.

Zahlen und Fakten

- Die 24 bzw. 40 m² großen Beete werden zu Saisonbeginn mit 8 Bio-Gemüsekulturen übergeben; weitere kommen später hinzu.
- Von Gemüsepflanzen bis Gartenwerkzeug: Alle Leistungen sind im Preis inkludiert.
- 2023 waren 70 Garten-Parzellen in 2 Monaten gebucht: Auslastung 96 %.
- 100 % positive Rückmeldungen der Gärtner:innen
- Inklusionsförderung dank Zurverfügungstellen von Parzellen an Schulen, Kindergärten und Sozialeinrichtungen
- Workshop-Angebote für Schulklassen
- Nutzung der Beete durch Menschen, die das Garteln für Trauerarbeit nutzen

www.friedhoefewien.at/urban-gardening

Städte gegen die Klimakrise

Klimaschutz abseits der Leuchtturmprojekte

Klimaschutz in Graz bedeutet, Geschoßdecken statt Feuerwehrautos zu tauschen. Das mag unspektakulär sein, aber es wirkt, erklärt der Leiter der Grazer Umweltschutzabteilung, Werner Prutsch, im Interview mit Johannes Greß, freier Journalist.

Johannes Greß: *Der Grazer Klimaschutzplan ist auf Gemeindeebene eines der ambitioniertesten klimapolitischen Vorhaben Österreichs. Wieso hat Graz das nötig?*

Werner Prutsch: Wenn man sich die Entwicklung der Hitzetage oder der Tropennächte in Graz ansieht, dann sind eindeutige Tendenzen da. Das bildet sich in der Statistik ganz gut ab, dass Graz hier sehr betroffen ist. Für die Bevölkerung sind es vor allem die Hitze und die Starkregenereignisse, die besonders spürbar sind. Uns hier im Umweltamt bereiten diese Entwicklungen schon sehr, sehr großes Kopfzerbrechen, vor allem, wie sich das auf dicht bebaute Bereiche in den Städten, aber auch in den Landgemeinden draußen auswirken wird. Beispielsweise sind die Rückhaltebecken, die dort in früheren Jahrzehnten errichtet worden sind, möglicherweise nicht für solche Niederschlagsmengen dimensioniert worden. Wir haben es heute mit Hochwassern zu tun, die deren Kapazitäten übersteigen können.



Werner Prutsch ist promovierter Chemiker, arbeitet seit 34 Jahren in der Grazer Stadtverwaltung, seit 2008 ist er Leiter der Umweltabteilung, an der Ausarbeitung des Grazer Klimaschutzplans war er federführend beteiligt.

Was ist das Besondere am Klimaschutzplan der Stadt?

Das sind mehrere Punkte. Ausgangspunkt war der Vertrag von Paris, wo das berühmte 2-Grad-Ziel festgeschrieben wurde. Wir haben uns gefragt: Was heißt jetzt eigentlich „zwei Grad“ für uns? Wie viel dürfen die 300.000 Grazer:innen noch an Treibhausgasen emittieren, wenn wir unseren Teil zur Erreichung beitragen wollen? Vom „Wegener Center für Klima und Globalen Wandel“ der Universität Graz haben wir deshalb 2019 eine Berechnung zum „Paris-konformen Treibhausgasbudget“ erstellen lassen – und festgestellt: Wenn wir so weitermachen wie bisher, haben wir ca. 2030 unser Treibhausgasbudget erschöpft. Das heißt, dann müsste eigentlich irgendeiner

© Foto: markuszahradnik.com

zum großen roten Schalter gehen und uns auf Null schalten, sonst ist der Vertrag von Paris aus Grazer Sicht eigentlich Geschichte. Also haben wir uns gefragt: Was muss sich ändern, welche Maßnahmen braucht es?

Welche Rolle spielte bei der Erarbeitung die im Plan häufig erwähnte „Rollenumkehr“?
Das ist die zweite Besonderheit des Plans. Uns war von Anfang an wichtig, dass nicht irgendeine elitäre Fachgruppe einfach einen Plan erstellt, in der Meinung, sie weiß das alles, sie kann das alles. Um ein Konzept umzusetzen, müssten die Betroffenen miteinbezogen werden, Unternehmer:innen, Arbeitende, Wohnbauträger:innen, Anrainer:innen. Denn die haben das eigentliche Know-how, die wissen viel besser, was realistisch ist.

Inwiefern?
Nehmen wir den öffentlichen Verkehr. Ich kann nicht einfach hergehen und beschließen, die Grazer Buslinien auf eine Elektro- bzw. Wasserstoffflotte umzustellen. Da hängt eine Menge dran! Hierfür braucht es ausgebildete Mechaniker:innen, eine eigene Werkstatt, ein Grundstück für diese Werkstatt, das sich aber nicht so einfach finden lässt, und so weiter. Was ich sagen will: Es bringt nichts, wenn wir hier vom Schreibtisch aus einen Plan erarbeiten und alle Betroffenen sollen sich dann überlegen, wie sie das umsetzen. So ein Wissen bekommt man nur vom Unternehmen selbst. Die sollen nicht nur ein bisschen mitreden, sondern ihr Input fließt aktiv in den Plan ein.

Wie hat die Politik Ihre Vorschläge aufgefasst?
Als wir das Treibhausgasbudget im Gemeinderatsausschuss präsentiert haben, ist das zuerst nicht wirklich auf großes Verständnis gestoßen. Nach der Sitzung dachten wir eigentlich: „Das wars.“ Irgendwo ist das Thema aber dann doch weiterverfolgt worden. Denn im Anschluss wurden ein Klimafonds für Graz mit 30 Millionen Euro und ein Klimabeirat eingesetzt. Mit der neuen Stadtregierung ab Herbst 2021 hat das Thema nochmal einen deutlich größeren Stellenwert bekommen.

Nun steht es um die Finanzen der Stadt, wie in den meisten Gemeinden Österreichs, nicht gerade gut. Wie finanzieren sich die Maßnahmen im Klimaschutzplan?
Zentral ist hier unsere Kosten-Nutzen-Analyse. Wir haben versucht, für jede Maßnahme, soweit es irgendwie seriös möglich ist, einen Wert in Euro pro vermiedener Tonne CO2 abzuleiten.

Zum Beispiel?
Würde man die Dieselfahrzeuge der Grazer Flughafenfeuerwehr durch eine Elektroflotte ersetzen, würde das pro eingesparter Tonne CO2 etwa 12.000 Euro kosten. Denn diese Fahrzeuge sind enorm teuer, sind aber zum Glück nur selten in Betrieb. Anders ist das bei der thermischen Sanierung bestimmter Gebäudeteile mit Kosten von etwa 200 bis 300 Euro, etwa bei der Dämmung der obersten Geschoßdecke. Bewusstseinsbildende Maßnahmen sind nahezu gratis. Als Stadt wollen wir bei den „low hanging fruits“ ansetzen, also zunächst jene Maßnahmen angehen, die im Vergleich zu den Kosten den größten Nutzen bringen.

Inwiefern bekommen Sie Unterstützung vom Bund?
Beim Bund habe ich leider oft das Gefühl, dass sehr viel Geld in „Leuchtturmprojekte“ investiert wird, die viel Geld kosten und sehr öffentlichkeitswirksam sind, aber von denen die breite Masse kaum profitiert. Was wir brauchen, ist eine einfache operative Unterstützung – nicht die Förderung von zwei oder drei Vorzeigeprojekten, sondern beispielsweise Unterstützung bei der Sanierung vieler Gebäude. Ein sehr positives Beispiel ist hier das BMK-geförderte Projekt „Klimapionierstadt“.

Wie geht es mit dem Klimaschutzplan jetzt weiter?
Derzeit setzen wir vor allem im „Haus Graz“ Maßnahmen um. Einerseits geht das am einfachsten, andererseits wollen wir auch selbst eine Vorbildfunktion erfüllen, zunächst einmal vor der eigenen Haustür kehren und nicht anderen sagen, was sie zu tun haben. Als nächstes Thema dann die Zivilgesellschaft, die Bewohner:innen und die Unternehmen. Das ist schon deutlich schwieriger, denn im privaten Bereich, das muss man sich ehrlich eingestehen, hat man als Stadtverwaltung die wenigsten Handlungsmöglichkeiten, vor allem wenn es in den „konsumbasierten“ Bereich geht und um die Lebensgewohnheiten der Leute.

Wie gehen Sie das an?
Als Stadt können Sie hier eigentlich nur auf die Bewusstseinsbildung setzen. Wir versuchen sämtliche Kanäle zu bedienen, um den Leuten überhaupt zu vermitteln, was Umwelt- und Klimaschutz im Alltag bedeutet. Man trifft immer wieder auf Leute, die sagen, sie würden ja gerne etwas beitragen, aber sie wissen nicht, wie sie das anstellen sollen. Die wenigsten wissen, wie sich ihr CO2-Fußabdruck im Detail zusammensetzt. Wie viel macht es eigentlich aus, wenn ich statt mit einem Auto drei Mal pro Woche mit dem Rad zur Arbeit fahre? Macht das 5 oder 50 Prozent meiner Gesamtbilanz aus? Hier gibt es noch viel zu tun.

Ein großes Thema in Sachen Umwelt- und Klimaschutz ist die Energie. Was ist hier geplant?
Wir haben einen PV-Masterplan erstellt. Auch hier wird der Unterschied zu früher deutlich: Vor drei Jahren haben wir erfolglos darum gekämpft, 200.000 Euro für die Umsetzung von PV-Anlagen zu lukrieren. Für das neue Programm sind nun über 30 Millionen Euro vorgesehen, 4,8 Millionen davon werden bereits abgearbeitet – das sind ganz andere Dimensionen. Auf den PV-Masterplan folgt dann ein Gebäude-Masterplan. Auch hier werden wir uns zunächst jene Gebäude aussuchen, bei denen die Kosten-Nutzen-Relation am größten ist.

Ich fasse zusammen: Sie haben noch einiges vor …
Ja, ich habe noch eineinhalb Jahre bis zur Pension, bis dahin muss das Ganze so verankert sein, dass die vielen jungen ambitionierten Kolleg:innen das auch entsprechend weiterführen können.

PARTIZIPATION

Care4Green

Warum es Grünflächen im Wohnumfeld guttut, wenn sich Bewohner:innen selbst um die Erhaltung kümmern, untersuchte ein Forschungsprojekt in Wien.

Lukas Wagner, ÖGUT, www.partizipation.at

Die bepflanzten Freiflächen in Wohnhausanlagen sind in Städten wesentlicher Teil der grünen Infrastruktur – also des Netzwerks an geplanten natürlichen oder naturnahen Flächen. Diese grüne Infrastruktur hat Funktionen: Sie dient der Erholung, dem Schutz biologischer Vielfalt, der Schaffung von Arbeitsplätzen, aber in Zeiten der Klimakrise natürlich insbesondere der Abkühlung in Hitzeperioden, der Vermeidung von Überschwemmungen und der Reinigung von Luft und Wasser. Je höher die Qualität der Grünflächen, desto besser können diese Funktionen erfüllt werden.
Nun ist in städtischen Wohnhausanlagen die Grünraumpflege meistens an externe Dienstleister ausgelagert. Gießintervalle, Baumschnitte, Rabattenpflege und vieles mehr sind vertraglich geregelt mit dem Nachteil, dass auf besondere Bedürfnisse, wie sie durch Witterung oder Schädlingsbefall immer wieder entstehen, oft nicht schnell genug reagiert wird. Gut zu beobachten in sommerlichen Hitzeperioden, wenn Grasflächen vertrocknen oder einzelne Bäume und Sträucher schlichtweg verdursten. Um bei der Pflege Kosten zu sparen, werden Grünflächen auch manchmal von Beginn eher unaufwendig geplant.



Gemeinschaftliche Pflege von Grünraum

Für qualitätsvolles Grün in Wohnhausanlagen braucht es daher idealerweise Bewohner:innen, die sich selbst dafür verantwortlich fühlen. Genau hier setzte das Projekt „Care4GREEN“ an, das in privaten Anlagen in Wien durchgeführt wurde.
Nach einer Bestands- und Bedarfsanalyse, welche unter anderem die Zufriedenheit der Bewohner:innen mit den bisherigen Grünpflegeaktivitäten erhob, wurden Visionsworkshops durchgeführt. Hier konnten Vorstellungen und Wünsche eingebracht und entsprechende Pflege- und Einbindungskonzepte abgeleitet werden. Zur Sache ging es dann in acht co-kreativen Praxisworkshops. „Ganz wichtig für das Gelingen solcher Projekte sind sogenannte Schlüsselpersonen“, so Julia Salzlechner von der tatwort Nachhaltige Projekte GmbH. „Das sind einzelne Menschen aus den Wohnanlagen, die motiviert sind und andere in den Garten holen. Im besten Fall entsteht dadurch eine fixe Kerngruppe, die die Vorhaben vorantreibt und langfristig erhält.“
Damit Hausverwaltungen und Bauträger diese eigenverantwortliche Grünraumpflege zulassen und fördern, braucht es allerdings auch sichere rechtliche Rahmenbedingungen. Daher hat das Projektteam eigene Guidelines für Verträge und Statuten erstellt sowie Anleitungen für die partizipative Garten- und Grünraumpflege.
Einige Erfahrungen zum Weitergeben hat das Care4Green-Team auch für die Webplattform partizipation.at zusammengestellt. Es empfiehlt, „Basis-Infrastruktur“ zur Verfügung zu stellen, also Gartenwerkzeug oder Stauraum. Weil Bewohner:innen es mögen, neue Pflanzenarten oder ökologische Techniken zu testen, sollten dafür „Versuchsflächen“ ausgewiesen werden. Und Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten müssen regelmäßig besprochen und geklärt werden. Denn Wohnhausanlagen sind im Letzten selbst sehr lebendige Organismen. Menschen kommen und gehen. Neue Bewohner:innen wollen abgeholt werden, aktive Gärtner:innen, welche wegziehen, müssen ersetzt werden.
Bleibt zu hoffen, dass sich Care4GREEN fortpflanzt und in möglichst vielen urbanen Wohnhausanlagen auf fruchtbaren Boden trifft. Eine ausführliche Projektbeschreibung finden Sie auf partizipation.at. Care4GREEN wurde aus Mitteln des Klima- und Energiefonds gefördert und im Rahmen des Programms „Smart Cities Demo – Boosting Urban Innovation 2020“ durchgeführt.

© Foto: tatwort



GRABKULT bringt Sie sicher ins Grab

Die innovativen Urnengräber der GRABKULT Handels GmbH für Ihren Gemeindefriedhof

Die Friedhofskultur befindet sich im Wandel. Doppelgräber werden kaum mehr vergeben, neue Bestattungsarten erfordern eine Lockerung und Änderung der Friedhofsordnung und Grablücken sind oft eine Folgeerscheinung dieser unaufhaltsamen Entwicklung. Gleichzeitig gewinnt die Begegnungszone oder „grüne Lunge" in unserer anonymisierten Welt mehr an Bedeutung. Um diese wichtigen Werte zu erhalten, stehen die Gemeinden vor großen Herausforderungen.

Wie reagiert man als Gemeinde auf den steigenden Bedarf von Urnengräbern? Teure Urnenwände müssen vorfinanziert und in weiterer Folge jahrzehntelang erhalten werden. Zudem sind diese oft ein Einschnitt ins Gesamtbild des Friedhofes und werden immer weniger von der Bevölkerung angenommen.

Die GRABKULT Handels GmbH bietet seit 2006 eine zeitgemäße Lösung für die Friedhofsproblematik. "Als Planungsbüro erkennen wir den dringenden Bedarf der Gemeinden und bieten budgetfreundliche und maßgeschneiderte Konzepte. Jeder Friedhof braucht seine individuelle Lösung. Mit unseren Urnensäulen und Rasengräbern u.a. auch für Biournen können wir flexibel auf den jeweiligen Bedarf reagieren. Die günstigste Grabvariante ist unser Rasengrab aus Naturstein und Edelstahl. Es hat ein speziell entwickeltes Fundament um die Zersetzung der Urnen zu beschleunigen, bietet Platz für drei oder mehr Biournen und ist bereits um knapp tausend Euro erhältlich," so der Geschäftsführer Ing. Stefan Leeder.

Dazu die Finanzverwalterin Irmgard Karrer aus der Gemeinde Langkampfen:" Wir hatten zum einen das Problem der Grablücken, die Urnenbeisetzungen nehmen auch immer mehr zu und keine Urnenwand lässt sich mit Biournen belegen. Die Urnensäulen sind für uns die ideale Lösung. Sie fügen sich gut in den Friedhof ein, die einfache Umsetzung erfolgte durch unsere Bauhofmitarbeiter, Sie sind kostengünstig und sehr flexibel einsetzbar."

Mehr Infos & Kontakt

GRABKULT Handels GmbH
+43-676-66 66 446
www.grabkult.com

GRABKULT

© Foto: GRABKULT Handels GmbH

Würdigung herausragender Leistungen

Am 4. September 2024 fand die feierliche Verleihung des 23. Wiener Frauenpreises im Arkadenhof des Wiener Rathauses statt. Unter dem Motto „Frauen sichtbar machen“ werden seit 2002 herausragende Leistungen von Frauen gewürdigt.

Ruth Köring, Öffentlichkeitsarbeiterin des Frauenservice Wien – MA 57

Würdigung der Preisträgerinnen

Die diesjährigen Preisträgerinnen wurden für ihre außergewöhnlichen Leistungen und ihr Engagement in den Kategorien „Wissenschaft und Forschung“, „Alltagsheldin“ und „Wissensvermittlung“ ausgezeichnet. Die Vizebürgermeisterin und Frauenstadträtin Kathrin Gaál betonte die Bedeutung der Würdigung von Frauen in Wien und hob die herausragenden Leistungen der Preisträgerinnen hervor.

Kategorie „Wissenschaft und Forschung“

In der Kategorie „Wissenschaft und Forschung“ wurde die Politikwissenschaftlerin Prof.in Dr.in Eva Kreisky posthum für ihr Lebenswerk geehrt. Sie widmete sich der Erforschung politischer Strukturen und Prozesse mit einem besonderen Schwerpunkt auf feministische Theorien und Geschlechterforschung. Neben ihren akademischen Leistungen setzte sich Kreisky unermüdlich für soziale Gerechtigkeit und Gleichberechtigung ein. Ihr Ableben hinterlässt eine Lücke in der wissenschaftlichen Gemeinschaft und der Gesellschaft.

Kategorie „Alltagsheldin“

Mag.a Marlies Ettl, ehemalige Direktorin der Herta-Firnberg-Schulen, wurde als „Alltagsheldin“ ausgezeichnet. Unter ihrer Leitung wurden zahlreiche Initiativen zur Förderung von Chancengleichheit und zur Stärkung von Mädchen und jungen Frauen in ihrer persönlichen und beruflichen Entwicklung umgesetzt. Auch nach ihrer Pensionierung engagiert sich Ettl weiterhin für feministische Anliegen, unter anderem bei Terre des Femmes Österreich.



Petra Unger, Marlies Ettl und Jan Kreisky, der den Preis für seine Mutter Eva Kreisky entgegennahm

Kategorie „Wissensvermittlung“

Die renommierte Kulturvermittlerin Mag.a Petra Unger erhielt die Auszeichnung in der Kategorie „Wissensvermittlung“ für ihre einzigartigen Frauenspaziergänge durch Wien. Mit tiefem Wissen über die Geschichte und Kultur der Stadt macht sie die oft übersehene Rolle von Frauen in der Wiener Geschichte sichtbar und schafft ein neues Bewusstsein für weibliche Perspektiven.

Würdigung und Ausblick

Der Wiener Frauenpreis 2024 würdigte die Vielfalt und das Engagement von Frauen in Wien und setzte ein starkes Signal für die Gleichstellung und Förderung von Frauen. Die Preisträgerinnen wurden für ihre herausragenden Leistungen und ihren Beitrag zur positiven Entwicklung der Stadt gewürdigt. Die Verleihung des Wiener Frauenpreises 2024 unterstreicht die Bedeutung der Würdigung von Frauen und ihres Engagements in allen gesellschaftlichen Bereichen. Die Preisträgerinnen sind Vorbilder für zukünftige Generationen von Frauen in Wien und tragen maßgeblich zur positiven Entwicklung der Stadt bei.

© Foto: Stadt Wien/Martin Votava

Kommunale PIONIERINNEN

Karin Büchl-Krammerstätter (*1959 in Wien)

Umweltanwältin mit Herz und Humor

Sie war Wiens erste Umweltanwältin, mehr als 20 Jahre Leiterin der städtischen Umweltschutzabteilung, Lehrbeauftragte an mehreren Universitäten und trägt Titel wie Ehrensenatorin und Obersenatsrätin: Karin Büchl-Krammerstätter leistete auf vielen Ebenen der Stadt Pionierarbeit.

Die 1959 in Wien geborene Karin Krammerstätter besuchte nach ihrer Matura ein Kolleg für technische Chemie, was in ihrer späteren Laufbahn durchaus hilfreich war: „Als erfahrene Laborkraft hatte ich sicher einen Vertrauensvorschuss bei den Technikern." Neben ihrer Ausbildung zur Ingenieurin der Chemie absolvierte sie ein Jus-Studium und trat nach ihrem Gerichtsjahr in den Dienst der Stadt Wien, zuerst in der Umweltschutzabteilung, dann als Leiterin des Referates für Rechtliche Angelegenheiten des Natur- und Umweltschutzes, bevor sie 1993 Umweltanwältin der Stadt wurde. „Der Aufbau der Wiener Umweltanwaltschaft (WUA), einer unabhängigen, weisungsfreien Einrichtung des Landes Wien, war schon etwas Besonderes. Ich freue mich, dass wir WUAs damals schon einiges bewegen konnten – vom Ökokauf, dem ökologischen Beschaffungsprogramm, über das Wildtierverbot im Zirkus bis zur ersten strategischen Umweltprüfung und vielen Naturschutzprojekten."

Arbeit mit Freude und Sinn

Und das so erfolgreich, dass man sie 2001 als Leiterin in die Magistratsabteilung 22 (Umweltschutz) zurückholte. 120 Mitarbeitende, zehn Fachgebiete und mannigfaltige Aufgaben waren durchaus eine Herausforderung, die Büchl-Krammerstätter mit Bravour gemeistert hat: „Es war mir immer wichtig, nicht nur eine kompetente Fachabteilung zu haben, sondern auch ein zeitgemäßes, wertschätzendes Leadership aufzubauen, eine Abteilung zu führen, in der sich die Mitarbeitenden wohlfühlen. Denn man kann als Führungskraft nur mit einem kompetenten, loyalen und motivierten Team Erfolg haben."

Als Frau war sie in der Führungsebene damals noch eine Seltenheit. „Ich habe für mich klare Grenzen gezogen, und wenn die überschritten wurden, habe ich es gesagt – locker und umgänglich, aber entschieden. Eine Kollegin bezeichnete mich junge Blondine einmal als optische Täuschung – denn so mancher Herr hat schnell gemerkt, dass er sich bei mir fachlich warm anziehen muss", lacht Büchl-Krammerstätter.

Menschen, Tiere, Umwelt

Der Aufgabenbereich der Umweltabteilung/MA 22 ist sehr vielfältig – dazu gehören legistische, behördliche, sachverständige, beratende und strategische Aufgaben in den Themengebieten Naturschutz und Biodiversität, Abfallwirtschaft, ökologische Aspekte der räumlichen Entwicklung, Emissions- und Immissionsschutz Luft und Lärm sowie Nachhaltigkeit. Bereits vor 20 Jahren war Gebäudebegrünung hier ein Thema, genauso wie ihr Herzensanliegen, der nachhaltige Umgang mit Lebensmitteln.

„Umweltschutz-, Tierschutz- und Menschenschutz haben eine gemeinsame Wurzel: den achtsamen Umgang mit anderen Lebewesen, wir sollten sie daher



auch stets als Einheit betrachten", erklärt Karin Büchl-Krammerstätter. Und so verwundert es nicht, dass sich die engagierte Umweltjuristin heute noch für Bäume und Tiere einsetzt und Vorträge über Fehlerkultur hält: Nach ihrer Pensionierung 2022 gründete sie den Verein „Forum Baumkonvention", der mittlerweile eine Gesetzesänderung bei der Baumhaftung erwirkt hat. „Die breite Unterstützung quer durch die Bank, die wir hier erfahren haben, hat mich enorm gefreut."

Was die lebensfrohe Pensionistin jungen Frauen mit auf den Weg geben möchte? „Geht euren Weg, schaut, wofür euer Herz schlägt, und findet eine Arbeit, die für euch Freude und Sinn bedeutet. Ich selbst bin große Optimistin, hatte (aber) auch immer einen Plan B – wenn ein Weg nicht funktioniert, wählt man eben einen anderen. Das nimmt viel Druck und gibt Sicherheit."

© Foto: Privat



Etwa 30 % der Sozialen Unternehmen in Österreich sind in der Kreislaufwirtschaft tätig. Sie sind somit ein wichtiger ökologischer Hebel – besonders für die öffentliche Hand.

Finanzierung auf Augenhöhe

arbeit plus: Mehrwert für alle durch Beauftragung Sozialer Unternehmen durch die öffentliche Hand

Soziale Unternehmen sind ein wichtiger Hebel, um langzeitbeschäftigungslose Menschen dauerhaft in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Die Gründe für Langzeitarbeitslosigkeit sind vielfältig. Oft sind mangelnde Ausbildung, nicht ausreichende Deutschkenntnisse, innerfamiliäre Pflegeverpflichtungen, fehlende Mobilität (besonders am Land) oder krankheitsbedingte Ausfälle der Grund für den Jobverlust. Treffen kann es jede:n.

Durch ihre vielfältigen und auf die Klient:innen individuell zugeschnittenen Angebote dienen Soziale Unternehmen oft als Beratungs- und Ausbildungsstellen, bieten je nach Angebot sozialarbeiterische Dienste und in den sozialökonomischen Betrieben auch Dienstleistungen und Produkte sowohl für Privatkund:innen als auch für den B2B-Bereich an. Das bedeutet für die Arbeitssuchenden soziale Teilhabe sowie einen verlässlichen Weg heraus aus der Armutsgefährdung. Jobverlust ist nach wie vor Grund Nummer eins für Verarmung. Auch die Wirtschaft und die Region profitieren von gut ausgebildeten Mitarbeiter:innen, zum Beispiel im Gastronomiebereich, in der Kreislaufwirtschaft (z. B. in Second-Hand-Läden oder Fahrradreparaturzentren) oder in der Grünflächenbewirtschaftung.

Soziale Unternehmen sind ein Gewinn für alle

Als Gesellschaft brauchen wir sie in ihrer Gesamtheit, weil sie wichtige Dienste abdecken, die für die Privatwirtschaft nicht ausreichend attraktiv sind. Doch allein die Anerkennung der Notwendigkeit bezahlt noch keine Mitarbeiter:innen, keine Mieten für Lager-, Büro- und Geschäftsflächen, und auch die Weiterbildung des Teams in Digitalisierung, künstlicher Intelligenz und Nachhaltigkeit als wichtige Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt der Zukunft muss entsprechend finanziert werden.

Zwar werden Soziale Unternehmen auch vom AMS (Arbeitsmarktservice) mitfinanziert und fallen somit in das Budget des Arbeits- und Wirtschaftsministeriums, doch dies deckt nicht die gesamten und schon gar nicht die steigenden Kosten. Daher kombinieren sogenannte sozialökonomische Betriebe das Training der Transitarbeitskräfte (das sind jene

© Foto: Alexander Stiegler

langzeitbeschäftigungslosen Menschen, welche vom AMS für einen durchschnittlichen Zeitraum von sechs Monaten zugebucht werden) mit klassischen Dienstleistungen oder der Anfertigung von Produkten (siehe Datenbank Sozialer Unternehmen von arbeit plus[1]). Diese Sozialen Unternehmen bieten Dienstleistungen in der Gastronomie an, einem Bereich, in dem die Wirtschaft ohnehin händeringend nach Arbeitskräften sucht, oder in der Grünraumbewirtschaftung, im Handwerk oder im Vertrieb recycelter Waren, in Druckereien oder Verpackungslogistikzentren. Endabnehmer:innen – egal ob privat oder im B2B-Bereich – zahlen den handelsüblichen Preis. Das fördert den Ausbildungsgrad der betroffenen Erwerbsarbeitslosen und stärkt zugleich die Wirtschaft.
In all diesen Branchen erwerben die vom AMS zugebuchten Personen die dafür notwendigen Fähigkeiten, um für klassische Unternehmen gut vorbereitet zu sein.

Wer kauft diese Dienstleistungen und Produkte?

Viele Privatpersonen haben längst den Spaß und das gute Gewissen beim Stöbern in Second-Hand-Läden oder beim Kauf von Schmuck aus ausgebauten Computerteilen sowie beim Verzehr von selbst gebackenen Torten aus dem sozialökonomischen Kaffeehaus nebenan entdeckt. Sie möchten neben dem Eigenvorteil auch einen sozialen Beitrag leisten.
Doch der eigentlich große Hebel im Umsatz liegt nicht in Selbst- und Nächstenliebe von Privatkund:innen, sondern bei Großaufträgen finanzstarker Auftraggeber:innen, und dazu gehört – neben der klassischen Wirtschaft, die immer mehr Soziale Unternehmen als ernst zu nehmende Kooperationspartner:innen für sich entdeckt (siehe BuyWISEly-Projekt[2]) – vor allem die öffentliche Hand. Öffentliche Auftraggeber sind wichtige Investoren in Europa; öffentliche Beschaffungen machen etwa 14 % des BIP der EU aus. So können beispielsweise Dienstkleidungen für Krankenhäuser und die Polizei von Sozialen Unternehmen angefertigt werden oder Parkanlagen in Städten und Gemeinden durch gärtnerisches Können und den grünen Daumen Langzeitbeschäftigungsloser in Schuss gehalten werden. Auch Schulspeisungen oder umfassende Druckwerke für die Ministerien können durch Soziale Unternehmen abgedeckt werden. Ob dies geschieht und ob solchen Unternehmen bei der Ausschreibung der Vorzug gegeben wird, ist jedoch die individuelle Entscheidung der einzelnen Behörden. „Da gilt es anzusetzen“, so Sabine Rehbichler, Geschäftsführerin von arbeit plus – Soziale Unternehmen Österreich. „Es ist wichtig, das mannigfaltige Potenzial Sozialer Unternehmen zu erkennen und bei der Vergabe von Großaufträgen durch die öffentliche Hand als erstes Soziale Unternehmen anzufragen. Durch ihren hohen Grad an Innovationskraft sind sie modern, flexibel und verlässliche Partner auf Augenhöhe.“

Ein steirisches Unternehmen als EU-weites Vorzeigemodell

Als sozialwirtschaftliches Unternehmen in der Oststeiermark erbringt beispielsweise die Chance B soziale Dienstleistungen für alle Menschen, die Unterstützung brauchen, um gute Lebensbedingungen in ihrer Region zu schaffen.
Der Gewerbebetrieb Hausmasters und die Sozialökonomischen Betriebe der Chance B bieten wirtschaftliche Dienstleistungen an und übernehmen seit mehr als 30 Jahren regelmäßig Aufträge von der Stadtgemeinde Gleisdorf. Die Kooperation umfasst unter anderem Reinigungsarbeiten, Außenanlagenbetreuungen oder Winterdienste. Wie die öffentliche Auftragsvergabe in der Praxis sozial verantwortlich gestaltet werden kann, zeigte die Chance B heuer im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss in Brüssel auf. Michael Longhino, Leiter der Abteilung „Innovation und Entwicklung“, betonte dort: „Die Beschäftigungssituation von Menschen mit Behinderung wird nachhaltig verbessert, wenn öffentliche Stellen ihre Aufträge bewusst nach ökologischen und sozialen Kriterien vergeben. Ebenso wichtig ist, nationale Gesetze anzupassen, um möglichst vielen Menschen mit Benachteiligung am Arbeitsmarkt vollversicherte Dienstverhältnisse zu ermöglichen.“



SABINE REHBICHLER

ist Betriebswirtin mit Erfahrung im Profit- und Non-Profit-Bereich auf österreichischer wie internationaler Ebene und Geschäftsführerin von arbeit plus – Soziale Unternehmen Österreich.

© Foto: emee-soulcie

arbeit plus

ist ein Netzwerk von 200 Sozialen Unternehmen, die Menschen, die am Arbeitsmarkt benachteiligt sind, mit Beratung, Qualifizierung und vorübergehender Beschäftigung beim Wiedereinstieg ins Berufsleben unterstützen.

Mit dem Claim „Zukunft gestalten – Arbeit finanzieren" möchte arbeit plus – Soziale Unternehmen Österreich auf die Notwendigkeit einer mehrjährigen Finanzierung von Sozialen Unternehmen als unverzichtbares Element für die Brücke zum Arbeitsmarkt aufmerksam machen.

Veranstaltungstipp
Training Soziale Vergabe für öffentliche Beschaffer:innen

WANN:
5. Dezember, 09:00–16:00

WO:
Meerscheinschlössl,
Mozartgasse 5, 8010 Graz

Zur Anmeldung:
https://bit.ly/40dikvh



Teilnahme des Sozialen Unternehmens Chance B am Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss in Brüssel

SRPP (Social Responsible Public Procurement)

Die Europäische Kommission möchte in einem aktuellen Projekt mit dem Titel „Schulungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen zur sozial verantwortlichen öffentlichen Auftragsvergabe" Behörden und Soziale Unternehmen dabei unterstützen, Investitionen nicht nur kommerziell erfolgreich zu machen, sondern auch öffentliche Auftraggeber:innen für die Vorteile eines nachhaltigen öffentlichen Beschaffungswesens zu sensibilisieren und sich für deren Nutzung in der Beschaffungspolitik auf verschiedenen Regierungsebenen einzusetzen. Das Projekt hat im September 2023 begonnen und wird von einem Konsortium in mehreren Ländern umgesetzt. Es zielt auch darauf ab, den Zugang zu öffentlichen Aufträgen für Soziale Unternehmen zu verbessern.
Dazu wurde in einem ersten Schritt Ende 2023 eine internationale Umfrage zur Kommunikation öffentlicher Behörden in Europa gestartet. Auch Österreich war durch arbeit plus – Soziale Unternehmen Österreich als Projektpartner vertreten.
In einem weiteren Schritt sind drei Workshops geplant. Der erste fand bereits im Juli als Online-Workshop statt, um einen ersten Input für die Agenda eines Trainings zu erhalten und um die künftigen Maßnahmen dieser EU-Initiative mitzugestalten.

Am 5. Dezember ist in Graz ein Training für Öffentliche Autraggeber:innen und Akteur:innen aus der Sozialwirtschaft geplant, um öffentliche Beschaffung für sozialpolitische Ziele besser zu nützen (siehe Veranstaltungstipp). Ebenfalls im Dezember findet ein Follow-up-Online-Workshop mit den 20 bis 30 wichtigsten SRPP-Akteur:innen des Landes statt. Essenziell ist, dass die teilnehmenden Personen Entscheidungen treffen können, um Folgemaßnahmen und die Nachhaltigkeit der Initiative sicherzustellen. arbeit plus organisiert die Umsetzung dieser Workshops und ist Ansprechpartner in Österreich. Parallel zu Umfrage und Workshops läuft eine EU-weite Kommunikationskampagne zur Sensibilisierung für sozial verantwortliche Beschaffung, zu finden unter dem Hashtag #WeBuySocialEU.
Abschließend ist die Erstellung daraus resultierender Leitlinien und Empfehlungen für öffentliche Behörden geplant. All dies soll der Integration sozialer und ökologischer Kriterien in Vergabeprozessen helfen und sowohl den Arbeitsmarkt für benachteiligte Menschen als auch die nach Arbeitskräften suchende Wirtschaft stärken. Der Erhalt und die finanzielle Unterstützung Sozialer Unternehmen ist eben ein Gewinn für alle.

1 https://arbeitplus.at/datenbank-sozialer-unternehmen/

2 https://arbeitplus.at/buy-wisely/

© Foto: Stadtgemeinde Gleisdorf





Otto Wagner Areal: Grünraum und Kulturjuwel

Für das weitläufige Areal rund um den Spitalskomplex Baumgartner Höhe, ein faszinierendes Ensemble, das vor fast 120 Jahren von dem visionären Architekten Otto Wagner entworfen wurde, wird nach über einem Jahrhundert als Klinik ein neues Kapitel aufgeschlagen.





Die Stadt Wien hat die Vision, hier einen Ort zu schaffen, der Kultur, Bildung, Wissenschaft und Erholung vereint, und das alles im Einklang mit der Natur und der historischen Architektur. Das Projektareal umfasst 272.000 m² mit 34 denkmalgeschützten Gebäuden. Für die Sanierung und Adaptierung sowie Erneuerung der technischen Infrastruktur inklusive Außenräumen zeichnet die Otto Wagner Areal Revitalisierung GmbH (OWA) verantwortlich, die über die WSE Wiener Standortentwicklung GmbH zur Wien Holding gehört.

Nachhaltiger und klimafitter Stadtteil

Ziel ist es, das Projektareal zu einem nachhaltigen und klimafitten Stadtteil zu entwickeln, der sowohl den historischen Wert als auch die moderne Nutzung respektiert. Die umfangreichen Grünflächen des Areals spielen eine zentrale Rolle im Nachhaltigkeitskonzept. Sie tragen zur Verbesserung des Mikroklimas bei. Die Gestaltung der Außenanlagen folgt dem Prinzip der Biodiversität. Lebensräume für Pflanzen und Tiere werden erhalten und die biologische Vielfalt gefördert. Gleichzeitig bieten die Grünflächen den Menschen Raum zur Erholung und Entspannung.

Zwischennutzungen für unterschiedliche Interessen

Die Umgestaltung des Areals ist ein Projekt, das vielfältige Aspekte umfasst. Neben der baulichen Erneuerung spielen soziale und kulturelle Elemente eine zentrale Rolle. Es soll ein lebendiger Ort entstehen, der Menschen aus verschiedenen Bereichen und mit unterschiedlichen Interessen zusammenbringt. Durch zahlreiche Kulturveranstaltungen wie dem Wienerliedfestival „wean hean", einem Tagebuch-Slam oder dem Queer Museum Vienna berücksichtigt das Otto Wagner Areal schon jetzt unterschiedliche Interessen. Das Sportangebot umfasst Laufveranstaltungen, Bodywork und Yoga. Im Gemeinschaftsgarten von „Ackerhelden" treffen Freizeitgärtner*innen zusammen und vor dem Pavillon 24 sorgt der Foodtruck des Spitzenkochs Max Stiegl für ein gastronomisches Highlight.

Nachnutzung für Pavillons wird festgelegt

Für die ersten Pavillons wurde bereits die Nachnutzung definiert. Pavillon 18 wird als Atelierhaus der Stadt Wien für internationale Kulturschaffende adaptiert und im Januar 2027 bezogen.

Auf 3.500 m² entstehen großzügige Atelier- und Arbeitsräume, Werkstätten, Workshopräume und acht Artist-in-Residence-Wohnungen. Im anschließenden Garten kann eine überdachte Open-Air-Bühnenplattform für öffentliche Veranstaltungen verwendet werden. Pavillon 15 soll dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (DÖW) als künftige Heimstätte dienen.

Bezahlte Anzeige | © Foto: Gisela Erlacher, Klaus Vyhnalek

Sozialhilfeleistungen sind kein Almosen, Menschen keine Bittsteller:innen

Österreich ist ein gut ausgebauter Sozialstaat und hat mit der Sozialhilfe ein soziales Auffangnetz für Menschen geschaffen, die ihr Leben aus keinen sonstigen Mitteln bestreiten können. Doch dieses Netz ist löchrig und der Bezug der Sozialhilfe mit etlichen Hürden verbunden. Den Städten und ihren vollziehenden Ämtern kommt eine wesentliche Bedeutung zu.

Ronya Alex, Expertin für soziale Menschenrechte, Amnesty International Österreich

Es kann jeden treffen, ganz schnell. Und das ist schon demütigend, wenn man beim Sozialamt steht.“ In wenigen Worten fasst Susi (Name von der Redaktion geändert) im Gespräch mit uns die Realität vieler armutsbetroffener Menschen, die in Österreich um Sozialhilfe ansuchen, zusammen: Niemand ist davor gefeit, von Armut betroffen zu sein. Doch trotz gut ausgebautem Sozialstaat erfahren viele Menschen Hürden im Zugang. Und die größte Herausforderung ist die Scham.

Diese geht oft einher mit einer Stigmatisierung, basierend auf einem Narrativ, das durch die Gesellschaft und zum Teil auch Aussagen von Politiker:innen befeuert wird: Dass Armut ein Versagen der Einzelnen ist – und es daher auch in der Verantwortung der Betroffenen liegt, damit umzugehen. Doch in Wahrheit geht es bei Armut nicht um individuelle Schuld, sondern sie resultiert meist aus einem Zusammenspiel von Schicksalsschlägen gepaart mit strukturellen Versäumnissen des Staates, der nicht ausreichend vor Armut schützt.

Auch ist der Staat nicht in der Rolle, Almosen für von Armut Betroffene zu verteilen, wie oft gemeint, sondern es ist die Verpflichtung des Staates, Sozialleistungen so zu gewährleisten, dass alle Menschen ein Leben in Würde führen können.

Leben in Würde

Denn darum geht es nämlich: Um das Recht aller Menschen auf ein Leben in Würde, auf soziale Teilhabe und soziale Sicherheit. Das sind Menschenrechte, zu denen sich Österreich völkerrechtlich verpflichtet hat. Was abstrakt klingt, hat praktische Auswirkungen auf unser aller Leben – denn Menschenrechte müssen vom Staat geschützt und gewährt werden, sprich, der Staat hat dafür Sorge zu tragen, dass alle Menschen ihre Rechte ausüben können. Menschenrechte waren und bleiben – gerade in herausfordernden Zeiten – ein wirksamer und stabiler Leitfaden dafür, welche Minimalstandards der Staat zu befolgen hat.

Wenn wir von der Sozialhilfe und deren Ausgestaltung sprechen, dann geht es also immer um die Würde und die soziale Sicherheit jedes und jeder Einzelnen. Das hat nichts mit dem gängigen Bild der ‚Sozialschmarotzer‘ oder der ‚sozialen Hängematte‘ zu tun, das manchmal gezeigt wird – und dennoch stellt dieses Bild eine der größten Hürden der Menschen in ihrer Erfahrung und ihrem Umgang mit Armut dar. Denn wie Susi es klar beschrieben hat, ist es oft die Scham, mit der die betroffenen Menschen am meisten zu kämpfen haben – und die oft dazu führt, dass sie die ihnen zustehende Sozialhilfe bzw. Mindestsicherung gar nicht beantragen.

Rolle der Ämter

In diesem Zusammenhang sind es die Ämter und deren Mitarbeitenden, denen eine enorm wichtige Rolle zukommt – besonders in den Städten, wo die Mehrheit der Bezieher:innen der Sozialhilfe bzw. Mindestsicherung leben: Als erste und wichtigste Anlaufstelle können sie die Menschen dabei unterstützen, ihren Anspruch auf Sozialhilfe geltend zu machen – und zwar ohne Scham und Stigmatisierung. Dazu müssen Armutsbetroffene allerdings als Menschen gesehen werden, die Rechte haben – nicht als Bittsteller:innen, denen Almosen verteilt werden.

Hürden auf dem Weg zu einem Menschenrecht

Doch auch abseits von Scham und Stigmatisierung ist der Zugang zur Sozialhilfe bzw. Mindestsicherung keineswegs barrierefrei, wie ein großer Bericht von Amnesty International zeigt. Unter anderem der komplexe Antragsprozess und die schier unübersichtliche Flut an Dokumenten, die vorzulegen sind, stellen Be-



© Foto: Getty Images

troffene zum Teil vor große Herausforderungen und können zu einer Hürde im Zugang zu den Leistungen werden. Selbst Sozialarbeiter:innen erzählen, wie schwierig es ist, die Anträge richtig zu stellen, sodass viele dies nicht ohne die Unterstützung von Sozialorganisationen bewältigen können. Auch sind die notwendigen Dokumente nicht immer so einfach zu beschaffen: Übersetzungen, Ausdrucke oder Bankauszüge kosten Geld, das die Betroffenen schlicht nicht haben.

Weitere Hürden stellen diverse Anspruchs- und Mitwirkungspflichten dar – unter anderem die Voraussetzung, dass sämtliche sonstigen Unterhaltsansprüche eingefordert werden müssen, notfalls auf dem Klagsweg, was besonders für Menschen aus gewaltvollen Partnerschaften oder Menschen mit Behinderung zu unerträglichen Belastungen führen kann.

Hürden abbauen

Zurückzuführen sind diese Hürden auf das Sozialhilfe-Grundsatzgesetz, zu spüren sind sie unter anderem auf den Ämtern, die für Verwaltung und Auszahlung der Sozialhilfe bzw. Mindestsicherung zuständig sind. Diese leisten oft großartige Arbeit; dennoch liegt es derzeit am Zufall, ob Betroffene jemanden antreffen, die bzw. der sie respektvoll behandelt, unterstützt und als Rechte-Empfänger:innen wahrnimmt. Besonders dann, wenn der Gang zum Amt allein schon immense Überwindung gekostet hat, kann der Kontakt mit den zuständigen Sachbearbeiter:innen einen großen, relevanten Unterschied machen. Den Ämtern im direkten Austausch mit den Menschen kommt eine bedeutende Rolle zu. An ihnen ist es – besonders in der Anonymität mancher Städte – sicherzustellen, dass die Menschen ausreichend direkten und persönlichen Kontakt zu Sozialarbeiter:innen haben, dass die Informationen leicht zugänglich und auch in anderen Sprachen erhältlich sind und dass die individuelle Situation von jeder Person ausreichend berücksichtigt ist.

Doch die Verantwortung liegt nicht allein dort: Denn es ist die Aufgabe des Staates und in weiterer Folge auch der Bundesländer, die Ämter so auszustatten, dass sie einen individuellen, respektvollen Umgang mit den Menschen leben können – und damit letztlich das für die gesamte Gesellschaft so wichtige Vertrauen in staatliche Institutionen stärken.

Letztes soziales Auffangnetz

Klar ist: Die Sozialhilfe muss die Lebensrealitäten aller Menschen, insbesondere jener, die von Ungleichheiten betroffen sind, berücksichtigen und für Betroffene zugänglich sein. Es braucht daher dringend eine Neuregelung dieser Sozialhilfe, aber auch eine Überprüfung des Vollzugs an allen Ämtern, damit die bestehenden Hindernisse und Hürden im Zugang erkannt und ausgeräumt werden. All dies kann und muss unter Einbeziehung der relevanten Expert:innen geschehen, insbesondere jener Menschen, die Sozialhilfe beziehen und dadurch direkte Erfahrungen mit dem Vollzug haben, sowie Vertreter:innen der Sozialorganisationen und natürlich der Ämter selbst.

Abgesehen davon muss sich die Neuregelung an menschenrechtlichen Standards orientieren. Denn nur wenn der Staat sich seiner Verantwortung, Armut zu bekämpfen, bewusst ist und diese auch in der Ausgestaltung der Gesetze einfließen lässt, wird das Recht auf soziale Sicherheit für alle Menschen gewährt werden.

Amnesty International (AI) *setzt sich seit einigen Jahren weltweit – und auch intensiv in Österreich – für die Stärkung der sozialen Menschenrechte ein; dazu gehören u. a. das Recht auf Wohnen, das Recht auf soziale Sicherheit oder das Recht auf Gesundheit.*

Diese Rechte sind in verschiedenen internationalen Verträgen niedergeschrieben, und auch Österreich hat sich dazu verpflichtet.

Die Arbeit von AI besteht u. a. in Lobbyingarbeit, Recherchen, Awareness Raising durch verschiedene Kommunikationsmaßnahmen – alles mit dem Ziel, Verbesserungen zu schaffen.

Als Teil der Arbeit zu sozialen Rechten läuft derzeit eine Kampagne mit dem Titel „Armut hat viele Gesichter“: www.amnesty.at/armut

Die Leistungsverwaltung im Vergleich

Die Leistungsverwaltung befasst sich mit der Erbringung staatlicher Leistungen und variiert in ihrer Ausgestaltung und Organisation zwischen verschiedenen Ländern. Ein Vergleich zwischen Deutschland und Österreich zeigt Unterschiede in Bezug auf Zuständigkeiten, gesetzliche Grundlagen und organisatorische Strukturen. Obwohl beide Länder ähnliche Prinzipien der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung verfolgen, gibt es aufgrund der unterschiedlichen Rechtssysteme und Verwaltungsstrukturen einige Unterschiede.

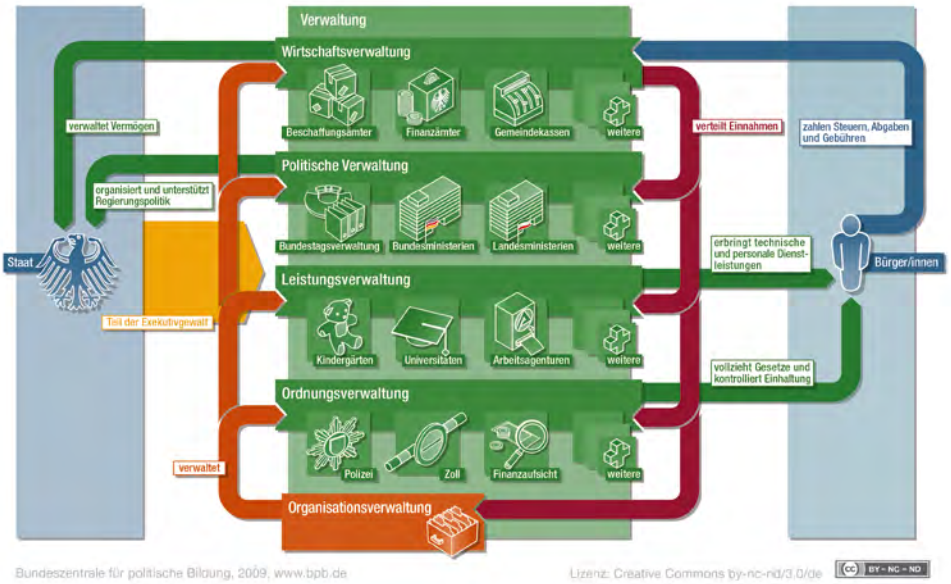
Alexandra Grupp, ehemalige Praktikantin (Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg)

Die Leistungsverwaltung in Deutschland spielt eine zentrale Rolle im Rahmen des Sozialstaatsprinzips, wie es im Artikel 20 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland verankert ist. Das bedeutet, dass die Verwaltung gesetzlich gebunden ist und ihre Entscheidungen auf bestehenden Gesetzen basieren müssen. Durch das Sozialstaatsprinzip ist die Verwaltung für die Umsetzung und Gewährung von sozialen und finanziellen Leistungen verantwortlich, die darauf abzielen, bedürftige und schutzbedürftige Mitglieder der Gesellschaft zu unterstützen. Ein charakteristisches Merkmal des deutschen Systems ist das dreistufige Verwaltungssystem, das aus Bund, Ländern und Kommunen besteht. Die Zuständigkeiten für die Leistungsverwaltung erstrecken sich über verschiedene Bereiche, darunter Sozialleistungen, Bildungsförderung, Gesundheitswesen und mehr. Insbesondere die Sozialgesetzbücher spielen eine zentrale Rolle, wenn es um die Gewährung von Sozialleistungen geht. Ein weiteres Merkmal der Leistungsverwaltung ist die Gewährleistung der Daseinsvorsorge durch die Versorgung der Bevölkerung mit lebensnotwendigen Leistungen wie zum Beispiel Strom, Wasser, Kanalisation oder Bereitstellung einer Infrastruktur (z. B. öffentlicher Personennahverkehr).

Die aktuelle Entwicklung in Deutschland zeigt eine Tendenz zur Übertragung von Leistungsaufgaben an private Institutionen. Die Gewährleistungsverwaltung beschreibt die Wahrnehmung von Aufgaben der Daseinsvorsorge in privatrechtlichen Formen. Dies bedeutet, dass bestimmte öffentliche Aufgaben nun verstärkt an private Akteur:innen übertragen werden. Die Leistungsverwaltung umfasst eine Vielzahl von Sozialleistungen, darunter das Arbeitslosengeld (SGB III), das Arbeitslosen finanzielle Unterstützung gewährt, die Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) – auch als Bürgergeld bezeichnet –, das finanzielle Mittel für den Lebensunterhalt von Hilfebedürftigen bereitstellt, und die Sozialhilfe (SGB XII), die finanzielle Unterstützung für nicht erwerbsfähige Personen gewährt. Das Kindergeld (EStG) dient der finanziellen Unterstützung von Eltern zur Förderung der wirtschaftlichen Sicherheit von Familien. Es gibt jedoch auch nichtvermögensrechtliche Leistungen, die zahlreiche Maßnahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge einschließen. Beispiele hierfür sind der Betrieb von Schulen, Bibliotheken und Museen, der Bau und die Instandhaltung von Infrastruktureinrichtungen wie Straßen, Plätzen und öffentlichen Gebäuden, öffentliche Verkehrsmittel sowie die Versorgung mit Trinkwasser. Die Leistungsverwaltung wird von verschiedenen Behörden auf verschiedenen Ebenen durchgeführt, darunter die Bundesagentur für Arbeit, die Arbeitsagenturen, die Sozialämter auf kommunaler Ebene und andere Institutionen. Die Gewährung von Leistungen erfolgt in der Regel auf Grundlage klar definierter rechtlicher Vorschriften und unter Berücksichtigung der Bedürfnisse und Umstände der Antragstellenden.

Österreichs Föderalismus

Auch in Österreich basiert die Leistungsverwaltung auf dem Prinzip der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung. Das Land ist föderal organisiert, mit Bundesländern und Gemeinden als eigenständige Verwaltungsebenen. Die föderale Struktur ermöglicht eine gewisse Autonomie der Bundesländer und Gemeinden bei der Umsetzung und Gestaltung von Leistungen. Ähnlich wie in Deutschland erstrecken sich die Zuständigkeiten der Leistungsverwaltung über verschiedene Bereiche, darunter Sozialleistungen, Bildungsförderung, Gesundheitswesen und mehr. Hier sind verschiedene Unterteilungen möglich. In der Sozialverwaltung



Verwaltungsorganisation in Deutschland

geht es um die Vorsorge für die soziale Sicherheit des Einzelnen. Dazu zählen etwa die Leistungen der Sozialversicherung, der Pensionsversicherung und der Arbeitslosenversicherung. Auch die Sozialhilfe, die subsidiär ein Netz der Grundsicherung für den Einzelnen knüpft, gehört zu dieser Gruppe. Die rechtlichen Grundlagen für die Sozialleistungsverwaltung in Österreich finden sich beispielsweise im Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz (ASVG), im Arbeitslosenversicherungsgesetz (AVG) oder im Sozialhilfe-Grundsatzgesetz. Im Rahmen der Förderungsverwaltung (Subventionsverwaltung) erhalten Personen oder Institutionen meist finanzielle Leistungen vom Staat, wobei verschiedene Subventionszwecke verfolgt werden können, z. B. Wirtschaftsförderung, Forschungsförderung oder Sportförderung. Wichtige Gebiete der Subventionsverwaltung sind Kultur und Sport, Forschung, Landwirtschaft sowie die Förderung sozialer und ökologischer Initiativen (Non-Governmental Organisations). Ein besonders wichtiges Gebiet der Leistungsverwaltung bildet die Daseinsvorsorge. Dabei handelt es sich um die Bereitstellung von für die Allgemeinheit wichtigen infrastrukturellen Leistungen, wie die Schaffung und Erhaltung von Verkehrseinrichtungen (Straßen, Eisenbahnen, Flughäfen), den öffentlichen Personennahverkehr, die Stromversorgung, die Wasserversorgung sowie Entsorgungsleistungen.

Die Zuständigkeiten der Leistungsverwaltung in Österreich sind zwischen Bund, Ländern und Gemeinden verteilt. In der Sozialverwaltung übernehmen Bund und Länder gemeinsam Verantwortlichkeiten, darunter die Auszahlung von Sozialhilfe und Arbeitslosengeld. Die Zuständigkeiten für die Infrastrukturverwaltung, wie den Bau von Straßen und Schienen, können auf verschiedenen Hierarchieebenen liegen. Bereiche wie Gesundheit, Bildung, Forschung und Kultur fallen oft in den Verantwortungsbereich der Länder. Auf kommunaler Ebene liegt die Verantwortung für Feuerwehr, Rettungsdienst und Abfallentsorgung bei den Gemeinden. Um Dienstleistungen zu erbringen, greifen Gemeinden teilweise auf private Unternehmen zurück oder schließen sich in Gemeindeverbänden zusammen, um Aufgaben gemeinsam effizienter zu erfüllen.

Kommunen und Daseinsvorsorge

Die Erbringung von Dienstleistungen im Rahmen der Daseinsvorsorge durch Gemeinden ist sowohl gemeinschaftsrechtlich erlaubt als auch geboten. Die Aufgaben der Gemeinden orientieren sich an den Bedürfnissen ihrer Bürger:innen und unterliegen einem ständigen Wandel, der durch die dynamische Ausgestaltung des eigenen Wirkungsbereichs der Gemeinde gemäß Artikel 118 Abs. 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes ermöglicht wird.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Leistungsverwaltung in Deutschland und Österreich trotz ähnlicher Prinzipien der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung aufgrund unterschiedlicher Rechtssysteme und Verwaltungsstrukturen einige Unterschiede aufweist. In Deutschland spielt die Leistungsverwaltung eine zentrale Rolle im Rahmen des Sozialstaatsprinzips, während in Österreich eine föderale Struktur eine gewisse Autonomie der Bundesländer und Gemeinden ermöglicht. Deutschland setzt auf eine föderale Vielfalt von Ämtern und Behörden auf verschiedenen Ebenen, während Österreich eine stärkere Zentralisierung und Standardisierung durch die Bundesverwaltung aufweist. Diese Unterschiede prägen die Effizienz, Flexibilität und Bürgernähe der jeweiligen Leistungsverwaltungssysteme. Beide Länder streben jedoch die Sicherstellung grundlegender sozialer und finanzieller Leistungen an, wobei die aktuellen Entwicklungen in Deutschland eine verstärkte Übertragung von Leistungsaufgaben an private Institutionen zeigen. Ungeachtet dieser Unterschiede dienen die Leistungsverwaltungen in beiden Ländern dem Ziel, die individuellen Bedürfnisse der Bürger:innen unter Berücksichtigung der rechtlichen Vorschriften zu erfüllen.

© Grafik: Bundeszentrale für politische Bildung, 2009, www.bpb.de, Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de

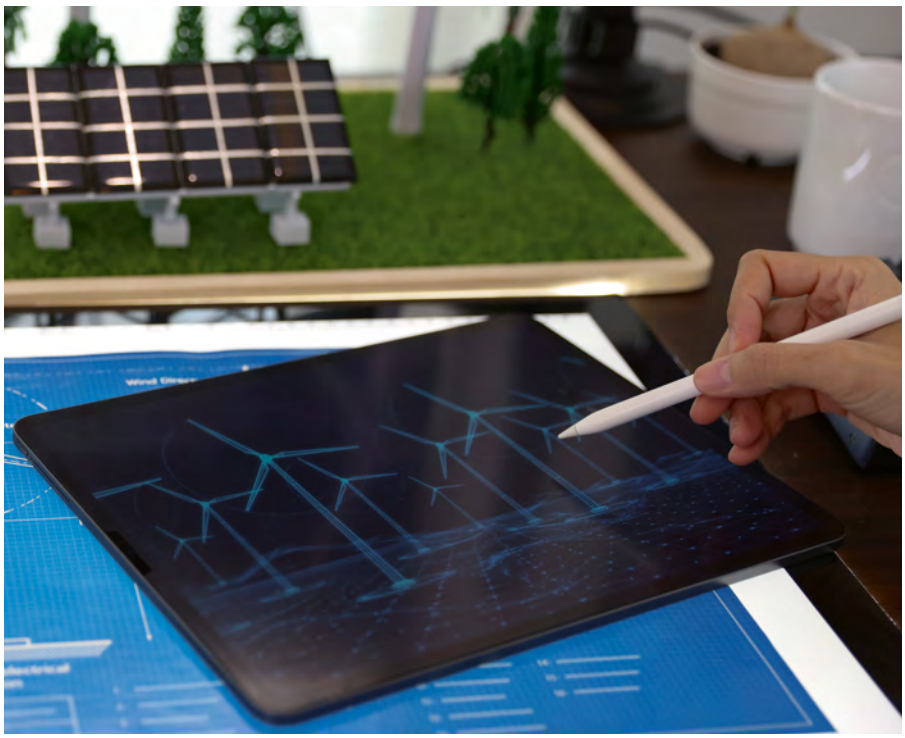
Den Beitrag der Gemeinden zur Energiewende sichtbar machen

In der Ausgabe ÖGZ 11/2023 wurde im Artikel „Wie kann die Energiewende gelingen?“ das Projekt transFORMAT-LINK[1] vorgestellt, das Gemeinden bei der Ausrichtung ihrer örtlichen Entwicklungskonzepte an den Zielen des NEKP unterstützt. Nun liegen die Projektergebnisse in Form des Web-Tools KLEXI (Klima- und Energie-Expertise) vor. Gemeinden erhalten ihren kostenlosen Login-Zugang zu Testzwecken auf Anfrage bis 31. 12. 2024.

Susanne Geissler, SERA global GmbH, Daniel Youssef und Elias Grinzinger, TU Wien, Institut für Raumplanung,
Andreas Kleboth, Kleboth und Dollnig ZT GmbH

EU-Energieziele nur mit Gemeinden

Der Integrierte Nationale Energie- und Klimaplan (NEKP) gemäß der EU-Governance-Verordnung (EU) 2018/1999 ist das zentrale politische Instrument zur Erreichung der EU-Energieziele bis 2030 und darüber hinaus. Die Bundesregierung ist für die Berichterstattung an die EU über die Fortschritte bei der Erreichung der Ziele verantwortlich. Die tatsächliche Umsetzung von Projekten zum Ausbau der erneuerbaren Energien und zur Reduktion von Treibhausgasemissionen (THG) wird jedoch maßgeblich von den Kompetenzen der österreichischen Bundesländer und insbesondere der Gemeinden beeinflusst. Das örtliche Entwicklungskonzept (ÖEK), je nach Landesgesetzgebung auch Örtliches Raumordnungskonzept oder Räumlicher Entwicklungsplan genannt, ist ein wichtiger Ansatzpunkt für das Erreichen der Energie- und Klimaziele.



Für die Überarbeitung der örtlichen Entwicklungskonzepte wurde ein Web-Tool entwickelt, das nun als Prototyp vorliegt. Der Prototyp besteht aus Funktions- und Modellelementen, welche die Anwendung in den Gemeinden bereits jetzt ermöglicht und gleichzeitig eine Grundlage für die Weiterentwicklung bietet. Es sind alle Gemeinden außer Wien mit den verfügbaren Daten enthalten, d. h. jede Gemeinde kann sich ihren Zugang freischalten lassen und das Tool testen. Diese Möglichkeit besteht auch noch nach Projektende bis 31. 12. 2024. Login-Zugänge werden nur für die jeweilige Gemeinde bzw. deren Berater:innen vergeben.

© Foto: Getty Images

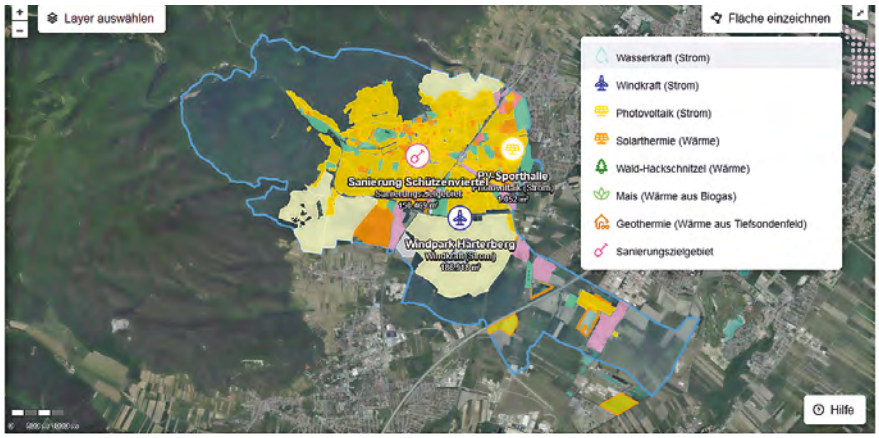


Abbildung 1: Abschätzung der Erträge erneuerbarer Energieanlagen mittels Kartentool



Abbildung 2: Veränderung des Anteils der erneuerbaren Energieträger am Gesamtbedarf und der THG-Emissionen durch geplante erneuerbare Energieanlagen im Vergleich zum Status quo

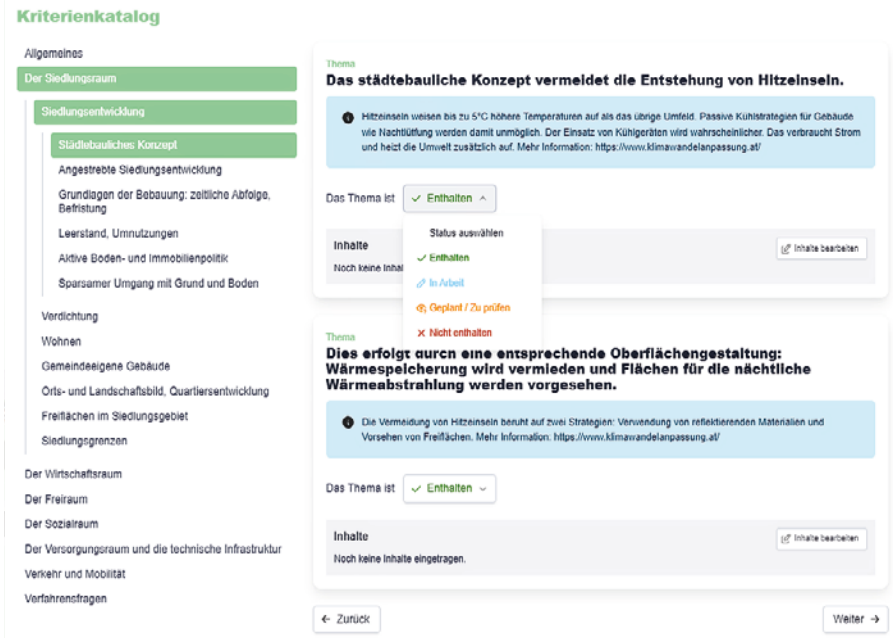


Abbildung 3: Das Webtool ist selbsterklärend und intuitiv zu bedienen.

Die Projektergebnisse sind auf der Projektwebsite https://transformat.at/ einsehbar, das Web-Tool ist ab Oktober 2024 auf https://klexi.at/ erreichbar.
Abbildung 1 zeigt einen Screenshot des KLEXI-Kartentools, das eine einfache Abschätzung von Energieerträgen ermöglicht.
Abbildung 2 zeigt die Darstellung des Fortschritts: Geplante erneuerbare Energieanlagen verändern den erneuerbaren Energieanteil am Gesamtenergiebedarf und auch die Treibhausgasemissionen. Die Darstellung erfolgt pro Sektor und insgesamt, wobei „MyNEKP“ die Zusammenfassung aller Sektoren repräsentiert.

Status checken

Darüber hinaus beinhaltet das Web-Tool eine Checkliste zur Status-Feststellung, die gleichzeitig Textbausteine zur weiteren Verwendung sowie die Möglichkeit zur Informationssammlung bereitstellt (siehe Abbildung 3). Die Checkliste umfasst 30 sogenannte Mindestkriterien, die bei der örtlichen Entwicklung berücksichtigt werden sollten, um die Nutzung von erneuerbaren Energien und die Anpassung an den Klimawandel zu fördern sowie das Erreichen der Energie- und Klimaziele auf Bundesländer- und Bundesebene zu erleichtern.
KLEXI wurde am 23. September online im Rahmen einer Live-Demonstration vorgestellt. Das Webinar wurde aufgezeichnet und ist auf der Projektwebsite https://transformat.at/ abrufbar. Es werden auch jene Funktionalitäten des Web-Tools gezeigt, die nur mittels Login zugänglich sind.

1 Projekt transFORMAT-LINK (Laufzeit 10/2023-09/2024) Österreichische Gemeindezeitung 11/2023 (staedtebund.gv.at)

transFORMAT-LINK

wird gefördert vom Klima- und Energiefonds, ACRP – 14th Call, 2022

© Alle Abbildungen: https://klexi.at/Screenshot

Klimabonus: Etiketten-schwindel beenden

Städte fordern Überarbeitung des Klimabonus, der Städter:innen benachteiligt und die Mobilitätswende behindert. Auch die TU Wien, Stadt- und Regionalforschung, schließt sich der Städtebund-Kritik an den Verteilungskriterien an.

In den FAQs zum Klimabonus heißt es, das durch den CO2-Preis eingenommene Geld soll die Menschen dazu motivieren, auf klimafreundliche Alternativen umzusteigen. „In Anbetracht der mangelnden Lenkungseffekte ist die Motivation, auf umweltfreundliche Verkehrsmittel umzusteigen, jedenfalls nicht gegeben. Auch das Wort ‚Klimabonus' ist in der derzeitigen Ausgestaltung sogar als ‚Etikettenschwindel' zu bezeichnen. Die Zahlung müsste eigentlich ‚CO2-Steuer-Rückerstattung' heißen", so Robert Kalasek vom Institut für Stadt- und Regionalforschung der TU Wien.

Eine Besteuerung von CO2 und die Einführung der gegenständlichen CO2-Abgabe in Österreich ist laut Regionalforscher Kalasek eine wichtige Maßnahme. Aber die Art und Weise, wie das eingenommene Geld in Österreich verwendet werde, stößt auch auf Ebene der Regionalwissenschaft auf Kritik: „Die Einnahmen aus der CO2-Besteuerung werden falsch eingesetzt: Der Klimabonus belohnt nicht jene, die sich klimafreundlich verhalten; im Gegenteil, Haushalte mit guter Öffi-Anbindung und möglicherweise intensiver Inanspruchnahme der Öffis erhalten sogar weniger Klimabonus. Hinzu kommt, dass die Mittel aus der CO2-Besteuerung derzeit gar nicht zur Verbesserung der Versorgungsqualität mit öffentlichen Verkehrsmitteln eingesetzt werden", erklärt Kalasek.

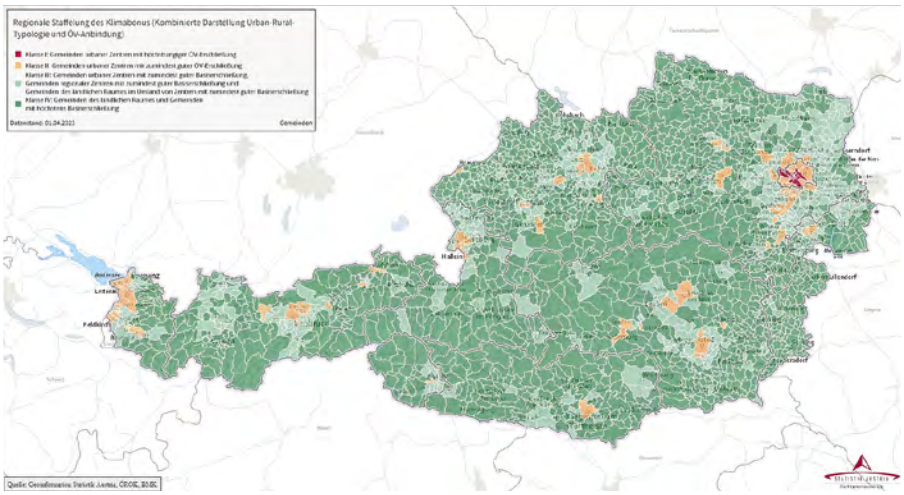
Unterschiede nicht haltbar

Darüber hinaus wird laut Kalasek die Zweckmäßigkeit der Unterscheidung nach der „Urban-Rural-Typologie" der Statistik Austria in Zweifel gezogen. „Wäre es dem Gesetzgeber ein Anliegen, jenen Bevölkerungsgruppen einen finanziellen Ausgleich zu gewähren, die aufgrund des Wohnstandorts tatsächlich über eine mangelhafte Erschließung mit öffentlichen Verkehrsmitteln verfügen und die daher keine Wahlfreiheit in puncto Mobilität genießen, so wäre eine direkte Kopplung des ‚regionalen Klimabonus' an die ‚ÖV-Güteklasse' des jeweiligen Standorts ein deutlich sinnvolleres Kriterium gewesen", so Kalasek. Die ÖV-Güteklassen würden für jede Adresse in Österreich vorliegen. Die Verteilung des Klimabonus erfolge jedoch auf Gemeindeebene bzw. in Wien auf

Die Presseaussendung zum Klimabonus vom August 2024:
www.staedtebund.gv.at/presse/presseaussendungen/presseaussendungen-details/staedtebund-kritisiert-klimabonus/

Stellungnahme des Österreichischen Städtebundes anlässlich der Einführung des Klimabonus:
Ökosoziales Steuerreformgesetz 2022 Teile I, II; Stellungnahme - Österreichischer Städtebund (staedtebund.gv.at)

Die Forderungen des Österreichischen Städtebundes an die nächste Bundesregierung:
www.staedtebund.gv.at/ePaper/forderungen_2024



Abschätzung der Erträge erneuerbarer Energieanlagen mittels Kartentool

© Grafik: Quelle: Geoinformation Statistik Austria, ÖROK, BMK

Ebene der Bezirke in Abhängigkeit davon, ob die Adresse in einer eher städtisch oder ländlich geprägten Gemeinde liege. „Bei der Höhe des Klimabonus wird weder entlang der Klimaschutzziele noch anhand der tatsächlichen räumlichen Voraussetzungen differenziert“, führt der Stadt- und Regionalforscher mit einem Schwerpunkt in GIS-gestützter räumlicher Analytik aus.

Städte fordern Überarbeitung

Die Geschäftsleitung des Österreichischen Städtebundes – bestehend aus Bürgermeister:innen von ÖVP, SPÖ, FPÖ, Grünen, KPÖ und Ja-Jetzt Innsbruck – hat die Bundesregierung bereits im Frühjahr 2023 aufgefordert, den Klimabonus zu evaluieren und gegebenenfalls zu adaptieren. Dazu Thomas Weninger, Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes: „Bislang sind dazu keine Aktivitäten erfolgt. Daher ist dies auch eine der zentralen Forderungen des Österreichischen Städtebundes an die nächste Bundesregierung im Verkehrsbereich.“

Zudem weist Weninger auf das fehlende Geld für den ÖV-Ausbau (Flottenerneuerung, Angebots- und Kapazitätsausweitung) hin: „Mit dem Klimabonus fördert die Bundesregierung über die Einnahmen aus der CO2-Abgabe autoaffines Mobilitätsverhalten im ländlichen Raum mit 1,4 Mrd. Euro pro Jahr, während in den Städten und Stadtregionen ca. 1 Mrd. Euro pro Jahr für den Öffi-Ausbau fehlen, um die Klimaziele zu erreichen.“

TU-Wien-Regionalforscher Robert Kalasek ergänzt: „Mit dem Geld könnte sowohl im städtischen als auch im suburbanen und ländlichen Raum ein Impuls zur stärkeren Nutzung umweltfreundlicher Verkehrsmittel gesetzt werden.“

Klima**aktiv**-mobil-Förderung sichern

Städte pochen auf Beibehaltung und Ausweitung der klima**aktiv**-Förderschiene.

Um die Klimaziele im Radverkehr (13 % im Jahr 2030) zu erreichen, werden jährlich ca. 700 Mio. Euro pro Jahr benötigt. Das gegenständliche Förderprogramm des Bundes (klima**aktiv** mobil) wurde zuletzt zwar massiv erhöht und erfreulicherweise um den Bereich des Fußverkehrs erweitert, beläuft sich derzeit aber noch immer auf erst 95 Mio. Euro/Jahr. Hier bedarf es einer Sicherung und Ausweitung der bestehenden Förderschiene. Städtevertreter:innen pochen darauf, dass vor allem die direkte Abrufbarkeit der Mittel durch Städte und Gemeinden sowie die Reihung der Förderwürdigkeit nach transparenten Bewertungskriterien im Sinne der Planungssicherheit für die Förderwerber jedenfalls bestehen bleiben soll.



Städte brauchen Planungssicherheit und pochen auf Beibehaltung und Ausweitung der bestehenden Förderschiene.

© Foto: Getty Images

Kommunalsteuer
Grundsätze der Abgabenerhebung

Die Bundesabgabenordnung erkennt unter Abgabenerhebung alle jene formellen abgabenbehördlichen Maßnahmen, welche der Durchführung der materiellen Abgabenvorschriften dienen, konkret insbesondere auch zur Erhebung der Kommunalsteuer; im ersten Abschnitt dieses Fachartikels, erschienen in der ÖGZ 10, wurden grundsätzliche Aspekte der Abgabenerhebung wie Ermittlungsverfahren oder Abgabenprüfung, im zweiten Abschnitt dieses Fachartikels werden Möglichkeiten der Einhebungseinschränkung oder zwangsweisen Abgabeneinbringung behandelt.

Peter Mühlberger, Konsulent Österreichischer Städtebund

IV. Abgabenfestsetzung

IV. I. Selbstberechnung

Bei der Kommunalsteuer handelt es sich um eine Selbstberechnungsabgabe, weshalb grundsätzlich davon auszugehen ist, dass der Abgabepflichtige selbst von sich aus die Kommunalsteuer zu bemessen, zu entrichten und mittels Abgabenerklärung zu erklären hat; im Gegensatz zu den Bestimmungen in den ehemaligen Landesabgabenordnungen gilt die Kommunalsteuer durch die Selbstberechnung jedoch nicht als festgesetzt, weil eine solche Regelung der Bundesabgabenordnung fremd ist.

Es sollte ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass bei Abgabenfestsetzung der Kommunalsteuer als Selbstberechnungsabgabe die gesetzliche Regelung des § 11 Abs. 3 KommStG als lex specialis der allgemeinen Verfahrensnorm des § 201 BAO vorangeht; die Bestimmung des § 201 a BAO (für andere Gemeindeabgaben) gleicht jener des § 11 Abs. 3 KommStG.

Ein im Rahmen der Selbstberechnung bekanntgegebener Abgabenbetrag (Kommunalsteuer) ist ohne Mahnung und ohne Abgabenbescheid unverzüglich vollstreckbar und es kann bei Nichtentrichtung ein Rückstandsausweis ausgestellt, jedoch nach § 15 Abs. 2 KommStG kein Verwaltungsstrafverfahren durchgeführt werden (... es sei denn, dass der zuständigen Abgabenbehörde bis zum fünften Tag nach Fälligkeit die Höhe des geschuldeten Betrages bekanntgegeben wird).

IV. II. Bescheiderlassung

Eine verpflichtend bescheidmäßige Abgabenfestsetzung ist gesetzlich (§ 11 Abs. 3 KommStG) erforderlich, wenn

- die Kommunalsteuer weder bekanntgegeben noch entrichtet wurde,
- die selbstberechnete Kommunalsteuer nicht richtig bemessen wurde,
- die Kommunalsteuer im Rahmen der Abgabenerklärung unrichtig erklärt und auch nicht innerhalb drei Monaten richtig berichtigt wurde; sollte die unrichtige Abgabenerklärung binnen drei Monaten berichtigt werden, kann eine Erlassung eines Abgabenbescheides unterbleiben.

Sofern eine bescheidmäßige Abgabenfestsetzung aus den angeführten Gründen erforderlich ist und damit in der Regel die Kommunalsteuer später als einen Monat nach ihrer bereits eingetretenen Fälligkeit festgesetzt würde, ist gesetzlich verbindlich (siehe § 210 Abs. 4 BAO) eine Nachfrist von einem Monat für ihre Entrichtung zu gewähren.

Nachdem mangels Entrichtung zum Fälligkeitstag eine Abgabensäumnis eingetreten war, liegen grundsätzlich die Voraussetzungen für einen Säumniszuschlag vor, von welchem aber Abstand zu nehmen wäre, wenn die Kriterien des § 217 Abs. 3 BAO anzunehmen sind (Säumnis nicht mehr als 5 Tage, kein Säumnis innerhalb der letzten sechs Monate).

Von der Vorschreibung eines Säumniszuschlages ist aber antragsgemäß Abstand zu nehmen, wenn für die Säumnis kein grobes Verschulden des Abgabepflichtigen vorliegt (§ 217 Abs. 7 BAO).

IV. III. Insolvenzverfahren

In Anbetracht eines bevorstehenden oder eines bereits anhängigen Insolvenzverfahrens ist ein entsprechender Handlungsbedarf seitens der betroffenen Kommune erforderlich wie:

- Eigennachschau oder Prüfungsersuchen zur Feststellung der nicht entrichteten Abgabenschuldigkeiten

- Erlassung eines Gesamtschuldbescheides gegenüber den Gesellschaftern der in Insolvenz befindlichen Gesellschaft (OG, KG, Gesellschaft bürgerlichen Rechts)
- Erlassung eines Haftungsbescheides gegenüber dem verantwortlichen Geschäftsführer einer GmbH oder Vorstandsmitglied einer AG, wobei ein Haftungsbescheid auch in Anbetracht einer bevorstehenden Insolvenz rechtlich möglich wäre, in diesem Fall aber die Uneinbringlichkeit z. B. durch einen erfolglosen Exekutionsversuch von der Abgabenbehörde nachzuweisen wäre, was bei einer Haftungsinanspruchnahme nach Insolvenzeröffnung nicht erforderlich wäre (siehe § 6a Abs. 1 KommStG)
- Haftungsinanspruchnahme (subsidiär zu den Geschäftsführern oder Vorstandsmitgliedern) nach § 6a Abs. 2 KommStG auch von Personen, welche auf die gesetzlichen Vertreter, wie Geschäftsführer oder Vorstandsmitglieder, tatsächlich Einfluss nehmen können und auch tatsächlich Einfluss genommen haben und für die nicht ordnungsgemäße und nicht fristgerechte Entrichtung der Abgabenschulden nachweislich verantwortlich sind (beispielsweise die Abgabenbehörde könnte nachweisen, dass ein Gesellschafter den Geschäftsführer an der Abgabenentrichtung hinderte).

IV. IV. Haftungsverfahren

Zu den Haftungsansprüchen sollte ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass für eine Haftungsinanspruchnahme bestimmte Voraussetzungen erforderlich sind, wie

- Uneinbringlichkeit, nach Insolvenzeröffnung ist diese gesetzlich vorgegeben und anzunehmen.
- Verschulden (leichte Fahrlässigkeit) an der Nichtentrichtung, wobei der Haftende sein Nichtverschulden bzw. die Gleichmäßigkeit der Abgabenentrichtung zu den jeweiligen monatlichen Fälligkeitsterminen nachzuweisen, die Abgabenbehörde daher die jeweils monatlich fällig gewesenen Kommunalsteuerbeträge bekanntzugeben hätte; falls dies nicht möglich, weil beispielweise keine Aufzeichnungen des Abgabepflichtigen oder bei Firmenlöschung, könnte die Abgabenbehörde nach jüngster Rechtsprechung die Kommunalsteuer auch schätzen.
- Feststellung des Rechtswidrigkeitszusammenhangs zwischen Verschulden des Haftenden und Uneinbringlichkeit der Abgabenschuld (Kausalität), wobei nach der Rechtsprechung dieser Rechtswidrigkeitszusammenhang bei Verschulden des Haftenden immer anzunehmen ist.
- Ermessensentscheidung der Abgabenbehörde, ob und in welchem Umfang sie den Haftenden zur Haftungsleistung heranzieht; Einwände wie Arbeitslosigkeit oder Vermögenslosigkeit sind nicht geeignet, die Haftung zu verhindern.

Im Haftungsverfahren hat die Abgabenbehörde verpflichtend den Haftenden über bestehende Abgabenbescheide im Rahmen des Parteiengehörs in Kenntnis zu setzen, weil der Haftende nach § 248 BAO innerhalb der Rechtsmittelfrist nicht nur Beschwerde gegen den Haftungsbescheid, sondern auch gegen einen allenfalls bereits rechtskräftigen Abgabenbescheid erheben könnte, zumal Einwände gegen die Abgabenvorschreibung im Haftungsverfahren unrechtmäßig und als unzulässig zurückzuweisen sind.

Die Verjährungsbestimmungen sind auch im Haftungsverfahren zu berücksichtigen. Ein Haftungsbescheid kann lediglich innerhalb der fünfjährigen Einhebungsverjährung nach § 238 BAO erlassen werden, wobei jedoch auf Unterbrechungshandlungen nach § 238 Abs. 2 BAO Bedacht zu nehmen ist, welche die Einhebungsverjährungsfrist unterbrechen und eine neue Verjährungsfrist in Gang setzen.

Die erstmalige Abgabenfestsetzung im Rahmen einer Haftungsinanspruchnahme (beispielsweise, weil Firma bereits gelöscht wurde, aber auch bei bestehendem Unternehmen, wenn Einbringungsschritte bisher erfolglos waren und bleiben werden) ist lediglich innerhalb der fünfjährigen Festsetzungspflicht rechtlich möglich, wobei auf verjährungsverlängernde (nicht unterbrechende), außenwirksame Amtshandlungen zur Feststellung der Abgabenschuld oder des Abgabepflichtigen zu beachten und zu berücksichtigen sind, selbst wenn diese dem Abgabepflichtigen nicht bekannt waren

V. Abgabenvereinbarung

V. I. Gesetzesgrundlagen

Abgabenvereinbarungen über Kommunalsteuer sind rechtlich nur zulässig, wenn sie gesetzlich vorgesehen sind; daher wären „Vereinbarungen" über die Kommunalsteuerentrichtung, etwa im Rahmen von Betriebsansiedlungen, klar rechts- und gesetzeswidrig, weil eine gesetzliche Verpflichtung der Abgabenbehörde besteht, die Kommunalsteuer in vollem gesetzlich vorgegebenen Umfang einzuheben.

Eine Vereinbarung über die Kommunalsteuer ist gesetzlich vorgesehen im Rahmen einer partiellen Abgabenbefreiung nach § 5 Abs. 3 KommStG über den unternehmerischen und damit abgabepflichtigen Abgabenbereich (schwierige oder unzumutbare Feststellung der diesbezüglichen Arbeitslöhne) oder einer partiellen Abgabenbefreiung nach § 8 Zi 2 letzter Satz KommStG (schwierige oder unzumutbare Feststellung der betroffenen Arbeitslöhne) und nach herrschender höchstgerichtlichen Rechtsprechung auch anerkannt. Es empfiehlt sich, derartige abgabenrechtliche Vereinbarungen im Rahmen von öffentlich-rechtlichen Verträgen abzuschließen und durch die vertretungsbefugten Organe zu unterfertigen.

V. II. Sondervereinbarung

Eine besondere „Abgabenvereinbarung" ist in § 19 FAG 2024 im Zusammenhang mit gemeinsamen Investition von mehreren Gemeinden, etwa bei Einkaufszentren oder Gewerbeparks, vorgesehen, wenn keine mehrgemeindlichen Betriebsstätten mit einem gesetzlich vorgesehenen Zerlegungsmodus vorliegen.

In diesem spezifischen Abgabenfall hätten die jeweiligen Gemeinden im Rahmen der öffentlich-rechtlichen Abgabenverfahren die Kommunalsteuer einzuheben und folgend im Rahmen einer ausschließlich zivilrechtlichen Abgabenvereinbarung die vereinnahmte Kommunalsteuer, beispielsweise aufgrund von getätigten Investitionen der betroffenen Kommunen, aufzuteilen.
Bei mehrgemeindlichen Betriebstätten mit einem organisatorischen, wirtschaftlichen und räumlichen Zusammenhang, wie einem Supermarkt im Gemeindegebiet mehrerer Gemeinden, ist aber gesetzlich primär eine Zerlegung der Bemessungsgrundlagen nach einem entsprechenden Modus der Gewichtung der Zerlegungsfaktoren und Aufteilung auf die betroffenen Gemeinden vorgesehen (siehe § 10 Abs. 4 KommStG).

VI. Einhebungsbegrenzung

VI. I. Einhebungszwang

Das Abgabenrecht kennt grundsätzlich keinen Aufschub der bescheidmäßig festgesetzten Abgaben. Durch die Einbringung einer Bescheidbeschwerde wird die Wirksamkeit des angefochtenen Abgabenbescheides nicht gehemmt, nach § 254 BAO die Einhebung und zwangsweise Einbringung der Abgabenschuld nicht aufgehalten.
Selbst einer Revision vor dem Verwaltungsgerichtshof kommt keine aufschiebende Wirkung zu, allenfalls kann auf begründetem Antrag in wenigen Ausnahmefällen eine solche eingeräumt werden, doch hätte ein solcher Antrag auszuführen, weshalb durch Nichtzuerkennung der aufschiebenden Wirkung ein nicht wiedergutzumachender Schaden eintreten würde.

VI. II. Einhebungsaufschub

Nach § 212 BAO kann bei Vorliegen der rechtlichen Voraussetzungen für Einbringungsmaßnahmen auf Antrag des Abgabepflichtigen der Zeitpunkt für die Abgabenentrichtung hinausgeschoben (Stundung) oder die Entrichtung in Raten bewilligt werden, wenn die sofortige oder vollständige Entrichtung mit erheblichen Härten verbunden und die Einbringlichkeit durch den Aufschub nicht gefährdet wäre; eine Gefährdung der Einbringlichkeit ist (verpflichtend) nicht anzunehmen, wenn der Abgabenpflichtige glaubhaft macht (keine Verpflichtung zum Nachweis), dass er durch die Gewährung der Zahlungserleichterung in die Lage versetzt wird, die vom Zahlungserleichterungsansuchen umfassten Abgabenschuldigkeiten innerhalb einer angemessenen Frist entrichten zu können.
Die Administration eines Zahlungserleichterungsansuchens hat daher in zwei Verfahrensschritten zu erfolgen, wobei in einem ersten Verfahrensschritt die Rechtsvoraussetzungen wie Nachweis der erheblichen Härte und Glaubhaftmachung der Einbringlichkeit durch den Abgabepflichtigen zu prüfen sind und in einem zweiten Verfahrensschritt die Abgabenbehörde im Rahmen der Ermessensübung nach Abwägung von Billigkeit und berechtigtem Parteieninteresse gegenüber dem öffentlichem Interesse an der Abgabeneinbringung (Zweckmäßigkeit) zu entscheiden hat.
Die Zahlungserleichterung ist strikt abzugrenzen von einer Einhebungsaussetzung nach § 212 a BAO aufgrund einer eingebrachten Beschwerde, welche jedoch beispielsweise verbindlich abzulehnen und von der Abgabenbehörde als unbegründet abzuweisen ist, wenn die Beschwerde anlassbezogen wenig erfolgsversprechend erscheint.

VI. III. Einbringungsaussetzung

Die Einbringung fälliger Abgaben kann nach § 231 BAO ausgesetzt werden, wenn Einbringungsmaßnahmen wegen Aussichtslosigkeit zunächst unterlassen oder bereits erfolglos versucht wurden, aber berechtigt angenommen werden kann, dass sie zu einem späteren Zeitpunkt zum Erfolg führen könnten (z. B. Haftende vorübergehend langfristig im Ausland) oder wenn vorerst der erforderliche Verwaltungsaufwand für die Einbringung außer Verhältnis zum einzubringenden Abgabenbetrag steht (geringe Abgabenschuld); es bedarf dazu keiner bescheidmäßigen Erledigung. Bei Wegfall der Aussetzungsgründe innerhalb der Einhebungsverjährungsfrist kann (Ermessensentscheidung) die ausgesetzte Einbringung wieder aufgenommen werden; nach Einhebungsverjährung sind keine Einbringungsmaßnahmen mehr möglich.

VI. IV Abgabenabschreibung

Fällige Abgabenschuldigkeiten können gemäß § 235 BAO von Amtswegen abgeschrieben werden, wenn alle Möglichkeiten der Einbringung erfolglos versucht wurden oder Einbringungsmaßnahmen offenkundig aussichtslos und darüber hinaus weitere Einbringungsmaßnahmen voraussichtlich erfolglos sein werden. Die Abschreibung ist bescheidmäßig zu verfügen, doch kann die Abschreibung innerhalb der Einhebungsverjährung bescheidmäßig widerrufen werden, wenn Einbringungsmaßnahmen wieder erfolgsversprechend erscheinen.
Fällige Abgabenschuldigkeiten können auf Antrag des Abgabepflichtigen nach § 236 BAO wegen Unbilligkeit bescheidmäßig abgeschrieben werden; für eine derartige Abschreibung gilt keine Verjährung wie Festsetzungs- oder Einhebungsverjährung, d. h. sie kann auch nach Eintritt der Verjährung bescheidmäßig erfolgen.
Sofern es sich um fällige Gesamtschulden handelt und rechtskräftige Gesamtschuldbescheide vorliegen, wäre ein Antrag aus Entlassung aus der Gesamtschuld nach § 237 BAO ebenfalls wegen Unbilligkeit rechtlich möglich, wobei auch diesbezüglich keine Verjährung zu berücksichtigen wäre.

VII. Abgabeneinbringung

VII. I. Kompensation

Eine Kompensation von Abgabenforderungen – auch zu Privatrechtsforderungen – im Sinne des § 1438 ABGB wäre rechtlich möglich, wenn es sich um richtige und fällige und damit kompensible Forderungen handelt. Eine Kompensation von beispielweise Privatforderung zu Abgabenforderungen setzt allerding ein Guthaben des Abgabepflichtigen voraus.

VII. II. Sicherheitsleistung
Eine Sicherheitsleistung kann der Abgabeneinhebung vorausgehen. Die Abgabenbehörde kann nach Realisierung eines Abgabentatbestandes und nach Entstehung der Abgabenschuld (beispielsweise bei Entrichtung von Arbeitslöhnen entsteht die Kommunalsteuerschuld nach § 11 Abs. 1 KommStG mit Ablauf des Kalendermonats der Gewährung von Arbeitslöhnen) bis zum Eintritt der Vollstreckbarkeit (Nichtentrichtung zum Fälligkeitstag) gegenüber dem Abgabepflichtigen bescheidmäßig einen Sicherstellungsauftrag erlassen, um einer Gefährdung oder Erschwerung der Einbringung der Abgabenschulden (z. B. bei notorischen Nichtzahlern) zu begegnen.
Im Rahmen des Sicherstellungsauftrages hat die Abgabenbehörde die voraussichtliche Abgabenschuld festzustellen. Aufgrund eines solchen Sicherstellungsauftrages kann die Abgabenbehörde die voraussichtlich festgestellte Abgabenschuld unverzüglich beispielweise mittels Pfändung vollstrecken; der Abgabepflichtige kann durch Entrichtung eines entsprechenden Geldbetrages die Abgabenvollstreckung verhindern. Die Voraussetzungen und Formalerfordernisse eines solchen Sicherstellungsauftrages sind im § 232 BAO gesetzlich geregelt; der Sicherstellungsauftrag ersetzt aber nicht einen allfällig nachträglich erforderlichen Abgabenbescheid.

VII. III Abgabenvollstreckung
Alle nicht am Fälligkeitstag entrichteten Abgabenschuldigkeiten sind nach § 226 BAO im bescheidmäßig festgesetztem Ausmaß vollstreckbar; der Ausstellung des Rückstandsausweises sollte bei bescheidmäßig festgesetzter Kommunalsteuer eine Mahnung vorausgehen.
Bei Selbstberechnung tritt als Rechtsgrundlage für eine Vollstreckbarkeit anstelle des festgesetzten Abgabenbetrages der selbst berechnete und bekannt gegebene Abgabenbetrag; diese Regelung findet sich auch im § 11 Abs. 3 KommStG. Bei Vorliegen derartiger Vollstreckbarkeit bedarf es keiner Mahnung und es ist unverzüglich ein Rückstandsausweis nach § 229 BAO über den vollstreckbaren Abgabenbetrag als Rechtsgrundlage und Rechtsvoraussetzung für ein gerichtliches oder behördliches Vollstreckungsverfahren auszustellen.
Selbst wenn der Rückstandsausweis dem Abgabenschuldner nicht zugestellt werden muss, kann der Abgabenschuldner – bei Kenntnis – gegen einen ausgestellten Rückstandsausweis Einwände erheben, weil die Vollstreckbarkeit (z. B. aufgrund einer Zahlungserleichterung) noch nicht eingetreten war (§ 13 AbgEO) oder weil nach Eintritt der Vollstreckbarkeit aufhebende Tatsachen (z. B. Nachsicht) festzustellen waren (§ 12 AbgEO). Derartige Einwände sind bei der Titelbehörde und daher bei der Abgabenbehörde erster Instanz einzubringen und es ist ein Abgabenverfahren darüber abzuwickeln.
Bemerkt werden darf, dass das Abgabenvollstreckungsverfahren sich als eine Form der Abgabeneinhebung darstellt, weshalb ein Rückstandsausweis lediglich innerhalb der Einhebungsverjährungsfrist ausgestellt werden und vollstreckt werden darf.

EuGH gibt Zuständigkeiten an das EuG ab

Die beim EuGH (Europäischen Gerichtshof) landenden Rechtsstreitigkeiten sind immer komplexer und sensibler, eine Reform des Gerichtssystems der EU soll Abhilfe schaffen.

Ziel der Reform ist es, die Arbeitsbelastung des EuGH im Bereich der Vorabentscheidungen zu verringern und es ihm zu ermöglichen, seine Aufgabe, die Wahrung des Rechts bei der Anwendung und Auslegung der Verträge zu gewährleisten, weiterhin innerhalb angemessener Fristen zu erfüllen.
Seit Oktober fallen folgende sechs Bereiche in die Zuständigkeit des EuG (Europäisches Gericht):

- gemeinsames Mehrwertsteuersystem
- Verbrauchersteuern
- Zollkodex
- zolltarifliche Einreihung von Waren in die Kombinierte Nomenklatur
- Ausgleichs- und Unterstützungsleistungen für Flug- und Fahrgäste im Fall der Nichtbeförderung, bei Verspätung oder bei Annullierung von Transportleistungen
- System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten

Diese Sachgebiete werfen selten Grundsatzfragen auf, die die Einheit oder die Kohärenz des Unionsrechts berühren könnten.
Es gibt zu ihnen bereits eine umfangreiche Rechtsprechung des EuGH, was es dem Gericht ermöglichen sollte, sich auf früher ergangene Urteile zu stützen. Diese Bereiche machen etwa 20 % der dem Gerichtshof vorgelegten Vorabentscheidungsersuchen aus, was eine ausreichend große Zahl von Rechtssachen darstellt, um eine tatsächliche Verringerung der Arbeitsbelastung des Gerichtshofs zu bewirken.
Aus Gründen der Rechtssicherheit und der Beschleunigung sind sämtliche Vorabentscheidungsersuchen beim Gerichtshof einzureichen, damit dieser prüft, ob das Ersuchen ausschließlich in eines oder mehrere der festgelegten besonderen Sachgebiete fällt.

EuGH Nr. 125/24

Ertragsanteilsvorschüsse für Oktober 2024

(Beträge in 1.000 EURO, ohne Zwischenabrechnung)

Ertragsanteile, die auf die Gemeinden verteilt werden:

a) - nach Steuerarten

	Ertrag für 10/2024[1] in 1.000 EURO	Veränderung ggü. 10/2024 in %	Ertrag für 01–10/2024 in 1.000 EURO	Veränderungen ggü. 01–10/2023 in %
Steuern, Einkommen, Vermögen (gesamt)	**794.681**	**3,3%**	**5.902.818**	**7,9%**
davon:				
Veranlagte Einkommensteuer	129.177	5,7%	417.243	-4,0%
Lohnsteuer	355.657	8,6%	3.904.298	17,0%
Kapitalertragsteuer	24.773	17,3%	357.852	-2,7%
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	9.235	51,4%	91.364	43,3%
Körperschaftsteuer	273.054	-5,6%	1.103.835	-11,2%
Stabilitätsabgabe	1.180	-21,8%	15.885	20,0%
Sonstige Steuern (gesamt)	**553.353**	**4,0%**	**5.105.538**	**-2,2%**
davon:				
Umsatzsteuer	343.073	2,6%	3.124.880	1,1%
Tabaksteuer	24.704	12,5%	208.597	3,4%
Biersteuer	2.099	8,6%	19.004	1,2%
Mineralölsteuer	42.654	9,3%	395.115	-2,0%
Alkoholsteuer	1.396	-21,3%	15.268	-10,1%
Energieabgabe	464		2.695	
Normverbrauchsabgabe	6.081	0,3%	53.975	13,6%
Grunderwerbsteuer (93,706 % Gemeinden)	84.212	5,7%	818.586	-17,7%
Versicherungssteuer	13.847	3,9%	152.247	6,9%
Motorbezogene Versicherungssteuer	26.895	-0,6%	249.972	-0,3%
KFZ-Steuer	1.523	2,1%	6.640	0,5%
Konzessionsabgabe	3.508	4,1%	32.435	4,0%
Kunstförderungsbeitrag	0		425	-72,6%

[1] Datenquelle: BMF – Budgetvollzug (Ertragsanteile): i. d. R. basierend auf dem Steueraufkommen des zweiten vorangegangenen Monats

b) länderweise Anteile *)

	Ertrag für 10/2024[1] in 1.000 EURO	Veränderung ggü. 10/2023 in %	Ertrag für 01–10/2024 in 1.000 EURO	Veränderungen ggü. 01–10/2023 in %
Burgenland	34.714	4,4%	284.549	3,7%
Kärnten	81.391	1,9%	664.570	2,6%
Niederösterreich	221.080	2,4%	1.805.796	2,7%
Oberösterreich	212.758	3,6%	1.734.430	3,7%
Salzburg	90.686	2,9%	752.063	2,4%
Steiermark	167.628	3,4%	1.362.207	2,3%
Tirol	116.572	3,7%	963.988	3,1%
Vorarlberg	64.059	5,2%	516.372	2,4%
Wien	359.145	4,6%	2.924.807	3,3%
Summe	**1.348.034**	**3,6%**	**11.008.781**	**3,0%**

*) ohne Zwischenabrechnung



Informations-freiheitsgesetz

Dieses Buch ist besonders für Bedienstete in Kommunalverwaltungen von Interesse, da mit der Einführung des IFG und der Aufhebung der Amtsverschwiegenheit ein neues Grundrecht auf Informationsfreiheit geschaffen wurde. Die Vollziehung muss sich auf das neue Informationsrecht einstellen, organisatorische und technische Festlegungen treffen und die proaktive Veröffentlichungspflicht sowie individuelle Informationsbegehren klaglos abwickeln können.
Die Herausgeber waren bestrebt, der Rechtspraxis möglichst rasch eine Kommentierung des Gesetzes vorzulegen, die ihr Hilfestellung bei den sich bereits jetzt stellenden Rechtsfragen liefern soll.
Der vorliegende Kommentar beinhaltet das IFG sowie die oben angesprochenen bundesverfassungsrechtlichen Bestimmungen. Enthalten sind neben dem Gesetzestext die Materialien sowie die jeweiligen Kommentierungen der Autor:innen.

Kommentar zum IFG

Hg.: Peter Bußjäger, Marco Dworschak | Jan Sramek Verlag, 2024 | ISBN 978-3-7097-0369-4 | € 98,00 | 426 Seiten | Gebunden



Journalismus-Einblick

Ob Interview, Reportage oder schnelle Schlagzeile am Handy: Täglich haben wir mit Journalismus zu tun. Dieses bereits 1984 zum ersten Mal erschienene Buch liefert praktische Einblicke in die Arbeit der Medien und wurde jetzt umfassend überarbeitet – vor allem im Bereich des digitalen Journalismus. „Praktischer Journalismus“ beleuchtet Grundlagen, einzelne Ressorts wie Wirtschaft, aber auch Fotografie und Karikatur sowie Darstellungsformen wie Moderation im TV und Radio oder ZIB-2-Interviews.
Das Kapitel digitaler Journalismus beleuchtet etwa Podcasts, Mobile Reporting oder Fact-Checking. Zum Schluss widmet sich das Buch dem Journalismus als Beruf; gibt Tipps im Arbeitsrecht, zeigt Ausbildungswege und behandelt Fehlerkultur und Transparenz.
Jedes einzelne Kapitel wurde von namhaften österreichischen Journalist:innen verfasst – u. a. von Corinna Milborn, Eva Linsinger, Raffaela Schaidreiter, Rainer Hazivar, Angelika Hager oder Michael Pammesberger. Ein spannender Einblick in die Welt der Nachrichten.

Praktischer Journalismus
Ein Lehrbuch für den Berufseinstieg und alle, die wissen wollen, wie Medien arbeiten

Hg.: Ingrid Brodnig, Florian Klenk, Gabi Waldner, Armin Wolf | Falter Verlag, Österreichische Medienakademie 2024 | ISBN 978-3-99166-007-1 | € 29,90 | 264 Seiten | Softcover



Digitale Verwaltung

Deutschland kommt bei der Verwaltungsdigitalisierung, trotz Onlinezugangsgesetz und ambitionierter Digitalisierungsprogramme, nur langsam voran.
Der Sonderband untersucht die Digitalisierungspraxis in den fortgeschrittenen Verwaltungsbereichen Kfz-Zulassung, Bauaufsicht, Steuerverwaltung und Elternleistungen. Detailliert werden Veränderungen von Organisation, Arbeitsprozessen und -bedingungen auf der Vollzugsebene analysiert und entscheidende Erfolgsfaktoren und Digitalisierungshemmnisse herausgearbeitet. Die Studie zeigt, dass die unterschiedlichen Verwaltungen oft mit ähnlichen, aber auch spezifischen Problemstellungen durch Digitalisierung konfrontiert sind.
Anspruch und Wirklichkeit zwischen politischen Ankündigungen und realen Bedürfnissen in den lokalen Fachämtern klaffen noch weit auseinander.

Digitalisierung der Verwaltung in Deutschland
Zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Philipp Gräfe, Liz Marla Wehmeier, Jörg Bogumil, Sabine Kuhlmann | Nomos Verlags GmbH 2024 | ISBN/EAN 978-3-7560-1704-1 | € 51,50 | 196 Seiten | Paperback



London: tierische Ordnungshüter

Wasserratten, Otter und Aale sollen Londons Gewässer aufräumen.

Bürgermeister Sadiq Khan kündigte an, dass in London in den nächsten zehn Jahren vermehrt Wildtiere zur Reinigung von Flüssen, unter anderen die Themse, eingesetzt werden sollen. Im vergangenen Jahr wurde bereits eine Biber-Familie im Rahmen eines Projekts zur Renaturierung städtischer Gebiete freigelassen. Nun hofft der Bürgermeister, dass auch Otter, Aale und Wasserratten zur Qualität der Londoner Wasserstraßen beitragen. Damit nicht genug: Rund um die Greenwich-Halbinsel werden mit Salzwiesenpflanzen eine lebendige Küstenlinie sowie neue Sandbänke geschaffen, um den Hochwasserschutz zu verbessern. Zudem sollen Uferschwalben in den neuen Feuchtgebieten einziehen. Bürgermeister Khan hat seit 2016 umgerechnet fast 36 Millionen Euro in die Förderung der Artenvielfalt der Stadt investiert. Außerdem hat er einen „Green Roots Fund" angekündigt, der Bezirken Mittel für die Finanzierung von Bäumen, Wildblumenwiesen und anderen neuen Grünflächen zur Verfügung stellt.



Nickerchen in Lille

Französische Stadt-Bibliothek bietet Schlafkapseln.

Powernap gefällig?
Mit Start des Wintersemesters haben Studierende der Universität Lille kostenlosen Zugang zu zwei Schlafkapseln in der Uni-Bibliothek.
Zwei weiße, verschließbare Röhren, die die Außengeräusche dämpfen – die Schlafgelegenheiten wirken auf den ersten Blick wie eine Requisite aus einem Science-Fiction-Film – seien aber keine Spielerei, sondern als Service für Studierende gedacht, erklärt Vize-Rektorin Esther Dehoux: Ein Großteil der Student:innen in der nordfranzösischen Metropole hätte Jobs und müsste Uni und Erwerbsleben unter einen Hut bringen. Die Doppelbelastung sei oft energiezehrend, die Schlafkapseln in der Bibliothek würden übermüdeten Studierenden die Gelegenheit zu einer kurzen Siesta zwischen zwei Vorlesungen bieten, um so die eigenen Batterien wieder aufzuladen.

Rettet die Bäume!

Bürger:innen-Proteste in Turin

„Rettet die Bäume des Corso Belgio", fordern Anrainer:innen in Turin. Die Fällung und fehlende Nachpflanzung von Bäumen entlang des Corso Belgio ist Anlass für den Protest. In der mehrere Kilometer langen Allee im Westen der norditalienischen Stadt wurden in den vergangenen 20 Jahren 166 Bäume gefällt, ein Drittel des Gesamtbestandes. Anders als von der Stadtverwaltung versprochen, wurden umgeschnittene Bäume aber nie durch neue ersetzt. Anrainer:innen haben sich jetzt zu einer Initiative zusammengeschlossen und bei einer Demo vor dem Turiner Rathaus Ersatzpflanzungen gefordert. Die Stadtverwaltung ihrerseits beharrt darauf, mit Nachpflanzungen zu warten, bis alle alten Bäume weg sind: Die bestehende Baumreihe stehe zu knapp an den Gleisen der Straßenbahn, die Kronen ragten in die Oberleitung. Neue Bäume sollen in der Mitte des Gehsteigs gepflanzt werden – und zeitgleich, damit der Charakter der Allee gewahrt bleiben, aber vor allem, damit nicht zu viele Parkplätze verloren gingen. Immerhin sollen die weiteren Schritte mit den Bürger:innen klarer kommuniziert werden.



© Fotos: Getty Images (2), Podtime

Termine des Städtebundes

Aktuelle Termine und Änderungen auf www.staedtebund.gv.at

November

5. und 6. 11.	FA für Abfallwirtschaft und Städtereinigung	Bregenz
7. 11.	FA Bestattung und Friedhöfe/Feuerhallen	Linz
11. und 12. 11.	FA Kultur	Wien
13. und 14. 11.	FA Gewerberecht und Gewerbetechnik	Innsbruck
18. 11.	FA Umwelt	Amstetten
21. 11.	WS Daseinsvorsorge	Wien
25. und 26. 11.	FA Verwaltungs-organisation	Klosterneuburg
27. und 28. 11.	FA Märkte und Lebensmittel	Steyr

Dezember

2. und 3. 12.	FA Energie	Wörgl

Jänner

29. und 30. 1.	FA Personalmanagement	Dornbirn

Research meets Practice

KI in Justiz und öffentlicher Verwaltung

U. a. präsentieren Städtebund und IT-Kommunal das Cybly-Projekt zur Digitalisierung in der kommunalen Verwaltung.

18. November, Universität Wien
www.remep.net

Kontakt

oegz@staedtebund.gv.at



Ausblick ÖGZ 12-1/2024

Schwerpunkt Kommunikation

Fake News, Partizipation und Städte als Marke: Die Themen der nächsten ÖGZ-Ausgabe kreisen um die Themen Kommunikation und Information. Außerdem präsentieren Städte-Vertreter:innen ihre neuen Websites, Apps und Videosysteme. Die nächste Ausgabe der ÖGZ erscheint am 4. Dezember 2024.

16. Public Management Impulse

KI-gestützte Transformation im Public Sector

Wie gelingt der Einsatz von KI konkret?

26. November,
Linz und online
https://fh-ooe.at/campus-linz/events/einladung-16-public-management-impulse

Impressum: ÖGZ – Österreichische Gemeinde-Zeitung, Nr. 11/2024 • Medieninhaber und Herausgeber: Österreichischer Städtebund, 1082 Wien, Rathaus, www.staedtebund.gv.at, oegz@staedtebund.gv.at, Tel. +43(0)1/4000-89993 • Leitung: Generalsekretär Thomas Weninger • Verlag: Bohmann Druck und Verlag GmbH, 1040 Wien, Rechte Wienzeile 31/1, Geschäftsführung: KR Gerhard Milletich • Chefredakteurin des Österreichischen Städtebundes: Katharina Kunz, Tel. +43(0)1/4000-89983, Mitarbeit: Kevin Muik, Johannes Schmid • Chefin vom Dienst: Carina Wiesner, Lektorat: Carina Wiesner, Foto-Organisation: Joelle Berndl-Bullens • Druck: Wograndl Druck Ges. m. b. H., Druckweg 1, 7210 Mattersburg • Auflage: 6.000 • Erscheinungsweise 2024: 10 Ausgaben • Cover: Michael Strahberger/DnD Landschaftsplanung, Copyright für nicht (anders) bezeichnete Fotos: Österreichischer Städtebund • Zum Nachdruck von Veröffentlichungen aus der ÖGZ ist ausnahmslos die Genehmigung der Redaktion einzuholen. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Meinung der/des Verfassenden wieder, die sich nicht unbedingt mit jener der Redaktion bzw. der Position des Städtebundes decken muss. Die Redaktion der ÖGZ bekennt sich zum Einsatz einer geschlechtergerechten Sprache. • Abonnements laufen ganzjährig und müssen eingeschrieben einen Monat vor Ablauf abbestellt werden, sonst erfolgen nach Usancen im Zeitungswesen Weiterlieferung und Weiterverrechnung. Einzelheft: EUR 4,70; Jahresabonnement: EUR 45; Abo-Bestellung & Adressänderungen: Tel. +43(0)1 740 32-725, +43(0)664 88 32 50 60, abo.oegz@bohmann.at, Anzeigenannahme, Verkauf und Backoffice: Daniela Borka, daniela.borka@schmid-verlag.at, Tel. +43(0)1 740 32-733, Verkauf: Julia Luef-Rötzer, +43(0)664 829 77 62 • Informationen zur DSGVO: www.bohmann.at • Advertorials sind bezahlte Einschaltungen und unterliegen der Verantwortung der Anzeigenabteilung.

© Foto: Getty Images


EINANDER BESSER VERSTEHEN.
WIR MACHT'S MÖGLICH.
Die ganze Story auf:
wirmachtsmöglich.at